



AIB

2V 7426 E

2,- DM

September

Nr. 9 / 1980

11. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

„Öffnung“ in Lateinamerika?

Bolivien • Chile • Uruguay • Argentinien • Brasilien



Bundestagswahl und Entwicklungspolitik
Südafrika • Tunesien • Grenada
El Salvador • Guatemala

Inhalt:

ASK-Erklärung: Keine Stimme für F. J. Strauß!	3
Lateinamerika	
Jutta Weber: „Demokratische Öffnung“ in Südamerika?	4 – 7
Internationale Reaktionen auf den Putsch in Bolivien	7
Bolivien	
Ulrich Rupp: Rechtsputsch wider ein dreifaches Volksvotum	8 – 9
Brasilien	
Rainer Falk: Zwischenbilanz der brasilianischen „Öffnung“	10 – 11
Argentinien	
Dieter Boris: Der Dialog des Militärs . . . mit sich selbst	12 – 13
Uruguay	
Interview mit Hugo Villar: Annäherungsprozeß der antidiktatorischen Kräfte	14 – 15
Gründungserklärung der Demokratischen Konvergenz	16
Chile	
Iván Ljubetić: Der Widerstand wird offensiver	17 – 19
Victor Contreras / Anibal Palma: Brief an die Bundesregierung in Sachen Rückkehrrecht	19
Clodomiro Almeyda: Das Pinochet-Regime igelt sich ein	20
Luis Corvalan: Alle antifaschistischen Kräfte vereinigen!	25 – 26
El Salvador	
Manifest der Vereinigten Revolutionären Führung	27 – 28
Interview mit Joaquín Villalobos: Die Aufstandslinie der ERP (1. Teil)	28 – 29
Guatemala	
Gemeinsame Erklärung der guatemalteckischen Guerilla	30 – 31
Grenada	
Gespräch mit Maurice Bishop: Die Volksmassen revolutionieren!	32 – 33
Grenada-Daten	33
Südafrika	
Alfred Nzo: „Kämpft, trauert nicht!“	34
Tunesien	
Gruppe El-Hakika: Tunesien nach Gafsa	35
BRD – Dritte Welt	
Rainer Falk: Bundestagswahl und Entwicklungspolitik	36 – 39
Rückblick: Das Vermächtnis Gamal Abdel Nassers	40
Kurzinformationen: Palästina/Israel, Südkorea, Thailand/Kampuchea, Neue Hebriden, Algerien, Äthiopien, BRD – Südafrika, OAU – Westsahara, Frauenbewegung	42 – 43
Kommentar: Spiel mit dem Hunger in Ostafrika	44



Impressum

Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 20,- DM; Einzelheft 2,- DM; Doppelheft 3,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. (06421) 24672

Konto: Weltkreis Verlags GmbH, Postscheckkonto 31 2093-607, Postscheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphplatz, BLZ 533 90000, Konto Nr. 966

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechtilde Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Wolfram Bröner (verantw.), H. Denk, Rainer Falk, Paul Maaskola, Jürgen Ostrowsky, L. Schmitz

Verlag: Weltkreis Verlag, Dortmund
Druck: Plambeck & Co., Neuss

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion.

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Redaktionsschluß: 18.8.1980

Es arbeiten ferner mit: N. Biver, B. Brinkmann, I. Flach, M. Hellmann, W. Kindermann, U. Rupp, G. Tschöpe, H. Vortisch, J. Weber, B. Weng

Anzeigen: Antiimperialistisches Solidaritätskomitee, Das Argument, Türkei-Information, Pahl-Rugenstein Verlag, Demokrat, Deutsche Volkszeitung

Wo ist Lincoyan Berrios?



Seit einiger Zeit hat das AIB die Patenschaft für einen der über 2.500 von der von Pinochets Geheimpolizei verschleppten chilenischen Patrioten übernommen: für Lincoyan Berrios, Generalsekretär der Gewerkschaft für öffentliche Dienste und Mitglied der illegalisierten Zentralgewerkschaft CUT.

Er wurde am 15. Dezember 1976 in Santiago auf offener Straße verhaftet und ist seitdem verschwunden. Lincoyan Berrios ist verheiratet und hat drei Kinder. Zum Zeitpunkt seiner Verhaftung war er 48 Jahre alt. Seine Angehörigen bemühen sich seit über drei Jahren um die Aufklärung seines Schicksals. Auf eine ihrer Anfragen an das Innenministerium der Junta erhielten sie, wie die Angehörigen neun weiterer verschleppter Gewerkschaftsführer, die Auskunft, die zehn Verschwundenen seien per Anhalter über die Grenze nach Argentinien gegangen und hätten die Grenzformalitäten ordnungsgemäß erledigt. Die zuständigen Grenzorgane wissen davon jedoch nichts.

Wie schon so oft, hatte Pinochet auch hier zur Lüge gegriffen, um seine Verbrechen zu vertuschen. Die Funde von Lonquen, wo in einer ehemaligen Kalkmine im November 1978 die Leichen von 17 direkt nach dem Putsch verschleppten und ermordeten Landarbeiter entdeckt worden waren, bewiesen Gegenteiliges. Und: Aufgrund des großen nationalen und internationalen Drucks mußte Pinochet in den letzten beiden Jahren die Praxis des „Verschwindenlassens“ chilenischer Patrioten einstellen.

Wir fordern unsere Leser auf, sich an diesen Unterstützungsaktivitäten für die Verschwundenen zu beteiligen, indem z.B. Postkarten mit dem Text: „Donde esta Lincoyan Berrios? Exigimos la aclaracion de su destino.“ (Wo ist Lincoyan Berrios? Wir fordern die Aufklärung seines Schicksals.) an den chilenischen Innenminister geschickt werden, d.h. an: Ministro del Interior, Edificio Diego Portales, Santiago, Chile.

ASK-Erklärung: Keine Stimme für F.J. Strauß!

„Alles in allem: Im Fall der Machtübernahme des F.J. Strauß würde die weltpolitische Rolle der BRD, darunter ihre neokolonialistische Expansion, aggressiver und abenteuerlicher geraten... Die CDU/CSU-Kanzlerkandidatur des F.J. Strauß ist so gesehen nicht nur eine nationale, sondern eine Weltaffäre. Die demokratische Bewegung der Bundesrepublik trägt damit Verantwortung über dieses Land hinaus...“ Zu diesem Fazit gelangten wir am Ende unserer Untersuchung der CDU/CSU-Weltpolitik im AIB-Sonderheft 1/1980 (Bestellkarte in der Mitte dieses Heftes). Im Zuge der Afghanistan-Krise und der offenen US-Konfrontationspolitik seit der Jahreswende 1979/80 haben die CDU/CSU bzw. F.J. Strauß mit ihrem scharfmacherischen Carter-Reagan-Kurs dieses Urteil nur erbärtet. Das Antiimperialistische Solidaritätskomitee für Asien, Afrika und Lateinamerika (ASK) hat sich nun im Juli d.J. mit einem zur Aktionseinheit aller demokratischen Kräfte auffordernden Anti-Strauß-Aufruf an die bundesdeutsche Öffentlichkeit gewandt. Wir dokumentieren die ASK-Erklärung in vollem Wortlaut.

Mit der Nominierung von Franz Josef Strauß zum Kanzlerkandidaten der CDU/CSU ist die gesamte progressive, demokratische Bewegung der Bundesrepublik und mit ihr die antiimperialistische Solidaritätsbewegung herausgefordert. Denn F.J. Strauß ist die Verkörperung einer forcierten Rechtsentwicklung, eines forcierten Demokratie- und Sozialabbaus, einer forcierten Hochrüstung und Atombewaffnung, der Absage an die Entspannung, schließlich eines Konfrontationskurses gegen das sozialistische Lager, die Staaten der Dritten Welt und die Befreiungsbewegungen.

Für die demokratischen Kräfte in aller Welt muß es alarmierend klingen, wenn Südafrikas Rassisten einen Mann aus der Bundesrepublik auf ihre Wunschliste setzen: „Vom südafrikanischen Gesichtspunkt aus würde eine Regierung Strauß in der Bundesrepublik einen gewaltigen Schritt vorwärts bedeuten, in Richtung auf die Anerkennung der weißen Leistung in Afrika und auf ein stärkeres Selbstbewußtsein gegenüber der schwarzen Welt. Franz Josef Strauß ... würde auch den Mut haben, entsprechend zu handeln, selbst wenn das manchen Leuten, weißen oder schwarzen, nicht paßt.“ So die Afrika-Post vom Juli/August 1979.

F.J. Strauß' „Mut zum Handeln“ birgt umso mehr Gefahren in einer Situation, da die USA mit dem Übergang zu einem Kurs der Konfrontation und des direkten Interventionismus (Carter-Doktrin) die weltpolitische Lage verschärften. Die CDU/CSU aber zählt neben den britischen Konservativen zu den entschiedensten Parteigängern des neuen Carter-Kurses, des Zurück zum Kalten Krieg, zur Politik des „großen Knüppels“ gegen das Emanzipationsstreben der Dritten Welt.

F.J. Strauß ist eine Gefahr für den Weltfrieden und die Völker der Welt, weil:

- seine Absage an Entspannung und Abrüstung, sein Ruf nach einer (west-)„europäischen Nuklearstreitmacht“, seine brüske Abweisung der Forderung der Entwicklungsländer nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung und nach einer nötigenfalls westlichen Besetzung der arabisch-iranischen Ölfelder in eine globale CDU/CSU-Strategie der Konfrontation eingebunden sind;

- er im Bunde mit den USA und der Pekinger Führung gerade jene Regimes protegiert, die durch Aggressionskriege hervorgetreten oder von den Vereinten Nationen geächtet worden sind; F.J. Strauß trat u.a. als Befürworter des portugiesischen Kolonialkrieges, der Aggressionskriege der USA und Chinas gegen Vietnam, der südafrikanischen Aggression gegen Angola sowie als Verteidiger der rassistisch-faschistischen Regimes Südafrikas, Rhodesiens oder Chiles hervor;

- er skrupellos nicht nur im Umgang mit dem politischen Gegner („Pöbel“, „Terroristen“ usw.), sondern auch der



F. J. Strauß in „heimischer“ Umgebung 1977 im Chile Pinochets

Atomkriegsgefahr verfährt; so ist der Atombewaffnungskritiker Otto Hahn für ihn ein „alter Trottel, der die Tränen nicht halten und nachts nicht schlafen kann, wenn er an Hiroshima denkt.“

Sogesehen würde eine Regierung Strauß ein neues Moment der Abenteuerlichkeit und Aggressivität in die Weltpolitik einbringen. Gegen Strauß und die Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik ist die gemeinsame Aktion aller Demokraten und Antiimperialisten, ungeachtet der sonstigen weltanschaulichen oder parteipolitischen Meinungsverschiedenheiten, erforderlich.

Das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) ruft zum gemeinsamen Handeln, zum gemeinsamen Eintreten gegen den Vormarsch des F.J. Strauß auf. Strauß zu stoppen, das heißt gleichermaßen die forcierte Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik aufzuhalten, den Weltfrieden zu verteidigen wie die äußeren Bedingungen für den nationalen und sozialen Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt günstiger zu gestalten. Die Kampfansage an F.J. Strauß ist Bestandteil der antiimperialistischen Solidarität, sie ist ein Stück Solidarität mit den unterdrückten Völkern Chiles, des Südlichen Afrika und aller Kontinente.

Wir sagen Nein zu Strauß, Nein zur Konfrontation, Nein zum Interventionismus!

Keine Stimme für F.J. Strauß!

Erklärung des ASK-Sekretariats vom Juli 1980

Jutta Weber

„Demokratische Öffnung“ in Südamerika?



Die politischen Ereignisse der letzten Jahre auf dem lateinamerikanischen Kontinent scheinen auf den ersten Blick ein widersprüchliches Bild zu ergeben. Auf der einen Seite vermochten die antiimperialistischen Kräfte in der Karibik und in Mittelamerika durch den Sturz der Diktaturen Gairys auf Grenada (März 1979) und Somozas in Nicaragua (Juli 1979) spektakuläre Siege zu erringen, können sich die Regimes in El Salvador und in wachsendem Maße auch in Guatemala angesichts eines Aufschwungs der revolutionärdemokratischen Bewegung (siehe Beiträge in diesem Heft und in AIB Nr. 4/1980) nur noch durch den Krieg gegen das eigene Volk aufrecht erhalten. Auf der anderen Seite scheint der Prozeß der sog. „demokratischen Öffnung“ im militärfaschistisch dominierten Süden Lateinamerikas in den Anfängen stecken geblieben zu sein: In Bolivien wurde im Juli 1980 die Installierung einer demokratisch gewählten Linksinregierung durch einen neuerlichen faschistischen Militärputsch abgeblockt. In Brasilien schreitet der „Liberalisierungs“prozeß trotz des Drucks einer demokratischen Massenbewegung nur zaghaft voran. Die anderen militärfaschistischen Diktaturen im Süden des Kontinents, in Chile, Uruguay, Paraguay und die Videla-Junta in Argentinien aber machen keine Anstalten zu wirklichen Demokratisierungsansätzen und scheinen weiterhin fest im Sattel zu sitzen.

Junta-„Übergänge“ allenfalls auf lange Sicht

Von „demokratischer Öffnung“, „(Re)Institutionalisierung“ bzw. künftiger Abgabe der Macht an Zivilregierung seitens reaktionärer Militärdiktaturen in Lateinamerika ist insbesondere seit dem Regierungsantritt Jimmy Carters im Januar 1977, im Gefolge seiner sog. Menschenrechtskampagne, die Rede. Die Realisierung solch lobenswerter Absichten schien für die militärischen Machthaber Lateinamerikas allerdings von Anbeginn ein äußerst kompliziertes Unterfangen zu sein. Das kam schon darin zum Ausdruck, daß diese Projekte trotz ihrer mehr oder weniger begrenzten Reichweite – man sprach etwa von „begrenzter Zulassung der Opposition“, „restringierter Demokratie“, „Demokratie“ usw. – über eine Vielzahl von Übergangsphasen erreicht werden sollten und die Planung somit z.T. erstaunliche Langfristigkeit aufwies.

Nunmehr legte etwa das uruguayische Regime „Richtlinien“ für eine noch zu erstellende neue Verfassung vor, aus denen hervorgeht, daß der Einfluß der Streitkräfte konstitutionell abgesichert und der Staat mit extensiven Bestimmungen

gegen „extremistische Bedrohungen“ geschützt werden soll.¹ Die chilenische Junta befindet in ihrem Verfassungsentwurf vom Juli d.J. ihr Volk noch nicht „reif“ für die Demokratie. Sie hat für den 11. September(!) d.J. ein Plebiszit über dieses Verfassungsprojekt angekündigt, wobei die Nichtbeteiligung an dieser „Abstimmung“ mit Gefängnis bestraft werden soll. In Kraft treten soll die Verfassung, mit der die Macht des Präsidenten gestärkt und die „Marktwirtschaft“ festgeschrieben werden aber nur schrittweise innerhalb einer Übergangszeit von acht Jahren, während der keine Wahlen stattfinden und die Linksparteien verboten bleiben sollen. Argentinien schließlich gedenkt, wenigstens bis 1984 weiterzuregieren² und Paraguays Stroessner beläßt alles beim alten.

Scheinen die Aussichten auf eine ernsthafte Demokratisierung in den bisher genannten Ländern schon mehr als zweifelhaft, so sind sie nach – mehrmals unterbrochenen – zweijährigen Demokratisierungsbestrebungen in Bolivien mit dem erneuten Militärputsch vom 17.7.1980 wieder einmal gescheitert. Was im lateinamerikanischen Süden an bürgerlich-parlamentarischer Demokratie bleibt, ist Peru. Hier gelang nach den Wahlen im Mai d.J. zumindest formal die Übergabe der Macht an eine Zivilregierung unter F. Belaunde. Die ersten programmatischen Verlautbarungen des neuen Präsidenten geben allerdings Anlaß zur Skepsis, ob sich der Kurs dadurch wesentlich geändert hat, soll doch das Land stärker dem Westen geöffnet, die Bindung an die USA intensiviert werden.³

Um die Schwierigkeiten der südamerikanischen Länder beim Übergang zur „Normalform“ bürgerlicher Herrschaft, der parlamentarischen Demokratie, besser verstehen zu können, scheint es angebracht, kurz den Charakter der herrschenden Militärdiktaturen zu umreißen.

Diktaturen „neuen Typs“

Beginnend mit dem Putsch 1964 in Brasilien, besonders aber im Verlauf der 70er Jahre (1973 in Uruguay und Chile, 1976 in Argentinien) haben rechtsgerichtete Militärs in zahlreichen Ländern des Kontinents die Macht an sich gerissen und Lateinamerika im Verein mit den bereits jahrzehntelang etablierten Familiendiktaturen (Somoza in Nicaragua, Stroessner in Paraguay usw.) mit Gewalt übersät.

Von diesen personalistischen Altdiktaturen – denen freilich in den letzten Jahren z.T. ebenfalls eine gewisse „Modernisierungskraft“ bescheinigt werden kann – unterscheiden

sich die Militärdiktaturen „neuen Typs“ vor allem durch ihre soziale Trägerschaft und das von ihnen forcierte „Entwicklungs“modell: Sie basieren auf jenem – zahlenmäßig geringen – Teil der einheimischen Großbourgeoisie, der fest mit den Interessen des ausländischen Monopol- und Finanzkapitals liiert ist und der von dem durch die transnationalen Konzerne vorangetriebenen abhängigen Industrialisierungsmodell profitiert.

Charakteristisch für diese Militärregimes wurde ferner die weitgehende Illegalisierung und Unterdrückung der politischen und gewerkschaftlichen Opposition wie die einzig auf den Militärapparat gestützte Machtausübung, d.h. das Fehlen starker faschistischer Massenbewegungen, womit zugleich eine Schwäche dieser Diktaturen angezeigt ist.⁴ Die klassischen Regimes des abhängigen Faschismus, die seit 1973 in Chile, Uruguay und nun entsprechend in Bolivien entstanden, errichtete man als Antwort auf die starken, machtausübenden oder zur Macht drängenden Volkseinheitsbewegungen der Unidad Popular, der Frente Amplio (Breite Front) bzw. der Demokratischen Volksunion Boliviens (UDP; Plattform siehe AIB Nr. 9/1979) und auf gleichsam radikale Gewerkschaftsbewegungen.

Doch hier wie in Brasilien und den anderen reaktionären Militärdiktaturen Lateinamerikas erlangte man im Zuge der 70er Jahre nicht die angestrebte soziale Friedhofsruhe. Hingegen kam es zu Einheitsrends der antidiktatorischen Kräfte – stimuliert jetzt auch durch das Beispiel Nikaraguas –, zu einer Ausweitung von Streikämpfen und immer wieder zu Massenbewegungen. Dies und der internationale Druck sorgten dafür, daß die ungeschmälerte politische Stabilisierung der militärfaschistischen Regimes ausblieb.

Das gilt auch im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation unter den lateinamerikanischen Diktaturregimes.⁵ Nur eine dauerhafte wirtschaftliche Stabilisierung könnte ihnen ausreichende Spielräume für eine integrative Entschärfung des sozialen Konfliktstoffs und für die längerfristige Abschwächung des antidiktatorischen Widerstandspotentials verschaffen. Andernfalls muß die unter faschistischen Bedingungen ungezügelt bereichernde durch den herrschenden großbourgeois Block mittels der Überausbeutung der

lohnabhängigen Massen deren aktiven Widerstand periodisch immer wieder herausfordern; so unterschiedlich je nach Stärke der organisierten Volksbewegung diese Gegenwehr auch sein mag.

Die in die Militärdiktaturen Südamerikas gesetzten Hoffnungen auf eine schnelle ökonomische Stabilisierung wurden indessen nur in sehr geringem Maße erfüllt. Die von ihnen betriebene beschleunigte Industrialisierung birgt, da sie zu erheblichen Teilen exportorientiert und von den Akkumulationsbedürfnissen wie dem technologischen Niveau der transnationalen Konzerne diktiert ist, gravierende wirtschaftliche und soziale Probleme in sich. Sie ist verbunden mit einem sehr geringen, stark regional konzentrierter Arbeitskräftebedarf und dementsprechend hoher Arbeitslosenrate. Zwar mehr das Anwachsen der städtisch-industriellen Reservearmee die Profite der großbourgeois Produzenten, weil sie zusammen der vehementen Repression die Aufrechterhaltung eines sehr niedrigen Lohnniveaus ermöglicht. Doch mit der damit einhergehenden Minderung der Massenkaukraft sind zugleich der Erweiterung des Binnenmarktes engere Grenzen gesetzt.

Die ausgebliebene Wirtschaftsstabilität

Zum anderen wird mit diesem kapitalistischen Industrialisierungsmodell die Außenabhängigkeit der lateinamerikanischen Staaten verschärft. Nicht weniger schwerwiegend als der ständige Ressourcenabzug über Profittransfer, konzerninterne Verrechnungsmethoden usw. ist in dieser Hinsicht der permanent steigende Importbedarf an Produktionsmitteln, der zu erheblichen Zahlungsbilanzproblemen und wachsender Auslandsverschuldung der lateinamerikanischen Länder führt. So machten bereits im Jahre 1977 die Schuldendienstzahlungen für die öffentliche Auslandsverschuldung folgenden Anteil am Exportwert der lateinamerikanischen Länder aus: in Argentinien 15,3%, in Bolivien 22,7%, in Brasilien 25,8%, in Chile 32,6%, in Uruguay 27,9%, in Peru 30,5% und in Mexiko gar 48,5%.⁶

Daß mit der Abhängigkeit von ausländischen Finanzierungsquellen wie dem Internationalen Währungsfonds (IMF) häufig restriktive Diktate für die nationale Politik – Lohnstopp, Einschränkung der staatlichen Sozialausgaben usw. – verbunden sind, ist hinlänglich bekannt. In der Struktur der Auslandsschulden ist zudem eine Verschiebung zugunsten kurzfristiger privater Anleihen festzustellen, die gemeinhin mit hohen Zinsauflagen gekoppelt sind. G. Arroyo weist darauf hin, daß eine Zahlungsunfähigkeit der vier am stärksten verschuldeten Länder Lateinamerikas (Argentinien, Brasilien, Mexiko und Peru) den Zusammenbruch aller US-amerikanischen Banken und in dessen Gefolge den Zusammenbruch des gesamten weltweiten Bankensystems nach sich ziehen würde.⁷

Im Zusammenhang mit den steigenden Ausgaben für Kapitalgüterimporte und den daraus resultierenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten ist in den vergangenen Jahren eine zunehmende Umorientierung des agrarischen Sektors der lateinamerikanischen Länder auf die Produktion von Exportgütern bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Nahrungsmittelproduktion für den Binnenmarkt zu beobachten. Dies wiederum hatte zur Folge, daß die Preisentwicklung für Nahrungsmittel die an sich schon galoppierenden Inflationsraten noch bei weitem übertraf – eine Tendenz die durch die Streichung staatlicher Subventionen für Grundnahrungsmittel noch verstärkt wurde. Nimmt man etwa für Santiago de Chile für das Jahr 1972 für Konsumgüter und Nahrungsmittel ein Preisniveau von 100 an, so betragen 1977 die entsprechenden Werte für Konsumgüter 166.166 und für Nahrungsmittel 208.672(!).⁸



Eigentliche Machtstütze des südamerikanischen Faschismus: die Armee (hier in Bolivien)

Daher ist es wenig verwunderlich, daß die Anzahl von Personen, die unterhalb der absoluten Armutsgrenze leben, ständig zunimmt und die Interamerikanische Entwicklungsbank zu der Schätzung kommt, daß in den Jahren 1971-75 61% der unter fünfjährigen Kinder Lateinamerikas unzureichend mit Proteinen ernährt wurden.⁹ Erklärbar wird so auch, daß Industrialisierungsmodelle, die derartige soziale Kosten für die Masse der Bevölkerung einschließen, nur schwierig im Rahmen demokratischer Regierungsformen durchsetzbar sind, zumal das Beispiel eines erfolgreichen andersartigen Entwicklungsweges mit Kuba quasi vor der Haustür steht.

Wirtschaftliche Schwierigkeiten mit Abstufungen

Daß jedoch auch die diktatorischen Regimes zunehmend in Schwierigkeiten geraten, ist eine Tendenz, die einer weiteren Erklärung bedarf. Dabei müssen sowohl äußere wie innere Faktoren – die allerdings nicht immer völlig klar voneinander zu trennen sind – berücksichtigt werden. Bezüglich der inneren Faktoren kann zwar global gesagt werden, daß auch die Militärdiktaturen die grundlegenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten ihrer Länder kaum annähernd verringern konnten und die Abhängigkeit eher zugenommen hat. Durch Absatzschwierigkeiten und zunehmende Konzentrations- und Monopolisierungsprozesse sind ökonomisch auch große Teile der einheimischen Bourgeoisie an den Rand des Ruins getrieben worden. Damit sind auch Teile der Kräfte (einschließlich innerhalb der Militärs), die einen Militärputsch anfangs aus den unterschiedlichsten Erwägungen gutgeheißen haben, in Opposition zu den faschistischen Regimes geraten.

Will man jedoch die erheblichen Differenzen zwischen den einzelnen angesprochenen südamerikanischen Ländern erklären, so müssen weitere Faktoren herangezogen werden.

Beispielsweise gilt es zu berücksichtigen, daß das Ausmaß der wirtschaftlichen Schwierigkeiten durchaus unterschiedlich ist, daß etwa die Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise Mitte der 70er Jahre in verschiedenem Grad überwunden werden konnten und damit sowohl für die einheimische Bourgeoisie wie für die internationalen Konzerne in den einzelnen Ländern die Möglichkeiten zur Ausweitung der Binnen- und Exportmärkte variieren. Namentlich dürfte Brasilien hier trotz der hohen Auslandsverschuldung günstigere Perspektiven bieten als etwa Argentinien, wo schon durch die ungedämmte Inflation größere Probleme für eine erweiterte Reproduktion des Kapitals bestehen (siehe Länderanalysen in diesem Heft). Zudem ist damit aber auch der Spielraum für soziale Zugeständnisse unterschiedlich breit.

Bei den äußeren Faktoren könnte man auf der politischen Ebene neben dem generellen Aufschwung des lateinamerikanischen Befreiungskampfes und dem veränderten internationalen Kräfteverhältnis zunächst den Einfluß der Carter'schen Menschenrechtskampagne auf die lateinamerikanischen Diktaturen bzw. deren Öffnungsversuche in Betracht ziehen. Ohne dies hier im Detail analysieren zu wollen, kann wohl gesagt werden, daß es für die US-Außenpolitik langfristig günstiger wäre, nicht auf die Diktaturen und Repression alleine zu setzen. Diese Ansicht konnte sich teilweise auch in den Vereinigten Staaten durchsetzen, weshalb von Washington gewisse Pressionen in Richtung Demokratisierung auf die faschistischen Staaten im Süden des Kontinents ausgegangen sind. Daß derartige „Bemühungen“ jedoch im Rahmen der „Allianz für den Fortschritt“ (1961 unter J.F. Kennedy proklamiert) bereits wenig fruchtbar waren, verweist ebenso auf ihre Halbherzigkeit wie auch die Widersprüchlichkeit in der US-Politik etwa gegenüber El Salvador und Nicaragua (Interventionsdrohungen, Sperrung der Kredite usw.) zum Ausdruck kommt.

Außerdem sollte man berücksichtigen, daß äußere Faktoren



Bolivians antifaschistischer Widerstand setzte 1978–80 neue Zeichen! Siegreiches UDP-Bündnis im Wahlkampf 1980 in Llagua

Internationale Reaktionen auf den Putsch in Bolivien

Der faschistische Putsch in Bolivien ist in Lateinamerika auf heftige Ablehnung gestoßen. Als erste Staaten haben die Andenpaktstaaten Venezuela, Kolumbien, Peru und Ekuador in einer Resolution die Wiederherstellung der Demokratie in Bolivien gefordert. Auf ihre Initiative hin befaßte sich auch die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) auf einer Sondersitzung Ende Juli d.J. mit dem Putsch. Die OAS „bedauerte“ den Putsch und zeigte sich zutiefst besorgt um die schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen und appellierte an die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte, die Verletzungen zu untersuchen. Gegen die Annahme der Resolution stimmten lediglich Chile, Paraguay und Uruguay. Diese Länder sind es auch, die bisher in Lateinamerika neben Argentinien die neuen Machthaber in Bolivien diplomatisch anerkannt haben. Seitens der USA kam es zum Abbruch der Wirtschafts- und Militärhilfe an Bolivien; eine Maßnahme, der sich auch Venezuela anschloß, indem es einen Kredit von 40 Mio Dollar stornierte. Dagegen hat die Weltbank sich bereit erklärt, der Militärjunta mit 50 Mio Dollar unter die Arme zu greifen.

Ähnlich ist bislang die offizielle Haltung Bonns. Entwicklungshilfeminister R. Offergeld hat sich dagegen ausgesprochen, Entwicklungshilfeprojekte in Bolivien wegen des Militärputsches abzubrechen. In Lima erklärte er, daß man zwar keine neuen Projekte beschließen, „aber keine angefangenen Projekte aufgeben, keine Entwicklungshelfer abziehen und keine Entwicklungsruinen stehen lassen“ werden (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.7.1980). Auch an einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen – wie vom bolivianischen Generalkonsul in der BRD nachdrücklich gefordert – wird seitens der Bundesregierung nicht gedacht. Die Bonner Regierung befindet sich damit im Gegensatz zu einer Reihe bundesdeutscher und niederländischer Abgeordneter der sozialdemokratischen Europaparlamentsfraktion, die Mitte August d.J. in Straßburg die Mitgliedsländer der EG zu einem Boykott des neuen Militärregimes in Bolivien aufriefen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die IG Bergbau sagten dem bolivianischen Volk Solidarität und „uneingeschränkte Hilfe“ zu.

– insbesondere, wenn sie mit wenig realen Druckmitteln verbunden sind –, nur dann ihre Wirkung entfalten können, wenn sie im Inneren der jeweiligen Länder auf soziale Kräfte stoßen, die Fähigkeiten zu ihrer Umsetzung besitzen. Hinzu kommt, daß gerade kapitalistische „Schwellenländer“ wie Brasilien, die eine relativ stabile Wirtschaftsentwicklung aufweisen, auch auf der internationalen politischen Bühne eine relative Selbständigkeit gegenüber den imperialistischen Hauptländern erreicht haben und die Interessen nicht immer völlig deckungsgleich sind. Dies kommt z.B. darin zum Ausdruck, daß Brasilien sich zu einem der vehementesten Fürsprecher der Forderung der Entwicklungsländer nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung machen konnte.

Zur Erklärung der Prozesse bleiben somit hauptsächlich innere Faktoren relevant. Wie aus dem bisherigen bereits klar geworden sein dürfte, haben auch erhebliche Teile der südamerikanischen Bourgeoisie und Zwischenschichten ein vehementes Interesse an breiterer Beteiligung an den ökonomischen und politischen Entwicklungen. Diesem Interesse kann von den militärischen Machhabern nur insoweit nachgegeben werden, als sie dazu auch einen wirtschaftlichen Spielraum haben. Als Ergebnis ist in diesem Falle eine begrenzte Öffnung und Duldung von Opposition durchaus vorstellbar. Verbindet sich die Opposition der bürgerlichen Kräfte und Zwischenschichten allerdings mit den Forderungen der lohnabhängigen Massen nach weitergehenderen materiellen und politischen Zugeständnissen, so wird jeder Öffnungsversuch für das Regime gefährlich, weil nicht mehr abzusehen ist, ob das Resultat nicht über die geplanten Grenzen hinaustreibt.

Dies aber gerade ist das Problem, vor dem die lateinamerikanischen Diktaturregimes bei ihren „Demokratisierungs-

projekten“ stehen. Selbst wenn in einem Land wie beispielsweise in Argentinien bisher keine breite und einheitliche Kampffront der Arbeiter- und Volksmassen existiert, so könnte sie bei einem wirklichen Repressionsabbau sehr schnell entstehen, so wäre das Ausmaß der Kampfaktionen jedenfalls nicht mehr von vornherein abschätzbar. Hierin liegt wohl auch der Grund dafür, weshalb die bisherigen „Liberalisierungen“ äußerst zaghaft sind, weshalb bei teilweisen Öffnungen der Repressionsapparat der Diktaturen kaum abgebaut wird. Denn er soll im Interesse des herrschenden Blocks bei den kleinsten Anzeichen dafür, daß auch weitergehende Forderungen zum Tragen kommen, wieder zur Verfügung stehen. Die Machthabenden beharren auf ihm, um den Prozeß gegebenenfalls zum Stillstand bringen und die Zügel wieder anziehen zu können.

Schlüsselfrage antifaschistische Einheitsfrontpolitik

Chancen für einen wirklichen Demokratisierungsprozeß bestehen deshalb in erster Linie dort, wo breite antidiktatorische Volksbewegungen bzw. Bündnisse hergestellt werden können, die die Massen der Bevölkerung und die Organisationen der Arbeiterklasse einschließen. Hier kann eine erneute Repressionswelle, können Umkehrungen des Demokratisierungsprozesses durch entsprechende Massenaktionen beantwortet, aufgehalten und weitergehende Forderungen nach grundlegenden Veränderungen entwickelt und durchgesetzt werden.

Das Beispiel Nikaraguas hat bestätigt, daß die breiteste Aktionseinheit aller antidiktatorischen Kräfte zusammen mit einer soliden Linkseinheitsbewegung von Massencharakter die beste Grundlage für den Sieg der demokratischen Kräfte darstellt. Die Bildung einer demokratischen Gegenregierung unter Siles Zuazo in Bolivien, einer Demokratischen Konvergenz in Uruguay (siehe nachstehende Gründungserklärung) oder die Orientierung der Unidad Popular auf eine Einheitsfront aller nichtfaschistischen Kräfte sind ermutigende Schritte in diese Richtung. Der antifaschistische Kampf in Südamerika hat ausgangs der 70er Jahre eher an Kraft hinzugewonnen und ist auch nach Bolivien (17. Juli 1980) nicht aussichtslos.

Anmerkungen:

- 1) Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 28.6.1980
- 2) Vgl. El Dia, Mexiko-Stadt, 13.6.1980
- 3) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.7.1980
- 4) Vgl. zur Einschätzung des „abhängigen Faschismus“ in Lateinamerika, seinem Charakter und seiner sozialen Basis die Artikel von R. Arismendi und A. Briones/O. Caputo in: AIB Nr. 3/1977, S. 12-29 und S. 20-26
- 5) Vgl. G. Arroyo, Wirtschaftliche und politische Entwicklung Lateinamerikas in den letzten 10 Jahren, in: Kirche in Lateinamerika. Sondernummer der Lateinamerika-Nachrichten Westberlin, April 1979, S. 21-48
- 6) Vgl. Inter-American Development Bank (Hrsg.), Economic and Social Progress in Latin America. 1978 Report, Washington 1979
- 7) Vgl. G. Arroyo, Wirtschaftliche und politische Entwicklung..., a.a.O., S. 29
- 8) Vgl. United Nations Statistical Yearbook 1978, New York 1979, Tabelle 183
- 9) Vgl. Inter-American Development Bank, a.a.O., S. 138

Richtigstellung

Im letzten AIB, Nr. 7-8/1980 sind uns im Beitrag von W. Bröner, J. Carters Gratwanderung auf S. 5 folgende Satzfehler unterlaufen: In der 2. Spalte, 4. Zeile von oben muß es „Unter den Hauptexporteuren nach den führenden Ölmächten Saudi Arabien und Iran...“, statt versehentlich „kapitalistischen Ölmächten“ heißen. Im 2. Absatz derselben Spalte, letzter Satz muß es „Denn im wahrscheinlicher gewordenen Falle iranisch-arabischer Gegenaktionen...“, statt „Dem...“ heißen.

Ulrich Rupp

Rechtsputsch wider ein dreifaches Volksvotum



Bolivians amtierende Putschjunta (v. l. n. r. die Generale Bernal, Garcia Meza, Terrazas) bei der Vereidigung; Barrikadenbau der Volksbewegung in La Paz (r.)

Am 17.7.1980 ergriffen in Bolivien Militärs unter General Luis Garcia Meza die Macht. Sie beendeten damit vorläufig einen nach dem Abtritt des Diktators Banzer im Jahr 1978 eingeleiteten Demokratisierungsversuch. In dieser Periode errang das Linkseinheitsbündnis Demokratische Volksunion (UDP)¹ unter Siles Zuazo bei dreimaligen Wahlen zu Parlament und Präsidentschaft jedesmal die Mehrheit der Stimmen. Zuletzt am 29.6.1980 39%.

An einer Wahl Siles Zuazos zum Präsidenten Boliviens bestand diesmal kein Zweifel. Die Sozialistische Partei (10% der Stimmen) und die von V. Paz Estenssoro geführte Revolutionäre Nationalistische Bewegung (MNR; 21% der Stimmen) hatten ihre Bereitschaft zur Wahl Siles Zuazos angekündigt. Der Kandidat der Militärs erlitt mit einem Stimmenanteil von nur 14% eine vernichtende Niederlage.

Damm gegen eine radikale UDP-Regierung

Die Gründe für den Militärputsch resultieren aus der Angst vor der angekündigten Durchsetzung eines antiimperialistisch-demokratischen Programms seitens der UDP. In ihrer Grundsatzerklärung des Jahres 1979 hatte sie die kontinuierliche Entwicklung einer nationalen Wirtschaft und die Stärkung des staatlichen Sektors gefordert, um Bolivien aus der neokolonialen Abhängigkeit, aus Rückständigkeit und Armut herauszuführen, welche auf das Konto des Imperialismus, der Oligarchie und der faschistischen Militärdiktaturen gingen. Die UDP trat für die Respektierung des Rechtes auf freien Zusammenschluß der Massen und für die umfassende Reorganisation der Bauernschaft ein. Und sie forderte eine Beschränkung der Aufgaben der Militärs lediglich auf die Landesverteidigung.

Es waren dies Forderungen, die den Nerv der Militärs trafen, mußten sie doch fürchten, für die Repression unter der Banzer-Diktatur (1971-78) zur Rechenschaft gezogen zu werden. Auf ihr Konto gingen 700.000 aus politischen Gründen ins Exil gezwungene Patrioten, die Zerschlagung der progressiven Parteien und Gewerkschaften, die Auslieferung Boliviens an die ausländischen Monopole, welche weitgehend den Transport, die Verarbeitung und Absatz des wichtigsten Rohstoffs, Zinn, kontrollieren. Der Anteil des Zinn am Export liegt bei 2/3.

Militärs waren es auch, die am Verschieben von Erdöl und Benzin, an der unbeschreiblichen Korruption verdienten. Am einträglichsten jedoch erwies sich ihr Kokain-Schmuggel im Umfang von 400 - 900 Mio Dollar.² Diesen zu untersuchen und zu unterbinden, hatten die UDP-Politiker sich zum Ziel gesetzt. Gegen Exdiktator Hugo Banzer kündigten sie ein Verfahren wegen seiner Beteiligung am gescheiterten Putsch vom Dezember 1979 gegen die Volkskräfte an.

Zu diesen inneren Gründen für den Putsch gesellte sich das direkte Engagement namentlich der Militärjunta Argentiniens unter Präsident Videla. Nicht nur, daß argentinische Spezialisten der Antikommunistischen Allianz Argentiniens (AAA) – erkennbar an ihrem La-Plata-Spanisch – den bolivianischen Rechtsputsch vom 17. Juli 1980 mit dem Sturm auf das Präsidentenpalais und das Gewerkschaftshaus mit auslösten. Argentiniens Junta war es auch, die als Geste der „Solidarität“ Kredite und Lebensmittel für Garcia Mezas Putschistenregime ankündigte. In einer Fernsehrede bezeichnete Videla den Putsch in Bolivien als Variante, „die wir mit Sympathie gesehen haben, ... weil sie für eine Lösung eintritt, die auch unserem Ziel entspricht: ein neues Kuba an unseren Grenzen zu verhindern“.³

Angesichts eines Putsches, der – anhand im März 1980 an-

gefertigter schwarzer Listen von Linkspolitikern und Gewerkschaftern – generalstabsmäßig ausgeführt wurde, stellt sich die bange Frage, ob hier die Etablierung einer faschistischen Diktatur im Gange ist. Nicht nur der brutale Ausrottungsfeldzug, dem nach Angaben der in der Illegalität erscheinenden Zeitung *Bolivia Libre* über 3.000 Menschen – vorwiegend Bergarbeiter – sowie 2.500 Verhaftete bzw. Verschwundene zum Opfer fielen, deutet auf dieses Ziel der Putschistenmilitärs.⁴

Auch die Äußerungen der Militärs, daß man der roten Gefahr und dem veralteten Liberalismus ein Ende setzen wolle, sind eindeutig. In seiner Antrittsrede erklärte Juntachef Garcia Meza, der aus seiner Bewunderung für Chiles Diktator Pinochet kein Hehl macht und wie dieser 20 Jahre an der Macht bleiben will, folgendes: Die Militärs „konnten in keiner Weise eine demagogische Demokratie unterstützen, die nur eine ungewisse Zukunft ohne Brot, ohne Sicherheit oder Entwicklung der Produktivkräfte bot... Dies ist keine Zeit mehr für gewerkschaftliche Arroganz und Bürokratie oder für eine einseitige Führung, die auf ewig im Amt bleibt. Die Zeit für verlockende, korrupte Angebote ist vorbei.“ Keine Kompromißbereitschaft, erklärte er, wolle man gegenüber denen zeigen, „die helfen die politischen Strukturen zu zerstören ... oder mit denen (keine Verständigung anstreben), die ihr Land verraten werden.“⁵

Andere stimmen in den Chor ein. So erklärte Innenminister Oberst Louis Arce, alle Verhafteten zum Straßenbau in den Osten des Landes schicken zu wollen. Dies aber heißt „erneut Konzentrationslager im subtropischen Tiefland.“⁶ In der Fernsehwerbung für das neue Regime „werden ganze Sätze aus den ideologischen Grundsätzen der spanischen Falange, der Einheitspartei der Franco-Diktatur wörtlich zitiert.“⁷ Eine dementsprechende Verfassung ist bereits in Arbeit. Analog zum Reichsarbeitsdienst in Hitlerdeutschland führten die Militärs einen zweijährigen „patriotischen Staatsdienst“ ein. Das Innenministerium nimmt die Auswahl für die Einberufungen vor und bestimmt über Art und Umfang der Zwangsarbeit. Die Parole vom Aufräumen geht um in Bolivien.

Widerstand – von Minenarbeitern bis zur Kirche

Die Kampfansage der Putschisten gegen die Volksorganisationen wurde von diesen heftig beantwortet. Als erstes wurde seitens der Bolivianischen Arbeiterzentrale (COB) und des Nationalen Verteidigungsrates der Demokratie (CONADE) der Generalstreik ausgerufen. Dieser Verteidigungsrat war Anfang 1980 aus der COB, der UDP, der Revolutionären Partei der Nationalen Linken (PRIN) und der Authentischen Revolutionären Partei (PRA) gebildet worden. Der Generalstreik wurde bis Ende Juli d.J. vollständig von den Arbeitern befolgt, brach jedoch aufgrund des Verbotes der Gewerkschaften, der Ausschaltung der Gewerkschaftsführung sowie der Drohung, alle Streikenden zu entlassen, teilweise zusammen.

Dagegen dauerten in der ersten Augushälfte bewaffnete Kämpfe zwischen der Armee und den 50.000 Minenarbeitern in den Zentren Catavi, Siglo XX, Huanuni u.a. weiter an. Die Minenarbeiter errichteten Barrikaden und verminten die Zufahrtsstraßen. 25.000 Soldaten wurden bisher ohne Erfolg aufgeboten, um den Kämpfen ein Ende zu bereiten. Dabei bedienten sie sich der Taktik, die Bergbaugebiete zu umzingeln und die Minenarbeiter auszuhungern. Dies zwang die Bergarbeiter zeitweise, in Verhandlungen mit der Junta zu treten und – nach Garantierung des Arbeitsplatzes und höheren Löhnen – die Arbeit vorübergehend wiederaufzunehmen. Die Hauptforderungen der Arbeiter sind die nach

Freilassung des verhafteten Führers der COB Lechin und die Unterstützung der von Siles Zuazo Anfang August im Untergrund gebildeten Gegenregierung der Nationalen Einheit.⁸ In einer Erklärung rief Siles Zuazo seine Landsleute zum Widerstand gegen den „nationalen Verrat eines Teiles der Armee“ auf. In einer Ansprache, die auf einer Tonbandkassette außer Landes gebracht werden konnte, erklärte Siles Zuazo, daß dem Kabinett der Gegenregierung Vertreter aller demokratischen Parteien und Organisationen angehören.

„Nur das vereinte Volk wird in dem schweren Kampf gegen den Verrat und die Unterdrückung der reaktionären Militärs erfolgreich sein“, erläuterte Siles Zuazo die Entscheidung, neben der UDP auch alle anderen ins Parlament gewählten demokratisch gesinnten Kräfte in die Untergrundregierung aufzunehmen.

Zur Opposition hat sich auch die katholische Kirche nachdrücklich bekannt. Die Bischöfe gaben die Gründung einer Gefangenenhilfsorganisation bekannt, die den Auftrag habe, die Gefangenen zu besuchen, ihre Freilassung zu beschleunigen, ihnen Anwälte zur Wahrung ihrer Rechte zu besorgen und ihre Sicherheit zu garantieren.

In einer Erklärung der Bischofskonferenz stellt sich diese ausdrücklich hinter Erzbischof Manrique Hurtado, der von reaktionären Militärs als „Agent des internationalen Kommunismus“ bezeichnet worden war.⁹ Der Erzbischof hatte die Militärs in einem Interview gegenüber mexikanischen Journalisten schwerer Verbrechen an seinem Volk angeklagt. „Massenverhaftungen, Überfälle auf gewerkschaftliche und religiöse Einrichtungen sowie die Jagd auf Menschen hätten im bolivianischen Volk ein unerträgliches Klima der Angst erzeugt.“¹⁰ Weiter tritt die Bischofskonferenz in ihrer Erklärung für die Aufhebung des Belagerungszustandes sowie die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Prozesses ein.

Entscheidend für die Chance, die feste Etablierung einer faschistischen Diktatur abzuwenden, ist jedoch nicht nur der innere Volkswiderstand, sondern auch das Gelingen einer internationalen Isolierung der Junta Garcia Mezas.

Anmerkungen:

- 1) Der UDP gehören 12 demokratische Organisationen, darunter die von H. Siles Zuazo geführte Nationalistische Revolutionäre Bewegung der Linken (MNRI), die vom Vizepräsidenten J. Paz Zamora geführte Bewegung der Revolutionären Linken (MIR) und die Kommunistische Partei Boliviens (PCB) an. Wortlaut ihrer Grundsatzklärung vom Jahre 1979 siehe in: AIB, Nr. 9/1979, S. 15/16
- 2) Frankfurter Rundschau, 15.8.1980
- 3) Zit. nach: Süddeutsche Zeitung (SZ), 13.8.1980
- 4) Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst (adn), Berlin, 12.8.1980 und 8.8.1980
- 5) Zit. nach: Informationszentrum Bolivien, Informationsblatt, Antwerpen, Nr. 21, Juli 1980, S. 8-12
- 6) SZ, 8.8.1980
- 7) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 24.7.1980
- 8) International Herald Tribune, Zürich, 28.7.1980
- 9) FAZ, 8.8.1980
- 10) adn, 9./10.8.1980

Bolivien-Solidarität

In einer Pressemitteilung vom 18.7.1980 verurteilte das Antimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) den Putsch und die blutige Repression in Bolivien als eine „eklatante Mißachtung des Willens des Volkes“.

Das ASK erklärt seine Solidarität mit den Opfern des Militärputsches und mit allen, „die für die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse in ihrer Heimat kämpfen“. Das ASK erbittet Spenden für das kämpfende Volk Boliviens auf das

Sonderkonto Prof. Wulff, Postscheckamt Frankfurt 527055-602. Kennwort: Bolivien-Solidarität.

Rainer Falk

Zwischenbilanz der brasilianischen „Öffnung“

Der große Metallarbeiterstreik vom April/Mai d.J., als rund 250.000 Mann in den Ausstand traten und damit u.a. die Niederlassungen der großen Autofirmen Volkswagen, General Motors, Mercedes-Benz, Ford, Saab Scania und Chrysler lahmlegten, hat wie nie zuvor die neue Kampfbereitschaft der brasilianischen Arbeiterklasse signalisiert.

Die Lage im Lande ist heute durch zwei widersprüchliche Momente gekennzeichnet. Auf der einen Seite ist ganz unübersehbar, daß sich der Spielraum infolge der 1974/75 eingeleiteten Politik der „kontrollierten Öffnung“ (Abertura) des Regimes für die demokratische Bewegung spürbar erweitert hat. Auf der anderen Seite gibt es immer wieder Rückschläge und Gefährdungen der demokratischen Ansätze. Und es kann keineswegs als ausgemacht gelten, daß sich Brasilien auf dem Weg zu rundum demokratischen Verhältnissen befindet. Ein prekäres und labiles Gleichgewicht zwischen den Stützen des alten Regimes und den auf konsequente demokratische Veränderungen drängenden Kräften, wie es jetzt herrscht, wird sich unter den Bedingungen der tiefen ökonomischen und politischen Krise, in der das „brasilianische Modell“ steckt, nicht mehr allzu lange aufrechterhalten lassen.

Neues Parteiensystem

Eineinhalb Jahre nach dem Amtsantritt von Präsident General Joao Baptista Figueiredo am 15. März 1979 (vgl. dazu AIB, Nr. 3/1979) kann das Regime auf eine Reihe von Veränderungen am politischen System zurückblicken. Entscheidend war die Aufhebung der Institutionellen Akte Nr. 5, auf die sich die wesentlichen diktatorischen Vollmachten des Regimes stützten. Weitere Ausnahmegesetze wurden teils abgeschafft, teils neu formuliert. Der (mit bestimmten Ausnahmen) abgeschlossene Amnestierungsprozeß und die Rückkehr der meisten Exilierten (mit der Heimkehr des legendären KP-Führers Luis Carlos Prestes und seinem massenhaften Empfang bei der Ankunft) sind weitere Merkmale der veränderten Situation. Von großer Bedeutung ist auch die fast vollständige Aufhebung der Pressezensur und die Beseitigung der „Lei Falcao“, die die Wahlpropaganda im Fernsehen zugunsten der Diktatur manipulierte.

Nach der Ende letzten Jahres per Gesetzesbeschluß verfügten Auflösung der alten Parteienstruktur mit der Regierungspartei ARENA und der Demokratischen Bewegung (MDB) hat das Regime die Gründung vier neuer Parteien gestattet. Dabei handelt es sich einmal um die Sozialdemokratische Partei (PSD), eine Nachfolgeorganisation der ARENA. Die Oppositionspartei MDB hat sich in die Partei der Brasilianischen Demokratischen Bewegung (PMDB) umgebildet. Des weiteren gibt es jetzt wieder die Brasilianische Arbeiterpartei (PTB), die auf die alte populistische Bewegung von Vargas zurückgeht und deren einer Flügel heute von der Sozialistischen Internationale unterstützt wird; so-



Streikende Metallarbeiter in São Paulo

dann die rechtsliberale Volkspartei (PP) und die linkssozialistische Arbeiterpartei (PT), an deren Spitze Männer wie der Gewerkschaftsführer Lula stehen. Die Brasilianische Kommunistische Partei (PCB) bleibt weiterhin illegalisiert, tritt jedoch in zunehmendem Maße öffentlich auf.

Der Zweck des Parteiengesetzes bestand darin, die unter dem Schirm des MDB zusammengefaßte Opposition in eine Reihe von Gruppierungen aufzuspalten und der Regierungspartei auf diese Weise wieder eine stimmenmäßige Mehrheit bei Wahlen zu verschaffen, die sie 1974 und 1978 verloren hatte. Darin zeigt sich vielleicht am deutlichsten die Ambivalenz vieler unter dem Motto der „Abertura“ durchgeführter Maßnahmen. Einerseits stellen sie eine Reaktion auf den gewachsenen Massendruck dar, mit dem das Regime konfrontiert ist, und sind insofern zuallererst Kampferfolge der demokratischen Bewegung. Andererseits verfolgt das Regime seinen Anpassungskurs mit der erklärten Zielsetzung, auf dem Wege des „Druckablassens“ die Massenbewegung integrationistisch unter Kontrolle zu bekommen. Von vorneherein ist hier eine Begrenzung der „Öffnung“ einprogrammiert, die durch den Bestand des „Modells“

überhaupt markiert wird.

Daß nicht daran gedacht ist, die Machtposition der diesen Typ der abhängigen kapitalistischen Entwicklung tragenden Allianz aus Auslandskapital, einheimischer Monopolbourgeoisie und Militär in Frage zu stellen und daß die „Öffnung“ dort halt machen muß, wo die Interessen dieses herrschenden Blocks tangiert werden, sprechen die Repräsentanten des Regimes zuweilen ganz offen aus. So bekräftigten die Militärs in ihrem Tagesbefehl zum 16. Jahrestag des Putches von 1964 das „unerschütterliche Festhalten an den Zielen der Revolution“. Am 31. März 1980 verkündete der Kommandant des II. Heeres (Sao Paulo) seinen Soldaten: „Innerhalb einer geradezu inflationären Entwicklung demokratischer Öffnung kamen Gegenstimmen und Widersprüche auf... Aber ich kann mit aller Kraft meines Amtes als Kommandant des II. Heeres bestätigen, daß nichts geschieht, was nicht vorausgesehen wurde. Und daß nichts über das Erlaubte hinaus passieren wird.“

Freilich haben die jüngsten Erfahrungen der demokratischen Bewegung gezeigt, daß diese dem Regime sehr wohl beachtliche Zugeständnisse abringen kann und daß der in Gang gekommene Prozeß zuweilen eine Dynamik entwickelt, die vom Regime nicht mehr kontrolliert werden kann. Aber gerade so erklärt sich der Willen der Militärs, notfalls unter Rückgriff auf die Methoden brutalster Repression dieser Dynamik einen Riegel vorzuschieben.

Vor allem auf dem Hintergrund der ökonomischen Krisensituation, in der Brasilien steckt, können die weiteren Perspektiven der „Abertura“ keineswegs optimistisch beurteilt werden. Das vergangene Jahr schloß für Brasilien mit ökonomischen Daten ab, die die tiefste Krise des einstmals als „Wirtschaftswunder“ gefeierten Modells signalisieren.

Allein die Inflationsrate hat sich mit 77,2% gegenüber dem Vorjahr (40,8%) fast verdoppelt und damit den Höchststand seit 1964 erreicht. Das Handelsbilanzdefizit schnellte 1979 auf 2,7 Mrd Dollar hoch, das Leistungsbilanzdefizit auf über 10 Mrd Dollar. Im Vorjahr hatten die beiden Werte noch „nur“ 0,5 bzw. 5,65 Mrd Dollar betragen. Die Auslandsverschuldung hat 1979 die astronomische Höhe von nahezu 50 Mrd Dollar erreicht. Nahezu 70% der Exporteinnahmen müssen heute für die Rückzahlung von Auslandskrediten und Zinsen verwendet werden.

Inflationweltmeister neben Argentinien

In dieser Situation wurde Delfim Neto, der als „Vater des brasilianischen Wirtschaftswunders“ gilt, Anfang d.J. wieder in das Amt des Planungsministers gehievt. Neto und seine „Gang“, die brasilianische Variante der berüchtigten Chicago-Boys, wollen die Krise durch immer neue Kreditaufnahmen im Ausland, die massive Anwerbung von weiteren Auslandsinvestitionen und ein rigoroses Sparprogramm auf sozialpolitischem Gebiet bekämpfen. Es könnte sich jedoch sehr schnell herausstellen, daß dieser extrem orthodoxe und an den Interessen der internationalen und einheimischen Monopole orientierte Wirtschaftsliberalismus sehr bald schon den Übergang zu einem wieder offeneren Repressionskurs nach innen erforderlich macht, wenn sich die Massen weigern, die Kosten, die ihnen erneut auferlegt werden sollen, zu tragen.

Statt einem Rückgang der Inflation und einer Besserung der Werte der Außenbilanz, wie als Ziel in Netos Konzept vorgesehen, trat in der ersten Hälfte des Jahres 1980 eine genau entgegengesetzte Entwicklung ein. Im Juli d.J. hatte die Inflationsrate die magische 100%-Marke überschritten und eine Reihe von Indikatoren deuten auf die Fortsetzung dieses Trends, der Brasilien jetzt neben Argentinien zum Inflationweltmeister gemacht hat, hin. In der Außenbilanz wird

für 1980 ein Fehlbetrag von 15 Mrd US-Dollar erwartet, der durch neue Auslandskredite gedeckt werden muß. Wird der jetzige Wirtschaftskurs beibehalten, so könnte die Auslandsverschuldung am Ende der Amtszeit Figueiredos unvorstellbare 100 bis 150 Mrd Dollar betragen. Das Land ist jetzt in einer Situation, in der es wahrscheinlich noch in diesem Jahr ein schmerzhaftes Umschuldungsprogramm des Internationalen Währungsfonds wird in Anspruch nehmen müssen, einschließlich eines damit verknüpften Austeritätsprogramms, das die wirtschaftliche „Gesundung“ über weitere drastische Einschränkungen beim Massenkonsum erzwingen wird.

Der militärfaschistische Apparat blieb unangetastet

Es ist nicht verwunderlich, daß in dieser Situation, in der die Weichen unverrückbar auf eine weitere Zuspitzung der sozialen Widersprüche und Konflikte gestellt sind, die Anzeichen sich häufen, die auf einen Stillstand oder gar Abbruch des Demokratisierungsprozesses hindeuten. Dabei schlägt zu Buche, daß infolge des begrenzten Charakters der „Öffnung“ der militärfaschistische Apparat, sieht man von der Aufhebung der Institutionellen Akte Nr. 5 ab, heute noch im wesentlichen unangetastet ist und eine Reihe von Maßnahmen dem Regime sogar neue potentielle Wege öffneten, gegen die Opposition vorzugehen.

Hierzu gehört, daß die inzwischen durchgeführte Verfassungsreform dem Regime die Möglichkeit verschafft, jederzeit den Ausnahmezustand zu verhängen, einschließlich Kriegszustand und Notstandsmaßnahmen. Nach wie vor in Kraft ist das sog. Gesetz über die nationale Sicherheit, auf dessen Grundlage im April 1980 die Verhaftung zahlreicher Führer des Metallarbeiterstreiks möglich wurde, welche sich jetzt wegen Verstoßes gegen die Doktrin der nationalen Sicherheit zu verantworten haben. Streiks sind nach wie vor illegal, und im Juni d.J. hat der Senat ein Gesetz passieren lassen, das den Arbeitern einer Reihe „sicherheitsempfindlicher“ Sektoren Arbeitskämpfe noch einmal zusätzlich unter hohen Strafordrohungen untersagt.

Als besonders alarmierend muß auch eingeschätzt werden, daß die extreme Rechte in den letzten Monaten in verstärktem Maße zu gewaltsamem Terror gegriffen hat, um die Abertura zu destabilisieren. Die Agenten des sog. DOI-CODI, der Repressions- und Folterabteilung des II. Heeres, haben wiederholt Mordanschläge auf führende Oppositionspolitiker verübt, zuletzt auf den katholischen Rechtsanwalt Dalmo Dallari, der während des Papstbesuches in Sao Paulo überfallen und übel zugerichtet wurde. Der Verkauf fortschrittlicher Zeitungen – nach der Aufhebung der Pressezensur wieder möglich geworden – mußte inzwischen fast völlig eingestellt werden, da die Verkaufsstände den permanenten Übergriffen rechtsradikaler paramilitärischer Privatbanden ausgesetzt sind. Besonders aktiv sind hier das Jagdkommando auf Kommunisten (CCC) und die Antikommunistische Bewegung (MAC).

Die Erfahrung der Vergangenheit hat gezeigt, daß diese Gruppen organisierten Bantendums niemals für sich selbst existieren, sondern über vielfältige direkte oder indirekte Verbindungen in den Staats- und Militärapparat hinein verfügen. Die jüngste Terrorkampagne, die offensichtlich unter dem Kodewort „Operation Crystal“ durchgeführt wird, steht nach Angaben demokratischer Kreise unter der Schirmherrschaft des bereits zitierten Generals Tavares de Souza sowie zweier weiterer Generale, des Oberkommandierenden des III. Heeres (Rio Grande do Sul) Antonio Bandeira, und von Jose Luis Coelho, im Auftrag der IV. Infanteriedivision in Minas Gerais.

Dieter Boris

Der Dialog des Militärs... mit sich selbst

Argentinien zählt seit März 1976 mit Uruguay und Chile zu den brutalsten Militärdiktaturen Südamerikas. Eine Beurteilung von gewünschten und propagierten Demokratisierungstendenzen in diesem Land muß sowohl von den spezifischen Traditionen der sozialen Bewegung in diesem Land als auch von den ökonomischen Möglichkeiten der Regierung für eine solche Entwicklung ausgehen.

Bekanntlich hatte der Militärputsch vom März 1976 u.a. die Funktion, die starke peronistische Bewegung, die vor allem durch die Gewerkschaften repräsentiert war, zurückzuschlagen und eine akzeptable Form monopolkapitalistischer Bewegungsfreiheit in einem unterentwickelten Land wieder-



Straßenkontrollen in Buenos Aires

herzustellen. Dies wurde erreicht durch scharfe Repression jeglicher Äußerungen von Arbeiterinteressen (Hunderte, Tausende von Arbeitern und Gewerkschaftern wurden getötet, verschleppt, gefangen gesetzt), Streiks waren seither verboten, die zentrale Gewerkschaft CGT aufgelöst usw. usf. Zugleich begann der neue Wirtschaftsminister der Militärjunta Martinez de Hoz seine Schocktherapie à la Chicago, indem er dem argentinischen Volk eine extreme austeritätspolitische Linie aufzwang; eine Linie, die nur möglich war auf der Basis der totalen Liquidierung demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte und die vor allem auch von Videla und seinen Fraktionskollegen im Militär – die von manchen Beobachtern sogar noch als gemäßigte, nichtfaschistische Teile im Militär angesehen werden – voll mitgetragen. Diese Austeritätspolitik hatte bekanntlich eine sehr starke Reduktion der staatlichen Ausgaben für Sozialleistungen zum Inhalt, eine Entlassungswelle von staatlichen Bediensteten, die etwa 250.000 Menschen umfaßte, eine Reprivatisierung von öffentlichen Wirtschaftsunternehmen, die in Argentinien relativ stark repräsentiert sind usw. usf. Vor allem aber war eine erhebliche Senkung des Reallohniveaus eine erste Voraussetzung und ein elementares Moment dieser extremen, terroristischen Austeritätspolitik der Militärjunta in Argentinien.

„Schönheitsfehler“ der Austeritätspolitik

Die Konsequenzen dieser Wirtschaftspolitik waren und sind bis auf den heutigen Tag durchaus zwiespältig, selbst vom Standpunkt der bürgerlichen Journalisten. Zwar wird auch von ihnen gelobt, daß nun die Exporte Argentiniens enorm gesteigert werden konnten, daß die Handels- und Leistungsbilanz sich positiv gestaltete, Argentinien seit einiger Zeit über einen erheblichen Devisenreservenschatz verfügt und daß das Haushaltsdefizit der Regierung reduziert werden konnte usw.; gleichzeitig jedoch wird konstatiert, daß die hohe Inflationsrate sichtbar reduziert werden konnte, sich jedoch mehr oder minder bei 100% (!) einpendelte und stabilisierte. Noch gravierender aber als diese „Schönheitsfehler“ der argentinischen Sanierungspolitik dürfte der Umstand sein, daß mit dieser außenwirtschaftlichen Konsolidierung eine Schwächung des gesamten Produktionspotentials der argentinischen Wirtschaft einherging. Die Rückgänge des Bruttosozialproduktes seit dem Jahr der Krise 1976 galten auch für 1977 und noch mehr 1978, während die leichte Erholung des Jahres 1979 (die auch kaum dazu geführt hat, den Stand von 1973/74 wiederzugewinnen), nun im Jahr 1980 – nach den ersten vorliegenden Zahlen – wieder rückläufig zu sein scheint.¹

Von dieser Schwäche der argentinischen Ökonomie ist vor allem der Industriesektor betroffen, der nun schon mehrere

Jahre hindurch außerordentliche Rückgänge zu verzeichnen hat: „Hinsichtlich des privaten Sektors verweisen die Industriellen auf den Rückgang der Produktionszahlen für eine Anzahl wichtiger Waren: der Umsatz von Textilprodukten fiel um 33%, von Schallplatten und Tonbändern um 45%; von Elektrowaren und -geräten war der Umsatz um 50% niedriger als der Durchschnitt für 1974-77. Noch besorgniserregender fiel wiederum die Autoproduktion, um 23,6%, und der Export von Kraftfahrzeugen um 47,4%.“²

Auch eine nochmalige Liberalisierung des Gesetzes für Auslandsinvestitionen, das nunmehr auch ein Eindringen des Auslandskapitals in die Bereiche des Gesundheitswesens und des Transports ermöglicht, hat offenbar noch nicht zu der erwünschten Wirkung und Attraktionskraft auf das Auslandskapital geführt. Die Angaben der neueingeströmten produktiv angelegten Auslandskapitale halten sich in relativ bescheidenen Grenzen und auch der spektakuläre Erwerb der Mehrheitsaktien von Chrysler/Argentina durch den VW-Konzern ist sicherlich in seiner Gesamtbedeutung nicht überzubewerten.

Insgesamt gesehen läßt sich die ökonomische Entwicklung dahingehend zusammenfassend beurteilen, daß es auch der strengen Austeritätspolitik der Militärjunta nicht gelungen ist, die grundlegenden Disproportionen in der argentinischen Ökonomie (vor allem zwischen agrarischem Exportsektor und industriellem Sektor, der binnenorientiert ist) zu überwinden und auszugleichen.

Videlas „nationaler Lebensstil“

Auf der Basis dieser ökonomischen Tatbestände und der keineswegs rosigen Perspektiven der argentinischen Ökonomie ist der Fortbestand des hohen Repressionsgrades in Argentinien nicht verwunderlich. Noch immer werden von Amnesty International ca. 10.000 Verschwundene genannt und die argentinische Junta hat bislang – trotz verschiedener Interventionen und Petitionen in dieser Frage – nichts entscheidendes unternommen. Im Gegenteil, sie hat sogar mit einem Dekret aus dem Jahre 1979, nach welchem die Verschwundenen nach 80 Tagen für tot erklärt werden können, gewissermaßen einen legalistischen Freibrief für noch lebende Inhaftierte geschaffen.

Auch die ständigen Ankündigungen bezüglich eines demokratischen Dialogs, propagandistische Formeln, die seit dem Tag des Putsches in immer neuen Wortkombinationen vorgetragen werden, bewegen sich in der bekannten Dimension. So hielt Jorge Videla im März dieses Jahres wieder eine Rede, in welcher er eine Institutionalisierung der politischen Verhältnisse sowie einen anzustrebenden Dialog ankündigte.



Protest gegen Verschleppung von Demokraten

Ausgeschlossen sollten in diesem Dialog diejenigen sein, „die Korruption und Subversion (betreiben) sowie jene, die sich zu Ideologien bekennen, die mit unserem nationalen Lebensstil nicht vereinbar sind“.³

Dies heißt, daß nach wie vor sowohl die Peronisten wie auch die Marxisten und Sozialisten von einem Dialog ausgeschlossen sein sollen. Im übrigen verweist das Reden von einem nationalen Lebensstil darauf, daß hier jede mißliebige politische Bewegung ausgeschlossen werden kann. Kennzeichnend ist auch, daß die argentinische Junta sich bislang auf keinerlei Terminsetzungen festgelegt hat und daß trotz einiger Experimente der Redemokratisierung auf der Ebene der Gemeinden und trotz des Erlasses eines neuen Gewerkschaftsgesetzes mit einem ernsthaften Versuch, zivilen und demokratisch ausgewiesenen sozialen Kräften das Feld der politischen Bühne zu überlassen, nicht zu rechnen ist.

Frontalangriff auf die Gewerkschaften

Das neue Gewerkschaftsgesetz enthält wesentliche Veränderungen gegenüber den bisher in Argentinien herrschenden arbeitsrechtlichen und gewerkschaftsrechtlichen Bestimmungen. Insgesamt bedeutet dieses Gesetz eine erhebliche Schwächung gewerkschaftlicher Kampfkraft und eine völlige Entpolitisierung gewerkschaftlicher Interessenvertretung. Es läßt z.B. keinen zentralen Dachverband zu, sondern nur Gewerkschaften auf betrieblicher und höchstens regionaler Ebene. Außerdem wird ein strenges Reglement verordnet zum Zwecke der staatlichen Kontrolle der gewerkschaftlichen Finanzen.

Die Einheitsgewerkschaft ist diesem Gesetz zufolge abgeschafft, es können verschiedene Gewerkschaften in einem Betrieb nebeneinander existieren. Finanziert werden die Gewerkschaften hinfort nur noch durch Beiträge von Gewerkschaftsmitgliedern, nicht hingegen auch von Nichtorganisierten, die bislang bei Lohnerhöhungen ebenfalls einen bestimmten Prozentsatz mit in die Gewerkschaftskasse zahlen mußten. Ebenso werden den Gewerkschaften die Sozialeinrichtungen (obras sociales) entzogen, die eine wichtige Funktion im gesamten gesellschaftlichen und sozialen Leben der argentinischen Werktätigen einnahmen (Gesundheitswesen, Erholung, Tourismus, Sport, Kultur usw.).

Ausdrücklich wird auch in dem Dekret statuiert, daß Gewerkschaften sich nicht an politischen Aktivitäten beteiligen dürfen, keine Parteien und politischen Kandidaten unterstützen dürfen. Trotz einer gewissen Vereinheitlichung der gewerkschaftlichen Oppositionsgruppen gegen das Regime zu der Vereinigten Leitung der Argentinischen Arbeiter (CUTA) hat sich gegenüber diesem Gesetz und seiner Verabschiedung relativ wenig Widerstand bemerkbar gemacht. Zwar gab es einige Streiks – die gerade auch vor dem Hintergrund einer relativ hohen Beschäftigung zu erklären sind –, aber sie waren nicht klar und politisch gegen die Junta und dieses Gewerkschaftsdekret gerichtet. Das folgende Urteil erscheint daher nicht zu defätistisch geraten zu sein: „Betrachtet man die derzeitige Situation innerhalb der Gewerkschaften, dann ist ein schneller Erfolg im Kampf gegen das Gesetz, geschweige denn in der Destabilisierung der Diktatur nicht zu erwarten.“⁴

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Deutsche Bank AG (Hrsg.), Wirtschaftsbericht Lateinamerika, Juni 1980, S. 3 f.
- 2) E. Crawley (Hrsg.), Latin America & Caribbean 1980, Saffron Walden/Essex, S. 59
- 3) Süddeutsche Zeitung, 8/9.3.1980
- 4) J. Borner, Die argentinische Gewerkschaftsbewegung und das neue Gewerkschaftsgesetz der Militärjunta, in: Kritik. Zeitschrift für sozialistische Diskussion, 8. Jg., Heft 25, 1980, S. 101-111, hier: S. 110

Interview mit Hugo Villar

Annäherungsprozeß der antidiktatorischen Kräfte



Uruguay hält einige traurige Rekorde. Es hat den höchsten Anteil von politischen Gefangenen (ca. 7.000) an der Bevölkerung (2,8 Mio). 500.000 Menschen befinden sich im Exil. Dennoch redet das Bordabenez-Regime von „Demokratisierung“. Nach Auffassung der antidiktatorischen Kräfte handelt es sich dabei um nichts anderes als eine schein-demokratische Institutionalisierung. In diesem Interview nimmt Hugo Villar, parteiloser Exekutivsekretär der Frente Amplio (Breite Front, gegründet 1971) und vormaliger Kandidat für das Bürgermeisteramt der Hauptstadt Montevideo, dazu Stellung. Seit dem Militärputsch vom 27.6.1973 lebt er im Exil in Madrid.

FRAGE: Vor kurzem hat es in New York eine Zusammenkunft zwischen Vertretern der Frente Amplio und anderen Parteien gegeben. Wie weit hat die darin erzielte Übereinkunft auch Bedeutung für die innere Lage in Uruguay selbst?

H. VILLAR: Der Prozeß, den wir „demokratische Konvergenz“ nennen und der in dem Treffen in New York am 19. April (1980; d. Red.) zum Ausdruck kam, bedeutet noch nicht einen Zusammenschluß der politischen Bewegungen als solche.

Die Gruppe, die sich da zusammengefunden hat, sind sehr bekannte Persönlichkeiten aus den drei politischen Strömungen Uruguays - der Nationalpartei (Blancos genannt; d. Red.), der Colorado-Partei und der Frente Amplio -, die den Prozeß der Einheit fördern wollten. Der Aufruf, den diese Persönlichkeiten veröffentlicht haben, ist vorerst einmal die Widerspiegelung eines Bewußtseinsstandes außerhalb des Landes, den Kampf gegen die Diktatur auf eine höhere Ebene zu führen. Zugleich spiegelt er aber auch eine Situation wider, die sich allmählich innerhalb des Landes entwickelt.

Ziel antidiktatorisches Abkommen

Gegenwärtig ist es noch nicht so weit, daß es zu einem regelrechten Abkommen zwischen den Parteien kommt, aber in den letzten Monaten hat es Ereignisse gegeben, die beweisen, daß die Entwicklung doch in diese Richtung verläuft. So haben sich in letzter Zeit alle drei Strömungen für eine Konvergenz aller antidiktatorischen Kräfte ausgesprochen.

Warum wir in diesem Punkt so optimistisch sind, ist der Umstand, daß es in Uruguay keine einzige politische Kraft gibt, die die Diktatur jemals unterstützt hat. Objektiv gibt es ja eine antidiktatorische Einheit, denn es hat sich keine Kraft je für die Diktatur ausgesprochen. Aber wir glauben,

daß dieser Prozeß weitergeführt werden muß zu Abkommen zwischen den Parteien, damit man koordinierte Aktionen durchführen kann. Das wäre entscheidend für den Sturz der Diktatur.

FRAGE: Nun repräsentieren die drei genannten Parteien sehr unterschiedliche politische Richtungen und soziale Interessen. Welchen Inhalt und welche Zielsetzungen könnten aufgrund dieser Tatsache solche Abkommen haben?

H. VILLAR: Als Frente Amplio glauben wir, daß eine Konvergenz so unterschiedlicher Kräfte nur auf sehr unmittelbare Zielsetzungen gerichtet sein kann. Es gibt ein gemeinsames Interesse dieser ansonsten sehr verschiedenen Kräfte: und das ist der Sturz der Diktatur und die Ausrottung des Faschismus in Uruguay.

Solange es die Diktatur gibt, werden ja nicht nur die politischen Vorstellungen der Frente Amplio verhindert, sondern ebenso jene der Nationalpartei oder der Colorado-Partei.

Die am meisten institutionalisierte Repression

Bereits eine Woche nach dem Putsch vom 27.6.1973 hat die Frente Amplio gemeinsam mit der Nationalpartei die Grundlagen einer nationalen Lösung veröffentlicht: Ein Prozeß der Demokratisierung verlangt an erster Stelle die Freilassung der politischen Gefangenen, die Aufhebung aller Verbote von Parteien und Organisationen. Es gibt in Uruguay mehr als 10.000 Personen, die aller bürgerlichen Rechte beraubt sind, und zwar jene, die bei den letzten beiden Wahlen für irgendein öffentliches Amt kandidiert haben. Das ist eine völlig anormale Situation, die es nirgendwo sonst auf der Welt gibt. Weiter geht es um die Wiederherstellung der Gewerkschaftsfreiheit. Und schließlich geht es um die individuellen Rechte, einschließlich des Rechts auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Gegenwärtig sind in Uruguay sämtliche oppositionellen Zeitungen verboten, und zwar nicht nur jene der politischen Parteien, sondern auch jene der katholischen und protestantischen Kirchen.

FRAGE: Welche Formen hat der Widerstand in Uruguay gegenwärtig?

H. VILLAR: Man muß zuerst davon ausgehen, daß sich Uruguay durch einen der bestorganisierten und mächtigsten Repressionsapparate auf dem Kontinent auszeichnet.

Vielleicht war die Repression in anderen Ländern noch brutaler - wie z.B. in Argentinien, wo die Zahl der Verschwundenen in die Zehntausende geht. Aber in Uruguay haben sich die Repression und der Terror am stärksten institutionalisiert, was vielleicht auch dadurch zu erklären ist, daß dort die Diktatur am isoliertesten war. Für die Aufrechter-

haltung dieses Repressionsapparates müssen jährlich mehr als 50% des Staatsbudgets aufgewendet werden, was natürlich auf Kosten der Ausgaben für Soziales, Gesundheit, Erziehung usw. geht.

Aufgrund dieser Situation mußten auch die Volksbewegungen in den letzten Jahren defensiv arbeiten. Es ging vor allem darum, die eigene Organisation in irgendeiner Form aufrechterhalten zu können. Denn das Hauptziel der Diktatur war es, alle politischen und gewerkschaftlichen Volksorganisationen zu zerschlagen und sie durch neue Institutionen zu ersetzen. So hat sie beispielsweise große Anstrengungen unternommen, um eine gelbe Gewerkschaft aufzubauen. Es muß als wichtiger Sieg des Widerstands gewertet werden, daß die Institutionalisierungspläne der Diktatur gescheitert sind.

Auf gewerkschaftlicher Ebene hat der Widerstand sofort nach dem Putsch begonnen, und zwar mit einem 15-tägigen Generalstreik, der der größte in der Geschichte unseres Landes war. Seither führt der gewerkschaftliche Dachverband CNT den gewerkschaftlichen Kampf im Untergrund an. In diesem Jahr z.B. hat die Diktatur verordnet, daß die Feiern des 1. Mai auf den 5. Mai verlegt werden. Der 1. Mai ist bei uns schon seit dem Jahr 1916 gesetzlicher Feiertag.

Die CNT und die wichtigsten Einzelgewerkschaften haben nun die Arbeiter aufgerufen, am 1. Mai nicht zu arbeiten. Daraufhin wurden an diesem Tag die Polizeipatrouillen auf den Straßen verstärkt. Trotzdem konnten eine Reihe von Unternehmen an diesem Tag nicht in Betrieb genommen werden. Und dort, wo gearbeitet wurde, haben die Arbeiter in verschiedener Weise ihren Widerstand kundgetan. In einer Fabrik z.B. wurde eine Versammlung abgehalten. Darauf hindrang das Militär dort ein und löste sie gewaltsam auf. Dabei wurde ein Arbeiter getötet und viele verletzt.

Eine wichtige Form des Widerstandes ist die Untergrundpresse. Praktische alle politischen Bewegungen und Gewerkschaften haben eine solche Untergrundpresse, die oft auch nur aus Flugblättern besteht, aufrechterhalten. Man muß bedenken, daß dies in einem Land stattfindet, in dem man jahrelang eingekerkert werden kann, wenn man nur ein Flugblatt in seiner Tasche hat.

FRAGE: Wie stehen die Kirchen zur Diktatur?

H. VILLAR: Die Kirchen haben vom ersten Augenblick an ihre Opposition gegenüber der Diktatur zum Ausdruck gebracht.

Das hat dazu geführt, daß die Diktatur wahre Kampagnen der Verleumdung und der Beschimpfung gegen die Kirchen und ihre wichtigsten Würdenträger durchgeführt hat. Zu gewissen Zeitpunkten haben sich diese Kampagnen ganz auf die Person des Erzbischofs von Montevideo, Monsignore Carlos Partelli, konzentriert. Die Diktatur ist sogar im Vatikan vorstellig geworden, um die Auswechslung des Erzbischofs zu erreichen. In vielen Fällen sind Kirchen vom Mili-



Armeekontrolle in Montevideo

tär durchsucht worden, Priester sind verhaftet oder des Landes verwiesen worden. In mehreren Fällen sind Hirtenbriefe von Bischöfen zensiert oder ihre Verbreitung ganz verboten worden. Selbst die Gottesdienste sind in Uruguay Objekt der Zensur. Die Kirchenpresse ist entweder überhaupt verboten oder sie ist einer strengen Zensur unterworfen.

Die geschilderte Situation der Repression in Uruguay hindert allerdings auch die Kirchen daran, ihre Opposition so auszudrücken, wie das vielleicht in anderen lateinamerikanischen Ländern - etwa in Chile - der Fall ist. Es ist daher sehr wichtig, daß die internationale Solidarität auch den Kirchen gilt, damit diese gestärkt werden, ihre Opposition noch entschiedener zum Ausdruck zu bringen.

FRAGE: Der Fall Uruguay hat - verglichen etwa mit Chile - in der Weltöffentlichkeit viel weniger Aufmerksamkeit erregt. Und auch die internationale Solidaritätsbewegung mit Uruguay blieb immer im Schatten anderer lateinamerikanischer Länder. Worauf führen Sie das zurück und welche Folgerungen würden Sie daraus für die Solidaritätsbewegung ableiten?

H. VILLAR: Für diesen Tatbestand gibt es eine ganz logische Erklärung. Im Falle Chiles bedeutete der Staatsstreich (vom 11. September 1973; d. Red.) den Sturz einer Volksregierung, die Ermordung des Präsidenten; innerhalb weniger Stunden gab es Tausende Gefangene und Hunderte Tote, der eigene Präsidentschaftspalast wurde bombardiert - es war also ein plötzlicher und brutaler Umbruch einer ganzen Situation.

In Uruguay gab es einen allmählichen Prozeß, eine allmähliche Steigerung der Repression. Es hat keinen Sturz einer Volksregierung gegeben und der eigene Präsident hat sich zu dem Putsch (vom Juni 1973; d. Red.) bekannt.

Kontinentale Solidarität für Liber Seregni

Die Repression in Uruguay fing schon 1968 an. Damals wurde schon der Ausnahmezustand verhängt, der bis heute gilt. 1972 wurde dann der innere Kriegszustand erklärt, der in der Verfassung gar nicht vorgesehen war. Die Ausrede war der Kampf gegen die Tupamaros. Ich sage deswegen Ausrede, weil die Tupamaros zwei bis drei Monate nach dem Einsatz des Militärs bereits vollkommen zerschlagen waren. Seit August 1972 hat es keinerlei bewaffnete Kommandoaktionen mehr gegeben. Trotzdem wird der innere Kriegszustand bis heute aufrechterhalten.

Und der Putsch hat erst im Juni 1973 stattgefunden, also ein Jahr nach Auflösung der Tupamaros. Das heißt, daß das Ziel des Putsches nicht die Zerschlagung der Tupamaros war, sondern die Zerschlagung der Volksbewegungen. Der Putsch von 1973 war eigentlich eine präventive Maßnahme, nämlich um eine Volksregierung zu verhindern.

Was die internationale Solidarität betrifft, so stellen wir fest, daß sie auch allmählich zugenommen hat. Das höchste Niveau hat die Solidarität auf dem amerikanischen Kontinent erreicht, weil man von dort her auch am einfachsten den uruguayischen Prozeß verstehen kann. So wurde beispielsweise vor mehreren Monaten die Ständige Konferenz der Politischen Parteien Lateinamerikas (COPAL) gegründet, der 24 Parteien angehören - da es sich nur um legale Parteien handelt, sind das ohnehin fast alle in Lateinamerika. Diese Konferenz hat eine Deklaration zur Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in Lateinamerika herausgegeben und dabei besonders den Kampf in Argentinien, Chile, Paraguay und Uruguay hervorgehoben. In diesem Jahr ist es ein Schwerpunkt für die COPAL, sich für die Freiheit von Liber Seregni (Präsident der Frente Amplio) einzusetzen. (...)

(Quelle: Kritisches Christentum, Wien, Nr. 39/Juni 1980, S. 2-5)

Gründungserklärung der Demokratischen Konvergenz

Am 19. April d.J. gaben im Exil lebende uruguayische Persönlichkeiten die Gründung einer Bewegung der Demokratischen Konvergenz (Übereinkunft) bekannt. Ziel dieser von Patrioten verschiedener politischer und sozialer Tendenzen ins Leben gerufenen Bewegung ist es, internationale Solidarität zu organisieren und die Zusammenarbeit mit der Widerstandsbewegung in Uruguay selbst zu verbessern, um den Sturz der Diktatur zu beschleunigen. Auch das Koordinierungskomitee der Volkseinheitsbewegung Frente Amplio im Ausland begrüßte nachdrücklich diesen Schritt und bekräftigte die Bereitschaft zur Aktionseinheit. Diese Initiative ist ein Schlag gegen die Absicht des militärfaschistischen Regimes Uruguays, mit der Abhaltung von Scheinwahlen 1981 und der Vortäuschung einer sog. „Öffnung“ oder „Institutionalisierung“ die Welt und das eigene Volk irreführen zu lassen. Die Gründung der Demokratischen Konvergenz spiegelt das Vorankommen im Zusammenwirken von Blancos, Colorados, Mitgliedern der Frente Amplio, unabhängigen Christen u.a. antifaschistischen Kräften Uruguays wider.

Jahrzehntelang lebte Uruguay in einer demokratischen Tradition, die – trotz aller Unzulänglichkeiten – vergleichsweise exemplarisch in Lateinamerika war: die politischen Verfassungen und die Praxis des täglichen Lebens garantierten die Grundrechte des Menschen und zeigten einen Stil des Zusammenlebens, der die Republik im Konzert der lateinamerikanischen Staaten auszeichnete.

Am 27. Juni 1973 – als Höhepunkt eines sich verschärfenden Prozesses der unmittelbar vorangegangenen Jahre – installierte sich im Lande eine Militärdiktatur totalitären Zuschnitts, die alle Werte der Freiheit erstickte, die bis dahin dem nationalen Leben ihren Stempel aufgedrückt hatten. Sie führte eine drastische und autoritäre Kontrolle des politischen, gesellschaftlichen, gewerkschaftlichen, kulturellen, religiösen und sogar familiären Lebens ein, wie es sie bislang bei anderen lateinamerikanischen Diktaturen nicht gegeben hat.

Ein Unterdrückungsapparat von maßloser Strenge zeigt sich in Gefängnissen, Foltern und Verboten aller Art, während gleichzeitig alle Garantien der Freiheit, der Würde und der Existenz des Menschen selbst verfallen. Das zeigt sich in Verschleppungen, Verhaftungen und Morden. Und die Militärjustiz, die die unabhängige Justizgewalt ablöst, verwechselt die Werte der Ordnung mit denen der Rache, unterdrückt jede Form des Andersdenkens und versucht, die politische Verfolgung mit einem Anstrich von Legitimität zu versehen.

Die Wirtschaftspolitik eines solchen Systems impliziert die Verarmung der großen Mehrheit der Bevölkerung des Landes, zugunsten des spekulativen Kapitals und seiner Verbündeten in den hohen militärischen Rängen, die am Elend der Mehrheit verdienen, was sie euphemistisch „soziale Kosten“ für die durchgeführte Veränderung nennen.

Alle diese Tatsachen rufen eine Emigration hervor, die qualitativ und quantitativ unvergleichlich ist, wenn man sie mit der demographischen Situation des Landes und den wirklichen Bildern des nationalen Lebens vergleicht.

Die internationale Gemeinschaft hat in unterschiedlichem Grad, aber unerbittlich, Kenntnis von der Situation in Uruguay. Ihre übereinstimmende Meinung ist in vielfältiger Erklärung internationaler Organisationen auf Welt- und regionaler Ebene, von Regierungen und

verschiedenen Institutionen gemündet, die alle das uruguayische Regime verurteilen.

In diesem Zusammenhang hat die uruguayische Diktatur einen politischen Plan erarbeitet, dessen Ziel es ist, das Regime zu institutionalisieren und in der internationalen Gemeinschaft ihre ungeheuerlichen Strukturen, Dreistigkeiten und Verbrechen zu rechtfertigen. Alle politischen und gesellschaftlichen Kreise der uruguayischen Öffentlichkeit haben sich – wenn auch unter den Bedingungen der Unterdrückung und Erstickung, in denen die Exzesse des Regimes es kaum erlauben – gegen alle Auswüchse des Regimes gewandt.

Der Volkswiderstand in Uruguay wächst von Tag zu Tag. Die Demonstrationen mehren sich auf allen Ebenen; das führt zu einem Ruf nach nationaler Einheit, die es erlauben wird, die nächsten Etappen eines wirklich demokratischen Prozesses in Angriff zu nehmen, wie es verschiedene Kreise des politischen Lebens dargelegt haben.

Wilson Ferreira Aldunate, Führer der Nationalen Partei, hat kürzlich erklärt: „... In dem Maße, wie es keine organisierte Gruppe der öffentlichen Meinung gibt, die die Regierung verteidigt, gibt es ein Einverständnis zwischen allen Uruguayern, die den Kampf gegen dieses Regime als patriotische Aufgabe verstehen...“ „... Natürlich wäre es vorzuziehen, außer diesem großen nationalen Einverständnis, das die Uruguayer bereits erreicht haben, ein weiteres Einverständnis zu haben, welches die Dinge auf der Ebene der politischen Kräfte institutionalisiert, welches effektiv die konkrete Aktion aller und einer jeder dieser Kräfte koordiniert.“

General Liber Seregni, Vorsitzender der Frente Amplio, erklärte seinerseits: „... Bei der Schaffung der dringenden nationalen Einheitsbewegung der Opposition muß horizontal, auf allen Ebenen der traditionellen Parteien gearbeitet werden, sowohl bei den Führern als auch bei den Mitgliedern. Ohne Paternalismus, ohne schulmeisterliche Positionen, sondern in der Kenntnis, daß das erste Ziel gemeinsam und national ist, das alle verstehen und akzeptieren. Das erfordert Ideen, die alle teilen können.“

Don Jose Battle y Ordonez, die wichtigste historische Figur der Colorado-Partei, sagte zu Beginn des Jahrhunderts: „Jedes Verfassungsgesetz muß vom Volk gemacht werden, wenigstens unter seiner direkten Kontrolle. Nur die Tyranneien entfernen sich vom Volk, und nur ein tyrannisertes Volk würde darauf verzichten, seinen Willen durch die erlaubten politischen Mittel auszudrücken.“

Diese Gedanken sind erneut von großer Aktualität, wurden sie doch kürzlich von „El Dia“ in Montevideo veröffentlicht, einem wichtigen Organ der Battleschen Colorado-Partei.

Diese demokratischen Einheitsbestrebungen interpretierend, hat sich eine Gruppe von Bürgern konstituiert, um dem Gefühl der Konvergenz Ausdruck zu verleihen, das heute das politische Leben des Landes vorantreibt. Sie besteht aus Personen, die verschiedenen demokratisch-politischen, gesellschaftlichen und religiösen Strömungen Uruguays angehören und die, ohne dabei offiziell diese Organisationen und Tendenzen zu vertreten, das Gefühl der großen nationalen Mehrheit zum Ausdruck bringen.

Das Hauptanliegen der Konvergenz (Übereinkunft) ist die Wiederherstellung der Demokratie in Uruguay, die Zusammenarbeit bei der Ausarbeitung eines verantwortlichen politischen Projekts, als Ersatz für das offizielle „Chronogramm“, das die Diktatur institutionalisieren soll.

Dafür hat sich die Gruppe der Demokratischen Konvergenz gebildet. Sie fördert die Koordinierungsprozesse der politischen Strömungen und trägt zum Kampf für die Demokratie in Uruguay bei.

Sie unterhält Beziehungen mit allen Regierungen, Organisationen und demokratischen Kräften der Welt, die sich mit den Bemühungen Uruguays solidarisieren, seine Freiheit zurückzuerhalten.

Diego Achard Luis Echave
Juan P. Eyherachar Juan Raul Ferreira

Carlos Gurmendez

Jose Korzeniak Carlos Martinez Moreno
Atilio Scarpa Justino Zavala

(Quelle: Desde Uruguay, o.O., Nr. 7/1980, S. 1)



Adressenänderungen bitte rechtzeitig bei der Redaktion und bei der Post bekanntgeben!

Iván Ljubetić Der Widerstand wird offensiver

An diesem 11. September 1980 jährt sich zum siebten Mal der Tag des faschistischen Putsches in Chile.

In dieser Zeit hat der antifaschistische Widerstand verschiedene Etappen durchlaufen. In der ersten, die vom 11. September 1973 bis zum 30. April 1975 reichte, war das chilenische Volk dem totalen Krieg der Faschisten, dem entfesselten Terror ausgesetzt. Allein in den ersten acht Monaten wurden 25.000 Patrioten ermordet. Viele von ihnen auf offener Straße und ohne jede Rechtfertigung. In dieser Etappe leisteten nur die bewußtesten Kreise Widerstand. Die Parteien der Rechten und der Mitte, unter ihnen auch die Christdemokraten, kollaborierten mit der Diktatur.

Die zweite Etappe reichte vom 1. Mai 1975 bis zum 30. April 1977. In dieser Zeit verlor die Diktatur Pinochets einen Großteil der sozialen und politischen Basis, die sie anfangs besaß. Es begann die Isolierung der Diktatur. Der Kampf um die Achtung der Menschenrechte in Chile und die machtvolle internationale Solidarität zwangen den Tyrannen, den Terror etwas zu mildern. Er konnte nicht mehr auf offener Straße morden lassen. Jetzt wandte er vorzugsweise die Methode an, die Patrioten nach ihrer Verhaftung verschwinden zu lassen. Damit entstand eine neue Kampffront: die heldenhaften Aktionen der Angehörigen von Verschwundenen.

In dieser zweiten Etappe des Widerstandes wurden die Kämpfe stärker, es nahmen aber immer noch nur die bewußtesten Kreise daran teil.

Die dritte Etappe, die vom 1. Mai 1977 bis zum 30. April 1979 reichte, war durch Fortschritte bei der antifaschistischen Einheit und durch Massenaaktionen gekennzeichnet. Ein bedeutendes Ereignis war der erste Hungerstreik von Angehörigen von verschwundenen politischen Gefangenen im Juni 1977. Damit wurde das Problem in die Öffentlichkeit gebracht und die Angehörigen erkämpften sich das Recht, weitere Aktionen durchzuführen. Gleichzeitig markierte dieser Hungerstreik den Beginn wichtiger Arbeiterkämpfe. Diese erreichten ab 1978 Massencharakter. Es kam zu Protestaktionen der über 9.000 Arbeiter der Kupfermine Chuquicamata, im Stahlwerk Huachipato, in der Kupfermine El Salvador u.a.

Kampfkaktionen gegen Pinochets Arbeitsplan

Am 1. Mai 1979 begann die vierte Etappe des antifaschistischen Widerstandes in Chile. Sie leitete eine Grenzperiode ein zwischen einer fast sechs Jahre währenden Phase, in der sich das Volk heldenhaft gegen die terroristische Offensive der Diktatur behaupten mußte und einer neuen Phase, in der das Volk begann, in die Offensive zu gehen.

Es wurden weiterhin Fortschritte im Einheitsprozeß der Opposition gemacht. Aber bisher ist es noch nicht gelungen, die politische Einheit der Antifaschisten herzustellen.

Einen wichtigen Beitrag zur Veränderung aller Oppositionskreise haben die Arbeiter geleistet. Der 1. Mai 1979 wurde von allen demokratischen Gewerkschaftsgruppen gemeinsam gefeiert. So konnten trotz des Verbots der Diktatur in 20 Städten des Landes große Demonstrationen durchgeführt werden.



Santiago 1978: Chilenische Frauen zeigen die Fotos ihrer verschwundenen Angehörigen

Später stand der Widerstand gegen den sog. Arbeitsplan im Mittelpunkt der Kämpfe der Arbeiter. Die neuen Bestimmungen, die darin enthalten sind, traten am 1. Juli 1979 in Kraft. Sie stellen einen weiteren Versuch dar, die Gewerkschaftsbewegung zu spalten und zu zerstören und die Arbeiter den Unternehmern gegenüber noch wehrloser zu machen. Aber im Gegensatz zu dem, was die Faschisten beabsichtigen, hat der Arbeitsplan dazu beigetragen, die Einheit der Werktätigen zu festigen. Zum ersten Mal nach dem Putsch haben sich alle demokratischen Gewerkschaftsgruppen in einem Komitee vereinigt; in dem am 17. September 1979 gegründeten Komitee zur Verteidigung der Gewerkschaftlichen Rechte.

Natürlich läuft der Einheitsprozeß nicht ohne Schwierigkeiten ab. Sie sind das Produkt des Antikommunismus einiger Kreise, besonders jener Gewerkschaftsführer, die dem rechten Flügel der Christdemokratischen Partei angehören. Sie sehen ihre Spaltertätigkeit dadurch begünstigt, daß die höchsten Gewerkschaftsleitungen, die unter der Diktatur gebildet und oft von Pinochet direkt ernannt worden sind, nicht dem Kräfteverhältnis, das an der Basis herrscht, entsprechen. So besteht das Komitee zur Verteidigung der Gewerkschaftlichen Rechte z.B. aus 28 Mitgliedern, von denen nur einer Kommunist ist, obgleich 60% der im Oktober 1978 gewählten Gewerkschaftsführer dieser Partei angehören.

Innerhalb des begrenzten Rahmens und unter den schweren Bedingungen, die vom Arbeitsplan festgesetzt wurden, haben die ersten „legalen Streiks“ unter der Diktatur stattgefunden. Sie begannen Anfang Oktober 1979, wobei der wichtigste im Januar 1980 im Kupferbergwerk El Teniente durchgeführt wurde.

In wirtschaftlicher Hinsicht waren alle Streiks ein Mißerfolg, denn der Arbeitsplan ist so angelegt, daß er auf jeden Fall die Unternehmer begünstigt. In dem Betrieb CORESA z.B. forderten die 210 Arbeiter eine Lohnerhöhung von 53%, doch sie mußten nach 59 Tagen (maximal sind 60 Tage erlaubt) den Streik abbrechen, ohne einen Pfennig mehr erreicht zu haben. Nach Beendigung der Streiks folgte eine Aussperrung von Seiten der Unternehmer. Die 10.000 Arbeiter der Kupfermine El Teniente forderten 55%, erreichten jedoch nach 7 Streiktagen nur 9% und mußten außerdem noch mehrere Entlassungen hinnehmen.

Aber die Kampfaktionen hatten auch positive Ergebnisse. Sie bewiesen, daß die Einheit fester wird. Obwohl im Arbeitsplan die Möglichkeit individueller Abmachungen mit der Betriebsleitung vorgesehen ist, gab es keinerlei Streikbrecher. Diese Tatsache stärkte den Kampfgeist und das Selbstvertrauen der Arbeiter. Im Rahmen dieser Streikbewegungen fanden auch die ersten Straßendemonstrationen zur Unterstützung gewerkschaftlicher Forderungen nach dem Putsch statt. Die harten Bedingungen, unter denen sie geführt werden mußten, öffneten vielen, die an die Propagandakampagne der Diktatur über die „Vorteile“ des Arbeitsplans geglaubt hatten, die Augen.

Neben den Arbeitern gibt es noch andere Kreise, die ihren beispielhaften Kampf gegen die Diktatur fortsetzen. Zu ihnen gehören die Angehörigen der Verschwundenen, die sich weiterhin unablässig um die Aufklärung des Schicksals der verschleppten Patrioten bemühen.

Einheitsbereitschaft an der Basis

Entgegen den wiederholten optimistischen Ankündigungen der Diktatur und ihrer internationalen Komplizen ist das von ihr eingeführte Wirtschaftsmodell gescheitert. Der chilenische Wirtschaftswissenschaftler und Autor eines Buches über die Verteilung des Reichtums in Chile („Landkarte des extremen Reichtums“) Fernando Dahse, erklärte: „Das gegenwärtige Modell hat weder mehr Reichtum noch mehr Arbeit geschaffen. Die Investitionsziffern zwischen 1974 und 1979 sind die niedrigsten, seitdem hierüber Statistiken geführt werden. Damit ist bewiesen, daß die Konzentrierung des Kapitals nicht das Ergebnis einer Zunahme des Reichtums ist, sondern eine Verlagerung der Aktivvermögen vom staatlichen Bereich und den kleinen und mittleren Unternehmen zu den Finanzgruppen. Was den Arbeitsmarkt anbetrifft, so ist die Arbeitslosenrate noch nie so hoch gewesen.“¹

Nach Angaben der Gewerkschaften beträgt die Arbeitslosigkeit 30%. Die Löhne sind weiterhin extrem niedrig. Ein Arbeiter verdient durchschnittlich 3.200 Pesos im Monat (160 DM), die 170.000 Arbeiter, die über das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung eingestellt wurden, dagegen nur 1.200 Pesos, d.h. 60 DM monatlich, wobei die Preise der Waren mindestens so hoch und zuweilen sogar noch höher als in der Bundesrepublik sind. Arbeitslosigkeit und Hungerlöhne haben zur Folge, daß 1/3 der Bevölkerung im Elend lebt.

Auch die Lage der Mittelschichten, die in ihrer Mehrheit den Putsch und in den ersten Jahren auch die Diktatur unterstützten, wird immer kritischer. Dies betrifft die im staatlichen Gesundheitswesen angestellten Ärzte, die Händler, Fuhrunternehmer, Taxiunternehmer usw. Ihre Verbandsleiter sehen sich gezwungen, die Wirtschaftspolitik der Diktatur zu kritisieren, obgleich sie politisch noch zu Pinochet stehen.

So erklärte der Vorsitzende der Taxiunternehmer Juan Jara, einer der Wegbereiter des Putsches, bei einer Versammlung am 9. April d.J.: „Genug der Dummheiten. Schluß damit,

daß eine Gruppe feiner Herren zweiter, dritter und sogar vierter Kategorie auf die Bajonette der Streit- und Ordnungskräfte gestützt, die Berufsverbände mit Füßen treten. Sie zwingen uns eine Wirtschaftspolitik auf, die den Transport zum Bankrott führt... Es ist der Moment gekommen, Schluß damit zu sagen und die Regierung aus den Händen einer Gruppe Privilegierter zu retten.“² Diese Worte haben den naiven Juntaanhänger mehrere Tage Haft gekostet.

Die weltpolitischen Ereignisse bleiben nicht ohne Wirkung auf die Lage in Chile. Der internationale Entspannungsprozeß war mit ein Grund für das hohe Niveau, das die Solidarität mit Chile erreichte, was dazu beitrug, Pinochet zu einer Milderung der Repression zu zwingen. Seit einigen Monaten hat die provokatorische Haltung der USA die Welt wieder in einen Kalten Krieg geführt, was auch in Chile zu spüren ist. Pinochet fühlt sich mit freier Hand, um die Repression gegen den immer breiter werdenden Widerstand zu verstärken. Ab März 1980 setzte eine neue Repressionswelle ein, die damit begann, daß alle Veranstaltungen zum 8. März, dem Internationalen Frauentag, verboten und Hunderte von Demonstranten, die trotzdem auf die Straße gingen, verhaftet wurden. 17 der Verhafteten erhielten Verbannungsstrafen. Die Repression wurde im April d.J. mit Haussuchungen und Razzien fortgesetzt. Man verhaftete über 600 Patrioten. An den Universitäten setzte eine neue Säuberungsaktion ein, der über 100 Professoren und Dozenten und zahlreiche Studenten zum Opfer fielen.

Auch am 1. Mai 1980 wurden alle Kundgebungen verboten. Trotzdem gingen die Arbeiter auf die Straße, wieder fanden Verhaftungen statt und 40 Patrioten wurden verbannt. Die Repression geht weiter. Im Juni d.J. stürmte die Polizei eine Folkloreveranstaltung. Sie verhaftete die Teilnehmer, 22 von ihnen erhielten dreimonatige Verbannungsstrafen.

Doch die heutige Repression unterscheidet sich von der vergangener Jahre. Während der Terror der ersten Zeit nach dem Putsch eine sich im Rückzug befindende Volksbewegung traf, wurden bis 1977 besonders die im Untergrund arbeitenden Patrioten Opfer der Repression. Und heute richtet sich diese gegen Teilnehmer an öffentlichen Massenaaktionen.

Die Unidad Popular (UP) hat wiederholt alle nichtfaschistischen Kräfte, so auch die Christdemokratische Partei (PDC) dazu aufgerufen, sich mit ihr zu vereinigen, um gemeinsam die Diktatur zu stürzen und eine erneuerte Demokratie zu errichten. Aber die Leitung dieser Partei, die vom rechten Flügel kontrolliert wird, weigert sich weiterhin, ein politisches Bündnis mit der UP einzugehen. Ihr Argument ist

Malbrigade der Unidad Popular

Die kulturelle Arbeit spielt eine große und wichtige Rolle im Leben unseres Volkes, gerade jetzt unter den Bedingungen einer faschistischen Diktatur in unserem Land. Aus diesem Grund haben wir – junge Chilenen, die in der BRD im Exil leben –, eine Brigade für Wandmalerei gegründet, die sich zum Ziel gesetzt hat, unsere kulturellen Werte zu erhalten und zu bereichern. Außerdem mit der Durchführung dieser Aktivität leisten wir einen kleinen Beitrag zum Kampf des chilenischen Volkes für die Verteidigung seiner kulturellen Werte und gegen die faschistische Diktatur, die unser Volk in das dunkelste Kapitel seiner Geschichte gestürzt hat.

Unserer Brigade gehören sechs junge Leute an, die ganz unterschiedliche Tätigkeiten ausüben: zwei sind Arbeiter, einer ist Student, einer ist Lehrling und zwei sind Schüler. Mit dieser Brigade führen wir eine wertvolle politische und kulturelle Aktivität durch. Wir haben in drei Jahren Arbeit mehr als 75 Wandmalereien in der BRD und Frankreich angefertigt. Die meisten davon in Jugendzentren, Universitäten, DGB-Häusern, für politische und kulturelle Organisationen, in Schulen, in der Documenta 6 in Kassel, im Europäischen Jugendzentrum in Straßburg, Kirchen und Gemeindehäusern sowie auf dem Kirchentag 1979 usw.

Unsere Kontaktadresse ist: Boris Eichin, Rubensstr. 8, 6050 Offenbach/M., Tel.: 0611/895208

Antikommunismus.

Aber an der Basis der PDC besteht die Bereitschaft zur Einheit. In den Gewerkschaften, an den Universitäten, in den Kulturgruppen, in den Arbeitersiedlungen, usw. werden wichtige Aktionen von Mitgliedern der UP und der PDC gemeinsam geführt.

Es gibt praktisch zwei Christdemokratische Parteien: die antikommunistische und reaktionäre Leitung und die Basis, die die Einheit will. Eben der Druck dieser Basis war es, der den Führer des rechten Flügels der PDC Eduardo Frei dazu veranlaßte, sich am 25. August 1979 für die Einheit auszusprechen.³

Aber der Antikommunismus der rechten Christdemokraten gewann wieder die Oberhand, seitdem J. Carter durch seine Provokationen die Welt in einen neuen Kalten Krieg führte. So erklärte z.B. der Christdemokrat Patricio Aylwin Ende Dezember 1979: „Der Annäherungsprozeß geht sehr langsam. Und ich glaube, daß es keinen Ausweg geben wird, so lange es keine klare politische Alternative gibt. Bisher gibt es nur zwei Parteien, die organisiert sind: die PDC und die Kommunistische Partei, die jede für sich keine Alternative darstellen, sich aber wegen tiefer doktrinäer Unterschiede auch nicht verbünden können. Zwischen ihnen besteht ein Freiraum, den drei Radikale Parteien, zwei MAPUS, eine Christliche Linke, eine Demokratische Rechte und ich weiß

nicht wie viele Sozialdemokratische Parteien füllen. Ich denke, daß sich an einem Bündnis, das dem Land Ruhe bringt, die PDC und die organisierten sozialdemokratischen Kreise beteiligen müssen.“⁴

Aylwíns Meinung war so sektiererisch, daß die Journalistin, die das Interview führte, meinte: „Bei so vielen Opfern und so viel Schmerz, meinen Sie nicht, daß Sie sich ihrer Unfähigkeit, eine Alternative zu bilden, schämen sollten?“⁵

Es ist nicht das erste Mal in der Geschichte Chiles, daß es schwer ist, die Einheit zu schmieden. So war es 1936, als die Volksfront gebildet wurde und 1969, als die Unidad Popular entstand. Damals gelang es dank der Bemühungen der Kommunisten und anderer Kreise und durch die Unterstützung der Massen alle Hindernisse zu überwinden. Heute werden es auch die Massen sein, die die Einheit durchsetzen werden, trotz des Antikommunismus einiger Leiter.

Damit wird der entscheidende Schritt getan werden, um Pinochet zu stürzen und eine neue Demokratie in der Heimat Salvador Allendes, Victor Jaras und Pablo Nerudas zu errichten.

Anmerkungen:

1) Hoy, Santiago, Nr. 132/30.1.-5.2.1980, S. 14

2) Hoy, Nr. 143/16.-22.4.1980, S. 11

3) Vgl. AIB, Nr. 11/12 1979

4) Hoy, Nr. 125/12.-18.12.1979

5) Ebenda

Victor Contreras/Anibal Palma Brief an die Bundesregierung in Sachen Rückkehrrecht

In Vertretung des dem Büro Chile Democratio angeschlossenen Komitees für das Recht der Chilenen, in ihrer Heimat zu leben, wenden wir uns in folgender Sache an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland:

1) Wir klagen vor der Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland und der Weltöffentlichkeit die Verletzung des Grundrechtes der chilenischen Staatsbürger auf freie Wahl des Wohn- und Aufenthaltsortes innerhalb Chiles, auf Freizügigkeit innerhalb des Landes sowie auf freie Ein- und Ausreise an, das ihnen von der chilenischen Militärjunta verweigert wird.

Mit der Anwendung der willkürlich erlassenen Dekrete Nr. 81 vom 11.10.1973, und Nr. 604 vom 9.8.1974, in denen die Strafe der Landesverweisung bzw. das Verbot der Einreise von Bürgern chilenischer oder ausländischer Staatsangehörigkeit verfügt wird, verletzt die Militärjunta die Menschenrechts-Charta der Vereinten Nationen und den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, die beide von Chile angenommen und letzterer von der Junta im Jahre 1976 ratifiziert wurde. Sie verletzt hiermit in gleicher Weise die noch rechtskräftige chilenische Verfassung, die Bestimmungen des Strafbuches und des Strafvollzugsgesetzes, sowie die Bestimmungen der Verfassungsakte Nr. 3 und des Amnestiegesetzes Nr. 2191 vom 18.4.1979, die beide von der chilenischen Militärjunta selbst erlassen wurden.

2) Wir verurteilen öffentlich die grausame und willkürliche Haltung des chilenischen Innenministers, die in seiner persönlichen Entscheidung darüber zum Ausdruck kommt, welche chilenischen Staatsbürger in Chile leben dürfen und welche nicht, womit alle diesbezüglich geltenden verfassungsrechtlichen Bestimmungen verletzt werden. Diese Entscheidung fällt auf der alleinigen Grundlage von Vermutungen, die vor keinem Gericht bewiesen werden.

3) Wir klagen die Tatsache an, daß die chilenische Militärjunta jene Chilenen, die ins Land zurückkehren wollen, dazu zwingt, bei dem entsprechenden chilenischen Konsulat die Erlaubnis dazu zu beantragen. Der chilenische Innenminister kann den Antrag positiv oder abschlägig bescheiden, aber nur im Fall eines positiven Bescheids ist er verpflichtet, seine Entscheidung zu begründen. Im Dekret Nr. 604 sind keinerlei Berufungs- oder Widerspruchsverfahren vorgesehen.

So haben unzählige chilenische Staatsbürger die Erlaubnis zu ihrer Wiedereinreise beantragt und keinerlei Antwort, weder positiven noch negativen Inhalts erhalten, womit für die betroffenen Familien Situationen der Spannung und Beängstigung entstanden sind. Viele andere chilenische Staatsbürger haben ablehnende Antworten ohne jegliche Begründung erhalten.

Ebenso klagen wir an, daß die Reisepässe Tausender Chilenen von den Behörden der Junta mit einem Buchstaben „L“ gekennzeichnet werden, wodurch der Verkehr dieser Bürger im Ausland schwer beeinträchtigt wird, sowie bei den verschiedenen Grenzbehörden – die sich über die Gründe einer solchen Kennzeichnung nicht im Klaren zu sein brauchen – Vorbehalte und Fälschungsverdacht hervorgerufen wird.

Wir klagen außerdem an, daß die Anzahl der mit einem „L“ gekennzeichneten chilenischen Reisepässe nicht zurückgegangen, sondern im Verlauf des vergangenen Jahres weiter angestiegen ist und auch Pässe von Familienangehörigen chilenischer Exilanten, die das Land auf legalem (normalem) Wege verlassen haben, mit einem „L“ versehen wurden, darunter auch die Pässe kleiner Kinder.

4) Wir bitten die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, sich dieser Anklagen anzunehmen und ihre Verurteilung der entsprechenden Tatbestände im Rahmen der internationalen Organisationen wie der Vereinten Nationen, ihrer Menschenrechtskommission und aller anderen internationalen Gremien zum Ausdruck zu bringen.

5) Ebenfalls bitten wir die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die Forderung der im Exil lebenden Chilenen zu unterstützen, daß ihr Recht, in ihrem Lande zu leben, anerkannt wird und sie von diesem Recht nach freier Entscheidung Gebrauch machen können.

6) Wir bitten die Regierung und die Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland, alle möglichen Mittel anzustrengen, um

a) die Außerkraftsetzung der von der Junta erlassenen Bestimmungen, die das Recht der Chilenen, in ihrem Lande zu leben, verletzen;

b) begründete Antworten auf alle Rückkehranträge, auf die bisher von chilenischer Seite reagiert wurde;

c) die sofortige Erlaubnis der Rückkehr ohne Einschränkungen aller kranken Personen und Personen hohen Alters, zu erreichen.

7) Wir bitten die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, Maßnahmen zur finanziellen Unterstützung der für die rückkehrwilligen Chilenen entstehenden Reise- und Wiedereingliederungskosten auszuarbeiten.

8) Abschließend bitten wir die Regierung der Bundesrepublik Deutschland weiter mit Entschlossenheit die Verwirklichung der Resolutionen der XXXIV. UN-Vollversammlung sowie der 36. Sitzung der UN-Menschenrechtskommission zur Lage der Menschenrechte in Chile zu unterstützen.

Bonn, den 12. Juni 1980

Clodomiro Almeyda

Das Pinochet-Regime igelt sich ein



Clodomiro Almeyda, Generalsekretär der Sozialistischen Partei Chiles und des Volkseinheitsbündnisses Unidad Popular, hielt sich Mitte Juni 1980 in der Bundesrepublik auf. In einem Gespräch mit Peter Schütt, Schriftsteller und Sekretär des Demokratischen Kulturbundes, schätzte er die aktuellen Kampfbedingungen in Chile und besonders die Einwirkungen lateinamerikanischer bzw. weltpolitischer Veränderungsprozesse auf sie ein.

FRAGE: Hierzulande ist es um Chile stiller geworden, andere Probleme der Weltpolitik sind in den Vordergrund des Interesses getreten. Hat sich Ihrer Ansicht nach die Lage in Chile „beruhigt“?

C. ALMEYDA: Das Gegenteil ist der Fall. Im Augenblick herrscht in Chile ein ähnlicher politischer Druck wie in den ersten Monaten nach dem Putsch, nur der Terror ist heute in seinen Methoden selektiver und gezielter. (...)

Die Kampagne gegen die politischen Parteien der Linken wurde erneut verschärft. Jede Betätigung im Sinne der Unidad Popular wird als Hochverrat verfolgt, und man versucht die illegale Arbeit der Sozialisten und Kommunisten mit allen Mitteln zu unterdrücken. (...) Inzwischen ist die 1979 zu beobachtende „Liberalisierung“ bei der Bearbeitung von Rückreisanträgen längst wieder rückgängig gemacht worden. Das Regime schottet sich ab, igelt sich ein.

Die lateinamerikanische Polarisierung wirkt sich aus

FRAGE: Worin sehen Sie die Gründe für eine solche Entwicklung?

C. ALMEYDA: Einmal hängt das ohne Frage damit zusammen, daß heute der Widerstand wesentlich breiter geworden ist als noch vor ein oder zwei Jahren. Zum anderen wirkt sich die weltpolitische Entwicklung aus. Der von den USA provozierte Rückfall in den Kalten Krieg stärkt Pinochet den Rücken, Menschenrechte sind derzeit in der westlichen Welt weniger gefragt denn je, und der Waffenhandel blüht.

Dazu kommt die allgemeine Verschärfung des internationalen Klassenkampfes in ganz Lateinamerika. Es zeichnet sich in Mittel- und Südamerika überall eine Polarisierung ab: Positive Tendenzen im karibischen Raum, aber auch in Ländern wie Brasilien, Peru und Bolivien, stehen äußerst reaktionäre Entwicklungen in den drei südlichsten Ländern gegenüber, in Chile, Argentinien und Uruguay. Diese drei militärfaschistischen Regimes rücken immer mehr zu einem festen Block zusammen.

FRAGE: Wie ist derzeit die wirtschaftliche Lage in Chile?

C. ALMEYDA: Die Wirtschaftspolitik der Junta sieht scheinbar erfolgreich aus. Die Inflation wurde gebremst, der Export ist gestiegen, die Dollarreserven sind höher denn je.

All diese Erfolge kommen einer winzigen Schicht von Kapitaleignern zu und wurden samt und sonders auf Kosten der breiten Massen verwirklicht. Nie zuvor war die Kapitalkonzentration in Chile so hoch wie heute, nie war die Verteilung des Einkommens so ungerecht, nie waren die Gegensätze zwischen arm und reich annähernd so schlimm wie im heutigen Chile. Einigen zehntausend Chilenen hat der Faschismus des Herrn Pinochet tatsächlich einen Reichtum beschert, den sie nie zuvor in der Geschichte des Landes besessen haben. Die Reichen schwimmen tatsächlich in Dollars, die Landeswährung ist für sie ohne Belang.

Demgegenüber wurde in sechs Jahren Diktatur die Sozialpolitik einer ganzen Generation, beileibe nicht nur der Allende-Jahre, liquidiert. Für die Besitzlosen herrschen Zustände, wie in den 30er Jahren. Santiago, nimmt man die Villenviertel der Reichen aus, verstummt zusehends und ist zu einer der ärmsten Städte Amerikas geworden.

FRAGE: Welches sind Ihrer Meinung nach die derzeit wichtigsten Aufgaben der chilenischen Antifaschisten?

C. ALMEYDA: Es gilt, die Einheit des Widerstandes zu festigen und zu verbreitern, die Einheit der Linken, die Unidad Popular, lebt. Aber es kommt darauf an, auch die Christdemokraten in den Kampf gegen die Diktatur einzubeziehen.

Während die Führung der Christdemokraten noch jede Form der Zusammenarbeit mit der Unidad Popular ablehnt und ihre Mitglieder

sogar drängt, aus dem Gewerkschaftsverband der CUT auszutreten, entwickeln sich im täglichen Widerstand die vielfältigsten Formen der Aktionseinheit, vor allem an den Universitäten und in den Gewerkschaften. Der derzeitige CUT-Vorsitzende in Chile ist Mitglied der Christdemokraten und ist nichtsdestotrotz ein eifriger Verfechter der antifaschistischen Einheit.

Die zentrale Kampagne aller Pinochet-Gegner im In- und Ausland verfolgt derzeit das Ziel, die Rückkehr der 1 Mio Emigranten zu ermöglichen. Wir gründen überall in Chile wie in den Zentren der Emigration Komitees zur Förderung der Rückkehr von Exilanten. (...)

FRAGE: Sie sprachen vom Einfluß der Bewegungen in anderen Ländern Amerikas auf die Entwicklung in Chile. Welches Echo haben etwa die jüngsten Erfolge der Befreiungsbewegungen in Nicaragua, El Salvador und einigen anderen Karibikstaaten bei den chilenischen Antifaschisten gehabt?

C. ALMEYDA: Ich glaube, der Einfluß ist beachtlich, auf beiden Seiten. Pinochet fürchtet ihn, schon deshalb, weil dadurch einer seiner engsten Vertrauten, Stroessner in Paraguay, ins Wanken geraten ist (hier fand der nikaraguanische Diktator A. Somoza Asyl; d. Red.). Die Vorgänge und Erfolge in Nicaragua werden in ganz Chile diskutiert, und man denkt in allen Kreisen des Widerstandes auch über die neuen Kampfformen nach. Keiner ist mehr bereit, den bewaffneten Widerstand als eine Form des Kampfes auszuschließen. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen der MIR (Bewegung der Revolutionären Linken; d. Red.) und den anderen Teilen der Unidad Popular in der Frage der wichtigsten Kampfform sind inzwischen beigelegt. Die Antwort, auf welche Weise das Regime gestürzt wird, hängt meines Erachtens von Pinochet selber ab: Je weniger er sich bereit und in der Lage zeigt, dem Druck der Massen zu antworten und spürbare Schritte in Richtung auf eine wirkliche Demokratisierung einzuleiten, desto schneller schafft er die Voraussetzung für eine bewaffnete Lösung der von ihm geschaffenen Probleme. Der gewaltfreie Kampf hat in Chile eine fast 100 Jahre alte Tradition, aber Pinochet hat eine Situation heraufbeschworen, die uns darüber nachdenken läßt. (...)

(Quelle: Deutsche Volkszeitung, Düsseldorf, Nr. 28/10.7.1980)

demokrat

Zeitung demokratischer, antifaschistischer Lehrer/innen

Der „demokrat“ analysiert

- Probleme der Gewerkschaften aus der Sicht derjenigen, die mit der Politik der Vorstände unzufrieden sind;
- die besorgniserregende politische Entwicklung in der BRD;
- wichtige Bereiche der Erziehung, vor allem der Schule;
- internationale Entwicklungen.

Im „demokrat“ Nr. 16/80:

- Wer schützt Deutschland vor seiner Polizei?
- Hintergrundberichte aus fast allen GEW-Landesverbänden
- Ein bisher unveröffentlichter Beitrag von Joachim S. Hohmann „Der Mythos von der glücklichen Hand“. Eine Analyse pädagogischer Materialien der Nachkriegszeit
- Die große Atom-Koalition
- Frauen zum Bund?
- Analyse des DGB-Aktionsprogrammes
- Die DGB-Vorstände greifen durch
- Türkische Kollegen über die Hintergründe der Türkei-Krise

Bestellabschnitt

AN DEMOKRAT Verlags-GmbH
Postfach 10 09 02, 3500 Kassel

- Ich bestelle „demokrat“ Nr. 16/80 für DM 2,50 + –,50 Porto und überweise DM 3,-
- Ich aboniere den „demokrat“ (6 Ausgaben = DM 12,- + DM 3,- Porto) und überweise DM 15,-

auf das Konto des DEMOKRAT Verlags
Nr. 28 614 bei der Raiffeisenbank
Kassel-Oberwehren (BLZ 520 690 56)

Name: _____

Straße: _____

Wohnort: _____

Unterschrift: _____

Luis Corvalan

Alle antifaschistischen Kräfte vereinigen!

Ein Artikel von Luis Corvalan, dem im September 1976 aus den Kerkern der Junta befreiten, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chiles wird gegenwärtig in Chile illegal verbreitet. Unter dem Titel „Pinochet und seine Diktatur werden untergeben“ analysierte Luis Corvalan den sich im Land vollziehenden Vereinigungsprozeß der patriotischen Kräfte für den Sturz des faschistischen Regimes und für die Rückkehr zur Demokratie in Chile. Wir bringen Auschnitte aus diesem Beitrag.

Die Opposition in Chile bekämpft den Faschismus an allen Fronten, macht Fortschritte bei der Koordinierung ihrer Kräfte und führt zugleich in ihren eigenen Reihen eine tiefgehende Debatte über die Zukunft unseres Landes. Chile braucht eine neue demokratische und nationale Ordnung des Volkes, die jene Veränderungen begünstigt und fördert, die sich aus den objektiven Anforderungen des gesellschaftlichen Fortschritts ergeben.

Was bleibt bei einem Brand anderes zu tun, als ihn gemeinsam zu löschen? In den Ländern Europas, die vom Hitlerfaschismus unterworfen wurden, schlossen sich diejenigen zum Kampf zusammen, die die Freiheit und Souveränität ihres Vaterlandes liebten. Alles wurde dem Ziel untergeordnet, die Völker von der Unterdrückung zu befreien. Auch die Kommunistische Partei Chiles hat nach dem faschistischen Militärputsch im September 1973 nichts unversucht gelassen, um alle Chilenen zu vereinen, die für demokratische Verhältnisse eintreten, gelassen, um alle Chilenen zu vereinen, die für demokratische Verhältnisse eintreten.

Die gesellschaftlichen Erscheinungen haben jedoch ihre eigene Logik. Nicht alle der daran Beteiligten lassen sich immer von der Vernunft leiten. Bis die Worte der Kommunisten im Lande einen größeren Widerhall fanden und die antifaschistische Einheit sich auszuprägen begann, mußte wohl die Zeit das ihrige tun. Die Bestialität des Faschismus und die katastrophalen Folgen seiner Politik mußten deutlich zutage treten. Die politischen Kräfte mußten erst erkennen, daß der Faschismus von den Anschlägen auf die Unidad Popular zum Angriff auf alle demokratischen Kreise überging und die Hoffnungen auf US-Präsident Carter trügerisch waren.

Heute bestehen offensichtlich objektive Grundlagen für die Schaffung einer Bewegung, der die verschiedenen Klassen und Schichten angehören, deren fortschrittliche und nationale Interessen und Gefühle von der Diktatur mit Füßen getreten werden.

Die faschistische Unterdrückungspolitik verfolgt u.a. das Ziel, Hungerlöhne einzuführen, um die Mehrwerte der Kapitalisten - also die Ausbeutung - zu erhöhen. Dieser Absicht dienen auch Maßnahmen, die darauf abzielen, in Chile zur Erpressung der Werktätigen ein großes Arbeitslosenheer zu halten, den Mutterschutz abzuschaffen, den Schwangerschafts- und Wochenurlaub herabzusetzen, Jugendliche für 60% des Normallohns zu beschäftigen, den Beitrag der Unternehmer an die Sozialversicherung zu kürzen und viele andere soziale Errungenschaften abzubauen.

Arbeiter - Rückgrat des Widerstandes

Die Arbeiterklasse hat am meisten unter dem Faschismus zu leiden. Doch auch andere Bevölkerungsschichten wurden Opfer der Politik der Faschisten, die allein den internationalen Finanzkreisen und den imperialistischen Monopolen dient. Um sein Ziel zu erreichen, schreckt der Faschismus auch davor nicht zurück, einem Teil der nationalen Industrie den Todesstoß zu versetzen. Die herabgesetzten Zölle lösten einen Importboom von Waren aller Art aus, mit denen die in Chile hergestellten Produkte nicht konkurrieren konnten. Dies führte zu Betriebsschließungen oder zum Produktionsrückgang in der metallverarbeitenden, elektronischen und Textilindustrie, ruinierte die Zuckerindustrie und wirkte sich negativ auf die Autoindustrie aus, kurz, die gesamte industrielle und landwirtschaftliche Produktion des Landes wurde in Mitleidenschaft gezogen.

Die wenigen produktiven Investitionen, die ungenügende Auslastung der vorhandenen Industriekapazitäten, die fehlende Konkurrenzfähigkeit grundlegender landwirtschaftlicher Produkte mit den importierten Waren, die hohe Arbeitslosenrate, die Verarmung großer Teile der Bevölkerung, das Defizit der Zahlungsbilanz und die zunehmende Auslandsverschuldung verschärfen die Strukturkrise in Chile, fördern eine allgemeine Unzufriedenheit unter den Massen und bewirken, daß die Mehrheit der Bevölkerung die Wirtschaftspolitik des Regimes in Frage stellt.



Die systematische Verletzung der Menschenrechte, die zur Regierungsnorm erhobene Willkür und die Verbrechen der Geheimpolizei DINA-CNI erwecken ebenfalls nur den Abscheu der demokratischen Mehrheit im Lande.

Der Einheitswille des Gewerkschaftsbundes CUT ist weiterhin lebendig. Den Kämpfen, die gewöhnlich gemeinsam vom Nationalen Gewerkschaftlichen Koordinierungskomitee (CNS), der Einheitsfront der Werktätigen (FUT), der Konföderation der Privatangestellten (CEP), der Gruppe der Zehn und gelegentlich auch von Föderationen der UNTRACH geführt werden, kommt daher große Bedeutung zu. Sie sind Ausdruck des Sieges der Einheit über die von Pinochet angestrebte Spaltung und eröffnen den Werktätigen die Möglichkeit, wenigstens einige der erlittenen Rückschläge wieder wettzumachen. Außerdem richten sich die Auseinandersetzungen direkt gegen das Regime, gegen sein sog. ökonomisches Modell und die von ihm angewandten Unterdrückungspraktiken. Somit ist die Arbeiterklasse das Rückgrat der antifaschistischen Bewegung und schafft die Voraussetzungen, um die Mehrheit der Chilenen um sich zu scharen.

Im Widerstand gegen den Faschismus entdecken die Organisationen des Volkes, die Funktionäre und Mitglieder der verschiedenen antifaschistischen und nichtfaschistischen Parteien, was sie eint, erkennen sie den gemeinsamen Feind, knüpfen sie untereinander neue Beziehungen an und gelangen schließlich dahin, ihre Anstrengungen zu koordinieren und gemeinsam zu handeln. Dies ist ein Prozeß, der ständig an Bedeutung gewinnt. Ihn mit aller Energie voranzutreiben - das ist die große Aufgabe. Natürlich ist diese Aufgabe nicht leicht zu lösen. Innerhalb des Volkes gibt es Widersprüche, und es zeigen sich verschiedene ideologische, politische und Klassentendenzen. Ein Teil ist in antikommunistischen Vorurteilen befangen. Außerdem mischt sich der Imperialismus in unsere inneren Angelegenheiten ein, stützt das Pinochet-Regime und versucht zu erreichen, daß der sich entwickelnde Volkskampf nicht seine Interessen gefährdet.

Unter diesen Bedingungen sind gewisse Oppositionskreise nicht zur Einheit mit allen demokratischen Kräften bereit, akzeptieren oder fördern sie diese Einheit nur mit einigen von ihnen. Gleichzeitig wollen sie andere dazu zwingen, prinzipielle Positionen aufzugeben, und sind bemüht, die revolutionären Parteien auf eine kapitalistische Entwicklung festzulegen. Ferner gibt es unter den Linken noch Kräfte, die sektiererische Positionen beziehen. Diese sind nicht für eine Verständigung mit der gesamten Opposition, sondern nur zur Einheit mit einem Teil der Christdemokratischen Partei bereit. Sie vertreten die Meinung, die Einheit mit der gesamten Partei käme einer Aussöhnung mit der Bourgeoisie gleich - mit jenen Kreisen also, die auf irgendeine Weise zum Sturz der Volksfrontregierung beige-

tragen haben - und würde die Hegemonie des Proletariats in Frage stellen.

Der Kampf um die Einheit des Volkes erfordert die beständige und beharrliche Arbeit von Tausenden Chilenen, die sich von einer richtigen und klaren Orientierung leiten lassen. Um auf dem Weg der antifaschistischen Einheit voranzuschreiten, ist es insbesondere notwendig, die dringendsten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Forderungen der Massen in den Vordergrund zu stellen. Außerdem gilt es, die Organisationen des Volkes zu aktivieren und auf allen Ebenen im ganzen Lande die Bildung solcher Organisationen anzuregen, um den Kampf mit konkreten Zielen zu organisieren, zu beleben und zu koordinieren.

Daraus ergibt sich, wie wichtig die Bildung des Komitees zur Verteidigung der Menschenrechte, des Komitees zur Verteidigung der Rechte der Jugend und anderer Organe ist, die die demokratischen Kräfte ohne Unterschied vereinen.

Die Politik der KP Chiles ist vor allem auf die Einheit der Arbeiterklasse gerichtet. Diese ist nicht nur zahlenmäßig die wichtigste gesellschaftliche Kraft, sondern ein unersetzlicher Bestandteil der materiellen Produktion. Sie besitzt einen hohen Organisationsgrad, ist sehr bewußt und diszipliniert. Ihre gegenwärtigen und künftigen Ziele entsprechen voll und ganz den Interessen der Mehrheit des Volkes.

Was die Parteien betrifft, so sind wir unverändert für das Zusammengehen von Kommunisten und Sozialisten und aller anderen Parteien der Unidad Popular. Gleichzeitig sind wir für eine Übereinkunft aller demokratischen Kräfte.

Die Kommunistische Partei spricht sich gegen jede Politik des Ausschlusses demokratischer Kräfte aus, wer immer sie auch betreibt. Sie bekräftigt, daß die antifaschistische Einheit von niemandem verlangt, seine Prinzipien aufzugeben, sondern es nur erforderlich ist, die gemeinsamen Ziele in den Vordergrund zu stellen. Sie unterstreicht, daß angesichts des Faschismus in Chile nicht die vergangene, sondern die gegenwärtige Haltung der Parteien und der Menschen in Betracht gezogen werden muß. Die Kommunisten treten für die Verständigung mit allen demokratischen Parteien und nicht mit einzelnen Kreisen von ihnen ein.

Wir sind der Meinung, daß die Einheit an der Basis entscheidend ist, messen aber auch dem Dialog und dem Verständnis unter den Parteiführern die entsprechende Bedeutung bei. Die Partei ist davon überzeugt, daß die Hegemonie der Arbeiterklasse weder durch gut abgefaßte Erklärungen noch durch naive Forderungen zu erreichen ist, sondern nur im Kampf selbst, durch das ständige Bemühen, die konkreten Interessen der Mehrheit der Bevölkerung richtig zu interpretieren.

Übereinkunft mit Christdemokraten erforderlich

Vor einem Jahrzehnt wurde die Unidad Popular gebildet. Inzwischen ist es eine Tatsache, daß die Unidad Popular, die chilenische Linke, eine starke Kraft darstellt, mit der die herrschenden Kreise bereits jetzt, aber mehr noch in Zukunft rechnen müssen.

Die Christdemokraten bilden einen weiteren wichtigen innenpolitischen Faktor. Die Partei übt Einfluß auf die Mittelschichten und sogar unter den Arbeitern aus. Doch alle Divergenzen mit dieser Partei hindern uns nicht daran, anzuerkennen, daß viele ihrer Mitglieder, Männer, Frauen und Jugendliche, tapfer gegen den Faschismus auftraten.

So ergibt sich die folgende Frage: Wird es erneut zwischen den Christdemokraten und den Parteien der Unidad Popular wegen des Kampfes um den größten Einfluß unter den Massen und der getrennten Eroberung der politischen Macht zu Auseinandersetzungen kommen? Das liegt im Bereich des Möglichen. Es sind aber auch Voraussetzungen vorhanden, diesen Streit in den Hintergrund treten zu lassen und die Notwendigkeit einer Übereinstimmung in den gemeinsamen Zielen in den Vordergrund zu rücken.

Streitigkeiten dagegen würden nur zum Zerwürfnis und zu Auseinandersetzungen unter den demokratischen Kräften führen, wovon in jedem Fall die Reaktion profitiert.

Wir treten für die Verständigung zwischen der Unidad Popular und den Christdemokraten, für die Wiedervereinigung aller demokratischen, zivilen und militärischen Kräfte ein. Es wäre verhängnisvoll, eine mögliche Verständigung nicht anzustreben.

Wir sagten bereits, daß es in Chile Voraussetzungen für eine starke antifaschistische Bewegung, für ein breites Bündnis aller demokratischen Kräfte gibt. In dem Maße, wie es zu gemeinsamen Aktionen kommt, nähern sich auch die Meinungen dieser Kräfte hinsichtlich des institutionellen Systems und eines Minimalprogramms auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet für die Zeit nach dem Faschismus weiter an. Diese Punkte zu vertiefen, zu konkretisieren und weiterzuentwickeln wäre von größter Bedeutung.

Worüber bis heute noch keine Einigkeit erzielt werden konnte, ist die Frage einer Koalitionsregierung. Die Christdemokratische Führung

lehnt eine solche Regierung ab. Sie will nicht mit der Unidad Popular und erst recht nicht mit der Kommunistischen Partei zusammen eine Regierung bilden. Das ist eine Haltung, die unnachgiebig erscheint und auf bestimmte Klasseninteressen zurückzuführen ist. bzw. auf der Annahme beruht, daß in Chile keine Regierung gebildet werden darf, die den USA oder der höchsten militärischen Führung mißfällt.

Es ist eine Haltung, die weder der Kampfkraft der Völker noch der veränderten Situation in der Welt von heute Rechnung trägt. Diesbezüglich ist der Fall Nicaragua ein besonderes bereiter Beweis. Da sich die Vereinigten Staaten wie im Iran für den Gewaltherrscher einsetzten, sich aber alle demokratischen Kräfte Nikaraguas - geführt von der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung - gegen ihn und seine Diktatur erhoben, schafften es die Waffen des Imperialismus nicht, sie zu zerschlagen. Innerhalb der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten; d. Red.) erlitten die Vereinigten Staaten eine nie zuvor erlebte politische Niederlage. Die Hilfe, die das nikaraguanische Volk und seine Regierung von den meisten Nationen und Regierungen Lateinamerikas und des karibischen Raums erhalten hat, ist kennzeichnend für die neue Situation.

Frage der Koalitionsregierung weiter offen

Eine Regierung ohne Beteiligung der Unidad Popular oder der Christdemokraten wäre nicht repräsentativ genug und nicht so stabil und tatkräftig, wie es die Lage in Chile erfordert. Indem wir eine Übereinkunft anstreben, die die Bildung einer starken Regierung einschließt, beweisen wir Konsequenz in der Frage der Demokratie und kämpfen für das, was unserer Meinung nach das Beste für das Volk und unser Land ist. Man muß kein Hellscher sein, um nicht nur die Größe der künftigen Aufgaben zu erkennen, sondern auch den Umfang und die Kraft zu verspüren, die die Forderungen der Massen annehmen werden. Keine Regierung kann erfolgreich die auftretenden Probleme und Aufgaben in Angriff nehmen, in der das Volk oder große Teile von ihm nicht vertreten sind.

Wir Kommunisten streben die politische Macht im Bündnis mit allen demokratischen Kräften an, ohne daß wir uns an jeder Regierung beteiligen. Außerdem ziehen wir als realistische Politiker die verschiedenen Situationen in Betracht und sind bereit, alles zu unterstützen, was den Interessen des Volkes dient. Das gegenwärtig wichtigste Ziel, die Zerschlagung des Faschismus in Chile, werden wir nicht aus den Augen verlieren. Wir sind zu Abkommen bereit, selbst wenn sie nur dieses eine Ziel verfolgen.

Zur realistischen Einschätzung der Situation bereit zu sein, bedeutet jedoch nicht, unsere Überzeugung und unsere politischen Auffassungen aufzugeben. Wir werden auch in Zukunft für die Konstituierung einer demokratischen und repräsentativen Regierung eintreten und glauben, daß das chilenische Volk darüber letzten Endes selbst entscheiden muß.

Auch wenn sich das künftige Kräfteverhältnis für uns ungünstig entwickeln würde und sich beim Sturz der Diktatur eine andere als die von uns angestrebte Regierung ergäbe, glauben wir, daß die Unidad Popular, ihren inneren Zusammenhalt und ihre Unabhängigkeit bewahrend, in irgendeiner Form mit dieser Regierung zusammenarbeiten könnte. Voraussetzung dafür ist aber, daß sich diese Regierung für ein Minimalprogramm zugunsten der Werktätigen festlegt. Gleichzeitig müßte die Unidad Popular weiter für ihr eigenes Programm und die Bildung einer umfassenderen Regierung kämpfen, an der sie voll beteiligt wäre. Heute erscheint es uns möglich, einen demokratischen Kompromiß zu schließen, wenn man die Regierungsfrage einer späteren Betrachtung überläßt.

Die breitangelegte Einheitspolitik der Kommunisten, genauer gesagt, die Übereinkunft zwischen der Unidad Popular, den Christdemokraten und allen anderen, die für den nationalen Fortschritt sind, entspricht nicht nur der taktischen Linie, sondern auch unserer strategischen Orientierung. Es ist also keine Übergangspolitik und wird auch nicht von dem Gedanken getragen, ein aus den Umständen heraus geborenes Bündnis zu schaffen, das wir auszunutzen gedenken.

Wir sind Kommunisten immer dafür, daß jeder alles ausspricht, was er denkt und meint, erklären wir, daß es natürlich unser Ziel ist, eine sozialistische Gesellschaft in Chile zu errichten. Wir betrügen niemanden und haben auch nicht die Absicht, dies zu tun. Mit großer Entschiedenheit bekräftigen wir, daß diese Frage heute noch nicht auf der Tagesordnung steht. Jedoch kann uns niemand das Recht absprechen, unsere sozialistischen Ideale zu haben und für sie zu kämpfen.

Wir möchten betonen, daß uns nichts ferner liegt, als heute um Verbündete zu werben, mit denen wir morgen nichts mehr zu tun haben wollen. Die Entwicklung wird zeigen, daß sich in Zukunft selbst Kreise dem Sozialismus anschließen, die sich heute noch gegen diese Gesellschaftsordnung aussprechen.

(Quelle: Horizont, Berlin, Nr. 22/1980, S. 25-26; Auszüge)

Kein schleichernder Bürgerkrieg, wie noch im Mai d.J. (vgl. AIB Nr. 7-8/1980) herrscht mehr in El Salvador. 3000 Tote, für die die Politik der „Reform und Repression“ seitens der militärisch-christdemokratischen Junta verantwortlich ist, stehen für eine solche Ausweitung des Konfliktes mit den revolutionären Kräften, „daß die von der linken Opposition angekündigte Volkserhebung nicht mehr weit sein kann“ (Die Zeit, 8.8.1980). Im gleichen Sinne äußert sich die Frankfurter Allgemeine Zeitung, wenn sie den für den 13.-15.8.1980 ausgerufenen Generalstreik als Einleitung des „Endkampfes um die Macht in El Salvador“ bezeichnet, „der noch im September in eine allgemeine Volkserhebung münden soll“ (FAZ, 11.8.1980). Auch für die von den Jesuiten geleitete Zentralamerikanische Universität (UCA) gibt es – so in einem 250-Seiten-Dokument – über den für die linke Opposition zu beschreitenden Weg keinen Zweifel: entweder bewaffneter Aufstand oder Status quo. „In beiden Alternativen ist der Tod gegenwärtig, aber bei der ersten handelt es sich um einen aktiven Tod mit der Hoffnung auf Freiheit, während bei der zweiten der Tod unnützlich und entmutigend ist.“ (Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe, 31.7.1980)

Nachdrücklich hat sich jüngst die neugeschaffene Vereinte Führung der revolutionären Organisationen El Salvadors (siehe nachstehende Gründungserklärung) zu ersterem Weg bekannt. In den Grenzprovinzen zu Honduras haben die revolutionären Organisationen ein 200 qkm großes Gebiet befreit und soweit gefestigt, daß die Kommandeure der hondurensischen Armee dieses als Bedrohung der Sicherheit von Honduras auffassen. Sie wollen alle Anstalten treffen, selbst in El Salvador zu intervenieren, falls die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) nicht für die Aufstellung einer Friedenstruppe Maßnahmen ergreift. Die Ausstellung von Aufenthaltsgenehmigungen für 7000 Somoza-Anhänger ist eine zusätzliche Gefahr für die Revolutionäre El Salvadors.

Die Orientierung auf eine Volkserhebung in El Salvador wird auch aus dem nachfolgenden Interview mit Joaquin Villalobos, Führer des Revolutionären Volksheeres (ERP) deutlich, mit dem wir die Vorstellung der Trägerorganisationen der vereinigten Linken und ihrer politischen Massenorganisationen, zusammengeschlossen in der Revolutionären Koordination der Massen (Programm in AIB, Nr. 6/1980) fortsetzen.

Manifest der Vereinigten Revolutionären Führung

Die Volksbefreiungskräfte Farabundo Martí (FPL), die Kommunistische Partei Salvadors (CPS), der Nationale Widerstand (FARN) und die Partei der Salvadorianischen Revolution/Revolutionäres Volksheer (PRS-ERP) möchten dem Volk El Salvadors, den Völkern Zentralamerikas und den Völkern der Welt bekanntgeben, daß wir einen neuen und höheren Grad der Einheit unter unseren revolutionären Organisationen erreicht und am 22. Mai (1980; d. Red.) eine Vereinte Führung gebildet haben. Diese wird eine einzige politisch-militärische Linie entwerfen und durchführen und unseren heroischen revolutionären Volkskampf zum Siege führen, zur Einsetzung einer demokratisch-revolutionären Regierung und zur Verwirklichung tiefgreifender politischer, sozialer und ökonomischer Veränderungen, die in ihrer programmatischen Plattform dargelegt sind, welche nun auf nationaler und internationaler Ebene veröffentlicht wurde.

Die historische Übereinkunft, die im Dezember 1979 von der FPL, der CPS und der FARN getroffen wurde und die den Weg für die Gründung eines politisch-militärischen Koordinationsgremiums bahnte, schuf die Bedingungen für eine generelle Vereinigung aller unserer demokratischen und revolutionären Volkskräfte. Die Revolutionäre Koordination der Massen und die Demokratisch-Revolutionäre Front, welche die große Mehrheit des salvadorianischen Volkes repräsentiert und sich aus ihr zusammensetzt, wurde als Antwort auf den Wunsch des Volkes nach Einheit gegründet.

Von der Koordination zur Vereinten Führung

Dies ist ein mächtiger Strom unermeßlicher, erneuernder Kraft, in dem es eine sich annähernde Vielfalt politischer, ideologischer und sozialer Richtungen gibt, geleitet von gegenseitigem Respekt und dem Geist wahrhafter Demokratie und fest vereint im Kampf für das oberste gemeinsame Ziel: das salvadorianische Volk ein für allemal von dem brutalen, verbrecherischen Regime zu befreien, das es heute unterdrückt, es sozialer Ungerechtigkeit und Rückständigkeit aussetzt, seine nationale Unabhängigkeit vereitelt, das eine Beleidigung seiner Würde ist und ihm sogar das Recht zu leben verweigert. Der schnell anwachsende Kampf und die Einheit, als auch die Übereinkunft vom Dezember 1979 machten es notwendig und möglich,

diesen neuen Schritt von einfacher Koordination zur Bildung einer Vereinten Führung zu tun. Zweifellos wird diese den Kampfgeist der Volksmassen und ihre Entschlossenheit zu gewinnen auf ein höheres und entschiedeneres Niveau führen. So wird es nun eine einzige Führung, einen einzigen militärischen Plan und eine einzige nationale und internationale politische Linie geben.

Mit revolutionärem Eifer, mit standhaftem Glauben in die Fähigkeit und den Heroismus unseres Volkes und entschlossen, die großen entscheidenden Kämpfe für die Befreiung zu wagen, verkünden wir, daß die Bildung einer Vereinten Führung den Sieg der Revolution garantiert und näher bringt. Das grausame Martyrium, das das salvadorianische Volk heute so stoisch und heroisch erduldet, wird nicht vergebens sein, da der Sieg nahe ist. (...)

Die Geschichte hat bewiesen, daß sich die Völker Mittelamerikas gegenseitig helfen, ihre Streitkräfte gegen ihre gemeinsamen Feinde verbünden, das Banner der revolutionären Befreiung von der mit dem Imperialismus verbündeten Oligarchie erheben und es entschlossen zum Siege führen müssen.

Die völkermörderischen, militärischen Einkreisungen, die in unserem Land während der letzten Wochen stattfanden, sind seitens unserer Organisation auf heftigen Widerstand gestoßen. Unsere erfahrene Miliz, Guerilla und die regulären Einheiten haben den Feind immer schwerer getroffen und werden dies weiterhin tun.

Begünstigt durch den Belagerungszustand und die Kontrolle über die Massenmedien versucht die militärisch-christdemokratische Junta die den kriminellen Sicherheitskorps und den von den Yankees ausgebildeten sog. Antiguerillaeinheiten versetzten Schläge zu vertuschen. Sie beabsichtigen damit, die von ihren kriminellen Horden begangenen Massenschlächtereien als von den revolutionären Kräften erlittene Niederlage darzustellen, so unser Volk zu demoralisieren und die öffentliche Meinung in der Welt irrezuführen. Aber sie werden es immer schwieriger haben, die Wahrheit zu verheimlichen. Wir werden über ihre militärischen Offensiven und ihre Lügenpropaganda siegen; wir werden eine Generaloffensive beginnen und der Sieg wird uns gehören. Die Armee wird von den Yankee-Imperialisten und ihren Marionetten im Generalstab mehr und mehr zum Völkermord getrieben, aber wir wissen, daß innerhalb der militärischen Ränge auch patriotische, ehrenwerte und progressive Elemente und Sektoren existieren, die den Völkermord verabscheuen, sich dem Yankee-

Interventionismus widersetzen und danach streben, sich dem Volk anzuschließen und zu seiner Befreiung beizutragen. (...)

Die kriminellen, demagogischen Formeln für die Massentötungen und Reformen, die von den Yankees diktiert und von der christdemokratischen Militärjunta besonders brutal angewandt wurden, sind ein vollkommenes Fiasko gewesen. Sie haben weder unser Volk getäuscht und geschwächt noch die internationale öffentliche Meinung irregeführt. Die Christdemokratische Partei wurde auf eine lächerliche Handvoll reaktionärer Führer reduziert. Die christdemokratischen Volkssektoren und alle ehrenhaften und progressiven Führungsmitglieder brachen mit der von Duarte angeführten verräterischen und verbrecherischen Politik und schlossen sich der Demokratisch-Revolutionären Front an. Die sog. Christdemokratische Partei ist unfähig das Regime zu stützen; sie kann weder alle Posten im Kabinett noch in den Bürgermeisterämtern und Stadträten der meisten Stadtbezirke des Landes besetzen, und die kleine von ihrer Führung verlassene Gruppe löst sich weiter auf.

Das Ende der Junta-Reformen

Das Kabinett setzt sich aus Elementen reaktionärer Verbände privater Unternehmer zusammen. Die Nationalgarde entscheidet letztlich über die Benennung zum Bürgermeister oder Stadtrat und die sog. Nationale Demokratische Organisation (ORDEN) fährt fort, die Ränge der staatlichen Verwaltung und des politischen Apparates aufzublähnen.

Das Ende der Reformen wurde offiziell angekündigt; das Land, das von der Regierung übernommen wurde, um die angebliche Agrarreform durchzuführen, wurde den Großgrundbesitzern in verschiedenen Landesteilen zurückgegeben; es wird versucht, das völlige Scheitern der reformistischen Falle und die Abmachungen mit den reaktionären privaten Unternehmerverbänden, die die Massentötungen vor vielen Jahren mit künftigen Wahlversprechungen unterstützt haben, geheimzuhalten. Unglaublich, aber wahr in einem Land, das eine Fülle von Wahlfarcen erlebt hat. Die unverschämte Freilassung der von Major D'Aubuisson angeführten faschistischen Putschisten hat dazu gedient, die Hegemonie der reaktionärsten Sektoren und Meuchelmörder in den Streitkräften, die auf Befehl der Yankees handelten, in Person der langjährigen CIA-Agenten Oberst Abdul Gutierrez, Jose Guillermo Garcia und Nicolas Carrenza, zu stärken.

Die Fortdauer der Regierung unter Duarte und den anderen Elementen der christdemokratischen Gruppe stellt mehr denn je einen Versuch dar, ein „Deckmäntelchen“ zu bewahren, das nötig ist, um sichere und bedingungslose Unterstützung seitens der yankeeimperia-

listischen Pläne für die Regierung zu gewinnen, um die Befreiung des salvadorianischen Volkes zu vereiteln.

Als wir unser Treffen abhielten, um über die Bildung einer Vereinten Führung abzustimmen, fand in Washington hinter verschlossenen Türen ein Treffen zwischen Brzezinski und mehreren Generälen des Pentagon auf der einen Seite und Elementen der lateinamerikanischen christdemokratischen Führung und Regierungsoffiziellen auf der anderen Seite mit dem Ziel statt, eine verräterische Abmachung zu treffen, die eine militärische Intervention in El Salvador begünstigt.

Wir haben unsere Position hinsichtlich einer eventuellen militärischen Intervention durch die Vereinigten Staaten, alleine oder in Verbindung mit anderen, schon dargelegt: wir werden durchhalten und so lange wie nötig kämpfen, um die Eindringlinge zurückzuschlagen und ihre einheimischen Handlanger und Knechte zu besiegen. Keine Intervention wird die Revolution El Salvadors aufhalten. (...)

Der starke Kampfgeist unseres kämpfenden Volkes und seine absolute Entschlossenheit frei zu werden, das Blut unserer heroischen Märtyrer, das täglich ohne Zaudern und Schwäche floß, sein tiefverwurzelter Wunsch nach einer vereinten Avantgarde ist die Hauptkraft, die uns zwingt, unsere Differenzen zu überwinden und uns fester und tiefer zu vereinen. Nur so können wir uns dem kämpfenden Volk als würdig erweisen.

Die Gründung einer Vereinten Führung wird sicher einstimmige Billigung und große Begeisterung im Volk erhalten. Sie wird bald die enormen Energien des salvadorianischen Volkes an sich ziehen, alle moralischen, politischen, organisatorischen und militärischen Fähigkeiten unserer revolutionären Organisationen.

Wir sind uns sicher, daß sich das salvadorianische Volk noch mehr der Volkserhebung und den tatsächlich stattfindenden zunehmenden Revolutionskämpfen anschließen wird und die entscheidenden Kämpfe und Siege unterstützen wird, die nicht lange auf sich warten lassen werden.

Vereint im Kampf bis zum endgültigen Sieg.

Für die Volksbefreiungskräfte Farabundo Marti (FPL).

Revolution oder Tod! Das bewaffnete Volk wird siegen!

Für die Kommunistische Partei Salvadors (CPS)

Arbeiter der Welt, vereint Euch!

Für den Nationalen Widerstand (FARN)

Bewaffneter Kampf heute, Sozialismus morgen!

Für die Partei der Salvadorianischen Revolution und ihren bewaffneten Arm, das Revolutionäre Volksheer (PRS-ERP)

Kampf bis zum Sieg oder Tod!

Mai 1980

(Quelle: Granma. Weekly, Havanna, 29.6.1980, S. 11)

Interview mit Joaquin Villalobos

Die Aufstandslinie der ERP (1. Teil)



Prensa-Latina-Interview mit ERP-Generalsekretär J. Villalobos irgendwo in El Salvador

FRAGE: Wer sind die PRS und die ERP?

J. VILLALOBOS: „Was die Partei betrifft, können wir mit einer Definition antworten: Sie ist die Abteilung der politischen Kader, die uns befähigt, die Aufgabe der Führung eines Massenkampfes in Angriff zu nehmen, um die Forderungen der Massen zu erfüllen, genauso wie im politisch-militärischen Kampf. Innerhalb der Organisation hilft sie uns die Formen und Methoden festzulegen, die die politischen, taktischen und strategischen Fähigkeiten der Kader, die vom demokratischen Zentralismus geleitet werden, fördern.“

Für die ERP können wir sagen, daß sie der Keim war, der die Partei schuf, welche heute der Keim der Volksarmee ist. Doch die Hauptsache ist, daß wir beide, die Partei und die Armee als Teil der fortschrittlichsten politischen Abteilung und das heißt als Teil der Vorhut der salvadorianischen Revolution ansehen.

FRAGE: Warum wurde sie gegründet?

J. VILLALOBOS: Um dies zu beantworten, sollten wir kurz etwas über die Geschichte der PRS und der ERP sagen, über

zwei unterschiedliche Kampfmittel, aber mit vielen Gemeinsamkeiten.

Die ERP entstand 1971 als Teil zunehmender revolutionärer Aktivität und Unruhe, die sich in den politischen Organisationen, die es damals im Lande gab, manifestierte. (...) Im wesentlichen entstand die ERP als Antwort auf die Notwendigkeit, einen bewaffneten Apparat zu schaffen und zu organisieren, der es ermöglichen würde, neue Kampfformen im salvadorianischen Revolutionsprozeß durchzusetzen. (...) Die Organisation war chaotisch, aus verschiedenen Gruppen mit verschiedenen Strategievorstellungen zusammengesetzt, doch teilten alle den Wunsch, einen bewaffneten Kampf in El Salvador voranzubringen.

Daraufhin begann alles auf einen Prozeß hinzuführen, in dem die Guerillakader nachdachten, reiften, ihre Erfahrungen verarbeiteten und anfangen eine politische Einsicht zu erlangen, indem sie Verbindung mit den Massen und eine Struktur forderten, die eine angemessene politische Arbeit erlaubt. So führte uns die größere Anwendung der Erfahrung dazu, eine Partei zu gründen. Mitten in diesem gefährlichen Prozeß, belastet mit Schwierigkeiten, internen Spaltungen, Zersplitterungen nahm eine Partei mit ernstesten Diskussionen Gestalt an. Das war 1975. Der Prozeß erreichte mit dem ersten Kongreß 1977 seinen Höhepunkt. Es wurden richtige strategische Änderungen vorgenommen, darunter die Ausrottung des Militarismus aus der Organisation.

Was die Armee betrifft, ist sie nun der politischen Führung unterstellt und ihre Struktur wurde modifiziert. Wir verwirklichten, obwohl der Einfluß des Vertikalismus noch vorhanden war, daß der Prozeß der salvadorianischen Revolution und ihre Führung grundlegend politisch wurde. Folglich war die Hauptaufgabe, die Mechanismen dafür zu schaffen, richtungsweisend bei politischen und militärischen Problemen sein zu können. Weil es historische Notwendigkeiten gibt, gibt es die Partei und die Armee. (...)

Die Strategie des revolutionären Volkskrieges

FRAGE: Wie lautet die Strategie der PRS-ERP?

J. VILLALOBOS: Unsere Strategie ist die des revolutionären Volkskrieges. Der Imperialismus ist im Bunde mit der nationalen Oligarchie und den reaktionärsten Teilen des Heeres der strategische Hauptfeind. In diesem Rahmen sehen wir den Gründungsprozeß der ERP als einen Teil des Aufbaus und der Formierung der strategisch revolutionären Kräfte an, welcher die Niederlage des Feindes des salvadorianischen Volkes ermöglichen wird. (...)

Doch, obwohl die PRS-ERP als ihre Strategie den revolutionären Volkskrieg hat, dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, daß wir während einer tiefen ökonomischen und politischen Krise in Zentralamerika auf dem salvadorianischen Schauplatz auftauchten. Das bedeutet, daß die revolutionären Kräfte, welche während dieser Periode emporkamen, grundhistorische Verpflichtungen im Rahmen einer wirklichen Politik der Stärke übernehmen müssen; dies angesichts der Schwächung des Imperialismus, der Oligarchie und der Lakaienregierungen in dieser Region.

Hinsichtlich des Stadiums, das den revolutionären Volkskrieg auslöste, nennt die ERP als ihre Hauptthese die Durchführung der Strategie des Aufstandes, welche zum ersten Mal 1975 in den Vordergrund rückte, vielleicht ohne alle notwendigen theoretischen und politischen Überlegungen, aber im wesentlichen waren sie richtig. (...)

FRAGE: Was sind die sofortigen, was die mittelfristigen Ziele der PRS-ERP?

J. VILLALOBOS: Was andere revolutionäre Bewegungen als langfristige Ziele ansehen dürften, wird in der salvadorianischen Revolution zu kurz- oder mittelfristigen Zielen. Ge-

genüber früher sehen wir die Lösung der Probleme, die mit der Vereinigung aller Linkskräfte verbunden sind, als äußerst wichtig an. (...) Falls sich zu dieser Zeit nicht nur für die salvadorianische Revolution, sondern für die Revolution Zentralamerikas eine Aussicht auf Macht eröffnet, und falls außerdem diese Aussicht für die ganzen antiimperialistischen Kräfte in Lateinamerika besteht, würde in der konkreten Wirklichkeit der salvadorianischen Revolution das Nichtzustandekommen einer linken Einheit, welche einen neuen Sieg für die lateinamerikanische Revolution bedeuten würde, unserer Meinung nach auf einen Betrug an den Interessen für diese Revolution hinauslaufen.

Hinsichtlich der mittelfristigen Ziele glauben wir, daß sie für alle Kräfte, welche die salvadorianische Vorhut ausmachen, die gleichen sind: die Machtübernahme und Errichtung einer demokratischen Volksregierung, die zum Sozialismus führt, oder eine Regierung, die von allen revolutionären Kräften in Allianz mit den fortschrittlichsten demokratischen Teilen bestimmt würde. (...)

Besetzungen – Teil eines Massenkampfes

FRAGE: Was sind die Ziele der Besetzungen von Städten, Dörfern, Weilern, Grundstücken und Fabriken?

J. VILLALOBOS: Obwohl jede politisch-militärische Organisation besetzte Orte als Ausdruck ihrer taktischen Ziele betrachtet, gilt es, die Bedeutung solcher Besetzungen für den revolutionären Prozeß El Salvadors zu analysieren. Die Besetzungen sind Teil einer Offensive der Massen, eine Politik, die nicht mehr länger die Spielregeln akzeptiert, die von der Oligarchie und den Militärregimes festgesetzt werden, noch die Vorschriften des Imperialismus, sowie die der gegenwärtigen Regierungsjunta.

Die Besetzungen sind Teil eines Massenkampfes für Lohnerhöhungen, für weitere Vergütungen oder politische Ziele, so die Anklage wenn Personen „verschwinden“, von Tötungen, von Folterungen und die Forderung nach Freilassung politischer Gefangener. In ihrem fortgeschrittensten Stadium schaffen militärische Besetzungen die Bedingungen für einen wachsenden Kampfprozeß. (...)

FRAGE: Doch die Gewalt hat zugenommen. Eine große Anzahl von Personen wurden bei einer friedlichen Besetzung von Land, das den 14 Familien (großgrundbesitzende Oberschicht; d. Red.) gehört, getötet. Warum besteht die PRS-ERP darauf solche Methoden anzuwenden?

J. VILLALOBOS: Die taktischen Ziele einer Besetzung könnten als Gewinn konkreter Punkte bezeichnet werden. Aber der wichtigste Grund ist, daß sie eine politische Situation darstellen, ein Grad der Spannung, der sich Tag für Tag vergrößert. Der endgültige Sieg wird mit Methoden, Formen und Mitteln gesucht, die in die Offensive führen. Falls die Besetzungen beendet würden, könnte dies bedeuten, daß die Massen zurück in die Defensive fallen. (...)

Das bedeutet nicht, daß wir eine Abwartepolitik verfolgen und Schlag um Schlag antworten sollten. Bessere Taktiken müssen übernommen werden, um repressiven Maßnahmen von Seiten des Regimes vorzubeugen.

FRAGE: Was bedeutet für die PRS-ERP die Kühnheit?

J. VILLALOBOS: Zweifelsohne ist Kühnheit als eine politische These zu verstehen, um fähig zu sein in jedem revolutionären Prozeß handlungsfähig zu sein. Hätte es keine schnellen Entscheidungen gegeben, hätten wir zur gegebenen Zeit nicht handeln können, weil der militärische Nachteil überwog. Hätten wir nicht den großen politischen, ideologischen und moralischen Vorteil, der in den Massen vorhanden war, genutzt, hätten wir sicher keinen Erfolg im Anwachsen gehabt und wären in Wankelmüt verfallen.

(Quelle: Granma, Havanna, 18.5.1980)

Der Erfolg der nikaraguanischen Revolution und die sich zuspitzende Situation in El Salvador haben den Einigungsprozeß der revolutionären und demokratischen Kräfte Guatemalas vorangetrieben. Im Mai d.J. gaben die vier bedeutendsten Guerillaorganisationen des Landes, die Guerilla-Armee der Armen (EGP), die Organisation des Volkes unter Waffen (ORPA), die Streitkräfte der Rebellen (FAR) und die Guatemaltekeische Partei der Arbeit (PGT) die nachstehende Absichtserklärung zur Gründung einer demokratischen Einheitsfront ab. Gleichzeitig kündigte die Demokratische Front gegen die Unterdrückung (FDCR), in der sich alle fortschrittlichen gewerkschaftlichen und politischen Gruppen vereinigt haben, an, daß sie sich in einem Umwandlungsprozeß von ihrem bisher defensiven Charakter zu einem neuen Bündnis, der Revolutionären Patriotischen Front, befindet, einer „wirksamen Waffe zur Beseitigung der Diktatur“. Dieses Bündnis wird ebenfalls von der guatemaltekeischen Bauern- und Gewerkschaftsbewegung unterstützt.

Die Einigungsbestrebungen und zunehmend erfolgreichen Guerilla-Operationen veranlaßten das Lucas-Regime verstärkt zu repressiven Mitteln zu greifen. In den letzten Wochen wurde von massiven Angriffen der Luftwaffe und der Infanterie auf von Guérilleros bevorzugte Gebiete gesprochen. Unter den Opfern der Mordkommandos wie der Antikommunistischen Geheimarmee (ESA) finden sich in jüngster Zeit vermehrt Angehörige der Universitäten, einem weiteren Angriffsziel der Junta. Mit dem Kampf der Demokratischen Front gegen die Unterdrückung für eine demokratisch-revolutionäre Volksregierung erklärten sich am 21. Mai d.J. in San Jose, Kostarika, die Internationale Konferenz der sozialdemokratischen Parteien Europas und Lateinamerikas solidarisch. Sie verurteilte das reaktionäre Lucas-Regime und begrüßte in ihrem Schlußdokument die Einigungsbestrebungen der oppositionellen Kräfte Guatemalas.

Gemeinsame Erklärung der guatemaltekeischen Guerilla



Guerilleros der ORPA bei der Besetzung eines Dorfes

Zehntausende von Guatemalteken sind von dem mehr als ein halbes Jahrhundert dauernden Kampf gegen die Diktaturen gefallen, die im Dienst der reaktionärsten und repressivsten herrschenden Schichten stehen, rückständig, bewaffnet und manipuliert vom US-Imperialismus.

Aber all das vergossene Blut, alle Anstrengungen und all das Leiden unseres Volkes waren nicht vergebens. Der guatemaltekeische revolutionäre Prozeß schreitet energisch voran und wir können mit der Gewißheit, die täglichen und unaufhörlichen Kämpfen entspringt, sagen, daß Jahrhunderte der Ausbeutung, der Repression, der Unterdrückung unseres Volkes ein Ende finden, daß der Sieg in dem heldenhaften Kampf unseres Volkes nun näher ist als je zuvor.

Eine breite Volksfront ist im Werden

Ein entscheidender Punkt in unserem Glauben an einen revolutionären Sieg ist der Einigungsprozeß, der sich zwischen den vier politisch-militärischen und Guerilla-Organisationen abzeichnet. Auf dem Weg zur Vereinigung müssen noch viele Probleme gelöst werden, aber wir haben vor unserem Volk und den Völkern der Welt unseren festen Willen bekundet, auf die Bildung einer vereinigten Avantgarde hinzuwirken, die unser Volk zum endgültigen Sieg führen wird. Der Einigungsprozeß schreitet vorwärts, er beruht auf der revolutionären Strategie des Volkskampfes, in der der Kampf aller Volksgruppen und demokratischen Kräfte sich vereint mit den wehrhaften Selbstverteidigungstaktiken und der entscheidenden Rolle der Guerillakriegsführung.

Der Kampf unseres Volkes schreitet siegreich auf allen Ebenen voran. Der Kampf der Arbeiter, der Bauern, der demokratischen und Volksbewegung für wirtschaftliche, soziale und politische Forderungen hat trotz des Völkermords der Regierung Lucas Garcia nicht aufgehört.



Das Lucas-Regime macht mobil: Soldatenpräsenz in der Hauptstadt

Im Gegenteil, der Kampf des Volkes und der demokratischen Kräfte findet jeden Tag neue Wurzeln, nicht nur aufgrund des Organisationsniveaus und der Kampfbereitschaft unseres Volkes, sondern auch wegen der Solidarität und Brüderlichkeit, die der Hitze des Kampfes entspringt und die das Anwachsen einer breiten demokratischen Volksfront bewirkt.

Diese Front wird fähig sein, alle Kräfte zu koordinieren, um die kriminelle Regierung Lucas zu besiegen und eine revolutionäre demokratische Regierung des Volkes zu bilden. Die Wehrhaftigkeit der Massen der arbeitenden Bevölkerung wächst, und durch Taktiken organisierter Selbstverteidigung wird es möglich, die repressiven Kräfte der Regierung zurückzuschlagen, gefangengenommene Genossen zu befreien, repressive Aktivitäten am Arbeitsplatz und in der Nachbarschaft abzublocken und die verschiedenen Aktivitäten der Massen zu schützen.

Auf der militärischen Ebene hat der Kampf unseres Volkes in den letzten Jahren sprunghafte Fortschritte gemacht. Alle Anstrengungen und alle Menschenleben, die dieser heroische Kampf gekostet hat, haben letztlich in der Entwicklung der Guerillakriegsführung fast überall im Land Früchte getragen. In San Marcos, Peten, Huehuetenango, Solola, Escuintla, Quezaltenango, El Quiche, Suchitepequez, Alta Verapaz, Chimaltenango (alles Provinzen; d. Red.), in der Stadt Guatemala und an vielen anderen Orten sind die Guerilla-Aktionen des guatemaltekischen Volkes nicht aufzuhalten. Die Besetzung von Städten und Plantagen und andere bewaffnete Propagandaaktionen, Sabotage, massive Verteilung revolutionärer Propaganda, Aktionen zur Schwächung der Armee und anderer repressiver Kräfte, Hinterhalte, die Beschaffung aller Arten von Waffen und der direkte Kampf gegen die Armee sind zu alltäglichen Aktivitäten geworden, mit denen die Guerilla dem Feind ernsthafte Schläge versetzt hat. All diese politisch-militärischen Aktionen wurden in den letzten Monaten verstärkt und kosteten die reaktionäre Armee zahlreiche Verluste, während es der Armee nicht gelungen ist, den bewaffneten Kräften des Volkes

ernsthafte Schaden zuzufügen.

Durch den Kampf unserer Brudervölker in Mittelamerika wurde der Kampf unseres Volkes in eigenem Land verstärkt und gestützt. Der Sieg der sandinistischen Revolution ist ein Beispiel für das, was ein Volk erreichen kann, wenn es sich entschließt, mit den Waffen in der Hand für seine endgültige Befreiung zu kämpfen. Der jetzt stattfindende beispielhafte Kampf des heroischen Volkes von El Salvador veranlaßt uns, unsere Anstrengungen zu verdoppeln und in unserem eigenen revolutionären Prozeß fortzuschreiten.

Auch die internationale Solidarität von Seiten der demokratischen Völker und Regierungen der Welt zugunsten des Kampfes des guatemaltekischen Volkes ist eine entscheidende Hilfe zum Sieg. Mit unseren täglichen Anstrengungen und der Klarheit unseres Handelns antworten wir auf diese Solidarität. All unsere Brüder und Schwestern in der ganzen Welt können sich darauf verlassen, daß unser Volk sie nicht enttäuschen wird, daß wir unseren Kampf bis zum endgültigen Sieg zu führen wissen werden.

Alle die obengenannten Faktoren zusammengenommen – der Guerillakrieg, die Kämpfe der Arbeiter, Bauern, demokratischen Kräfte und des Volkes und die internationale Solidarität – haben das völkermordende Regime Lucas in eine Sackgasse geführt. Alle revolutionären, demokratischen und Volkskräfte müssen eine gemeinsame Taktik entwickeln, die uns die herannahende Entscheidungsschlacht gewinnen läßt. In dieser Vereinigung der demokratischen, revolutionären und Volkskräfte, der größten in unserer Geschichte, liegt in großem Maß der Schlüssel zum Sieg. Die politisch-militärischen und Guerilla-Organisationen Guatemalas sind bereit, unserer historischen Rolle zu folgen, sind fest entschlossen, bis zum Sieg zu kämpfen.

Vorwärts bis zum Sieg!

Sieg oder Tod!

Wir leben, um zu kämpfen – Wir kämpfen, um zu siegen!

Für Guatemala, die Revolution und den Sozialismus!

(Quelle: Intercontinental Press 24/23.6.1980, nach ila-info, Nr. 37, Juli/August 1980, S. 10)

DAS ARGUMENT

Argument-Vertrieb
Tegeler Str. 6
1000 Berlin 65

DAS
ARGUMENT
122

Ideologie-Diskussion: J. Bischoff,
Projekt Ideologie-Theorie. Alternative
Wirtschaftspolitik. Gewerkschafts-
geschichtsschreibung. F. Deppe u.a.
9,80; 8,50 f. Stud. (Abo: 8,50/7,-)



Untersuchung von 719 automatisierten
Arbeitsplätzen. Empirische Methode,
Auswertung u. Erkenntnis; Automations-
begriff; Hand- u. Kopfarbeit; Vorzüge
praktischen Denkens; Sinnlichkeit u. Ab-
straktion; Angst u. Handlungsfähigkeit;
Problem der Zeit; Wege zum Kollektiv.
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-)

ARGUMENT
SONDERBAND
AS 51

Sozialliberalismus oder rechter
Populismus? Kampf der Blöcke um
Massenloyalität in Außen-, Sozial-,
Kommunalpolitik. Strauß-Diskursanalyse.
Korporatismus. Grüne. SPD-Linke.
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-)

Gespräch mit Maurice Bishop

Die Volksmassen revolutionieren!

Seit im März 1979 die nationale Befreiungsbewegung Neue Bewegung für gemeinsame Bemühungen um Wohlfahrt, Erziehung und Befreiung (New Jewel Movement) unter Führung des jetzigen Ministerpräsidenten M. Bishop auf Grenada die reaktionäre Diktatur des E. Gairy (1967-79) stürzte, machte der karibische Inselstaat wiederholt auf sich aufmerksam: So etwa im Juli 1979, als die Regierungen Grenadas, Dominikas und St. Lucias mit der Deklaration von St. George's (Wortlaut in: AIB, Nr. 11-12/1979, S. 23ff.) ein umfangreiches Programm der Zusammenarbeit auf der Grundlage der gemeinsamen antiimperialistischen Orientierung verabschiedeten und im September 1979 mit dem Auftritt auf der VI. Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen in Havanna. Jüngst brachte M. Bishop auf dem Höhepunkt der US-Drohpolitik in der Karibik und der internationalen antikubanischen Kampagne auf der Kundgebung zum 1. Mai d.J. in Havanna die Solidarität Grenadas mit dem kubanischen Volk zum Ausdruck (siehe auch AIB, Nr. 5 und 6/1980).

Auch innenpolitisch kann die revolutionäre Regierung inzwischen einige Erfolge aufweisen: Beispielsweise wurden innerhalb eines Jahres ungefähr 1.200 neue Arbeitsplätze geschaffen, haben staatliche Preis- und Importkontrollen bei Grundnahrungsmitteln zu erheblichen Verbesserungen in der Ernährungssituation geführt. Allen Kindern unter fünf Jahren wird kostenlos Milch zur Verfügung gestellt. Durch gezielte Fischerei- und Straßenbauprogramme, die Reaktivierung des Tourismus und die Unterbindung von Korruption konnte die Wirtschaftslage zum Teil beachtlich verbessert werden.

Im folgenden dokumentieren wir ein Interview des New Yorker „Guardian“ mit Maurice Bishop, in dem dieser zum Charakter der Befreiungsbewegung und der Revolution sowie zu aktuellen Problemen Stellung nimmt.



Grenadas Hauptstadt St. George's

FRAGE: Wie bezeichnen Sie den Charakter der New Jewel Movement?

M. BISHOP: Das Ziel der New-Jewel-Bewegung war und ist die Mobilisierung der Volksmassen. Wir haben daran gearbeitet, daß Bewußtsein zu revolutionieren.

Unser Ziel ist immer die Erringung der Macht gewesen, unter dem Leitspruch: Wenn möglich, friedliche Mittel – wenn nötig, auch Mittel der bewaffneten Revolution. Unser Programm ist dem Wesen nach national und demokratisch.

FRAGE: Hat marxistisches Denken Einfluß auf die Bewegung gehabt?

M. BISHOP: Wir haben uns von Anfang an als Sozialisten bezeichnet. Wie man diese Bezeichnung interpretieren will, bleibt jedem selbst überlassen. Wir glauben, daß man unsere Leistungen gut verfolgen kann. Es ist nicht schwierig zu sehen, wessen Interessen wir wahrnehmen.

New Jewel – Bewegung von Sozialisten

FRAGE: Wessen Interessen sind das?

M. BISHOP: Die der Arbeiter, Bauern, der Jugend und der Arbeitslosen.

FRAGE: Welchen Hauptinhalt hat die wirtschaftliche Strategie Ihrer Regierung?

M. BISHOP: Wir sind im Augenblick im Prozeß des nationalen Wiederaufbaus. Wir haben eine völlig heruntergekommene Wirtschaft geerbt, ohne eine produktive Kapazität. Praktisch wurde alles importiert. Bei einer Zahl von 34.000 Arbeitskräften hatten wir eine Arbeitslosigkeit von etwa 50%.

Wir haben vor, die Wirtschaft in drei Sektoren zu entwickeln. Erstens den Staatssektor, der in allen Bereichen im Wettbewerb mit dem privaten Sektor arbeiten wird. Zweitens wollen wir den genossenschaftlichen Sektor entwickeln. Und wir glauben, daß es drittens eine Rolle für den privaten Sektor gibt.

FRAGE: Soweit ich unterrichtet bin, wird der Tourismus weiter eine Stütze der Wirtschaft sein. Fürchten Sie nicht, daß es die Kontrolle der Wirtschaft kosten könnte, wenn Sie in gemeinsame Unternehmen mit den großen internationalen Hotelketten eintreten?

M. BISHOP: Das ist unter gewissen Umständen möglich. Es gibt in anderen Ländern Anzeichen dafür, daß es nicht ratsam ist, bestimmte Arten von gemeinsamen Unternehmen zu betreiben. Doch man muß gleichzeitig beweglich sein, wenn es gilt, die Wirtschaft zu entwickeln.

Unser Grundsatz ist: Festigkeit in der Politik – Beweglichkeit in der Wirtschaft.

FRAGE: Und welche sind Ihre politischen Ziele? Wie stellen sie sich die Verbindung zur Bevölkerung vor? Durch direkte politische Beteiligung oder durch indirekte Beteiligung in Gestalt von Wahlen?

M. BISHOP: Wir glauben nicht, daß eine sich alle fünf Jahre wiederholende formale Wahl ein wirklich demokratisches System garantiert. Wir ziehen es vor, die Demokratie von

unten her aufzubauen, statt sie von oben zu verordnen. In einem Land wie dem unseren halten wir es für wichtig, Einrichtungen zu entwickeln, die eine Bedeutung für die Menschen in ihren Gemeinwesen haben.

FRAGE: Was halten Sie von der aktuellen politischen Situation in der Karibik und von der Rolle, die Grenada dabei spielt?

M. BISHOP: Meine Meinung ist, daß die Karibik in den letzten 12 Monaten dramatische Veränderungen erfahren hat. Zuerst natürlich die Revolution in Grenada, die für die englischsprachige Karibik von grundlegender Wichtigkeit ist, aber auch, wie ich glaube, für Lateinamerika.

Auf diese Revolution folgte sehr schnell ein Volksaufstand in Dominika, der eine Regierung stürzte, die das Volk unterdrückte. Und später brachte sie, über Wahlen, fortschrittliche Kräfte in St. Lucia an die Macht.

Andererseits gibt es reale Gefahren. Die Bedrohung durch den Imperialismus hat sich in der Karibik sichtlich verstärkt.

FRAGE: Wie schätzen Sie die Rolle Kubas für Ihr Land, für die Karibik und allgemein für Lateinamerika ein?

M. BISHOP: Wir sind davon überzeugt, daß Kuba das Beispiel für die Völker der Karibik und für Lateinamerika gege-

ben hat, jedenfalls soweit es die letzten 50 Jahre betrifft. Wir glauben, daß das kubanische Beispiel bei der Beseitigung des Analphabetismus, der Prostitution und der Drogensucht richtungweisend ist. Was Kuba in Bezug auf die Arbeitslosigkeit, im Gesundheitswesen und auf manchen anderen Gebieten geleistet hat, ist ein wichtiges Beispiel für die Völker des gesamten Gebietes der Karibik und Lateinamerikas.

FRAGE: Auch die kubanische Revolution begann als eine nationale und Volksrevolution, und erst nach zwei Jahren wurde sie zu einer marxistisch-leninistischen Revolution erklärt. Glauben Sie, daß das auch hier geschehen wird?

M. BISHOP: Das gleiche könnte auch hier geschehen. Es ist schwierig, jetzt zu sagen, was einmal werden wird. Wir halten es für wichtig, jetzt keine solchen Prophezeiungen zu machen.

Wichtig ist, sich klar darüber zu sein, daß wir uns in einem Prozeß befinden, der Schritt um Schritt weitergeht und der sich nur entwickeln kann, wenn das Volk sich selbst und seine Wirtschaft weiter entwickelt. Wichtig ist, eine bestimmte Vorstellung davon zu haben, was man zu erreichen versucht.

(Quelle: Horizont, Berlin, Nr. 19/1980)

Grenada-Daten

Territorium und Bevölkerung: 344 qkm, bestehend aus sieben Inseln der Kleinen Antillen, 108.120 Einwohner (1978), jährliches Bevölkerungswachstum (1974-78): 2,0%

Hauptstadt: St. George's (15.000 Einwohner)

Religion: ca. 2/3 der Bevölkerung katholisch, im übrigen andere christliche Kirchen

Währung: Ostkaribischer Dollar (ECS); 1 ECS = 0,7 DM

Politischer Status: Seit 1974 unabhängig, Zugehörigkeit zum Britischen Commonwealth

Politische Parteien:

Die Neue Bewegung für gemeinsame Bemühungen um Wohlfahrt, Erziehung und Befreiung (New Jewel Movement) ging 1973 aus dem Zusammenschluß der beiden kurz zuvor gegründeten nationalen Befreiungsbewegungen hervor. Sie konnte im Kampf gegen die Diktatur sehr schnell die Unterstützung der Arbeiterklasse und der Landbevölkerung sowie großer Teile des Kleinbürgertums gewinnen. Inzwischen hat sich die nationale Befreiungsbewegung zu einer am wissenschaftlichen Sozialismus orientierten Partei umstrukturiert. Seit dem Sturz der Gairy-Diktatur im März 1979 stellt sie die Revolutionäre Volksregierung (PRG) mit dem Ministerpräsidenten M. Bishop.

Die Vereinigte Arbeiterpartei Grenadas (GULP) des Ex-Diktators E. Gairy regierte 1951-62 und 1967-79. In den 50er Jahren wurde sie von den Landarbeitern und ländlichen Kleinrentnern unterstützt, da Gairy sich zuvor für die gewerkschaftliche Organisation dieser bis dahin unter sklavenähnlichen Bedingungen gehaltenen Bevölkerungsmassen einsetzte. Mit dem Generalstreik, der 1951 seinen Regierungsantritt ermöglichte, wurden zunächst tatsächlich einige soziale Verbesserungen erzielt. In der zweiten Regierungsperiode riß E. Gairy alle politische Macht an sich und steuerte einen proimperialistischen und repressiven Kurs.

In Opposition zur GULP standen auch die von der städtischen Kleinbourgeoisie getragene Nationale Partei Grenadas (GNP, 1962-67 Regierungspartei) und die Vereinigte Volkspartei (UPP), die 1976 zusammen mit der New-Jewel-Bewegung eine gemeinsame Oppositionsfront gebildet hatten.

Struktur der Binnenwirtschaft und Lage der Bevölkerung¹:

1970 waren 40% der Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich, 35% in der Landwirtschaft, 16% im Bausektor und 8% in der Industrie beschäftigt, wobei sich der Anteil der Landwirtschaft in der letzten Dekade erhöht hat. Zwischen 30 und 40% der Erwerbsfähigen waren 1979 arbeitslos. Der Anstieg der Lebenshaltungskosten wird für 1977 und 1978 auf jährlich 18% geschätzt, für 1979 muß wegen starker Preiserhöhungen bei Öl und anderen Einfuhrgütern eine wesentlich höhere Rate angenommen werden. Der Anteil der Wirtschaftsbereiche am Bruttoinlandsprodukt (BIP) betrug 1978: Landwirtschaft und Fischerei 34%, Industrie 3%, Bauwirtschaft 3%, Handel 14%, Transport- und Nachrichtenwesen 6%, Staat 20%, sonstige 20%.

Wichtigste landwirtschaftliche Erzeugnisse sind Kakao, Bananen,



Muskat und Zuckerrohr. Die reale Steigerungsrate des BIP wird für 1977 mit 6,0%, für 1978 mit 4,5% angegeben und für 1979 auf 1,9% geschätzt.

Außenwirtschaft:

Grenadas Handelsbilanz weist 1978 ein Defizit von 18,7 Mio US-Dollar aus. Die Zahlungsbilanz ist vor allem aufgrund der Deviseneinnahmen durch den Tourismus (1978 11,7 Mio US-Dollar) nur leicht negativ (1978 minus 1,3 Mio US-Dollar). Dennoch betrug die Auslandsverschuldung zum Jahresende 1978 7,3 Mio US-Dollar. Wichtigste Ausfuhrgegenstände und ihr entsprechender Anteil an der Gesamtausfuhr sind für 1978: Kakao 44,1%, Muskatnüsse 24,1%, Bananen 20,9% und Muskatblüten 3,8%.

Zu den wichtigsten Außenhandelspartnern Grenadas zählen nach Großbritannien, dessen Anteil an der Gesamtausfuhr 42,2% (1978) beträgt, die Bundesrepublik mit 22,6%, die Benelux-Staaten, Trinidad und Tobago sowie die USA. Die Bundesrepublik weist im Außenhandel mit Grenada einen Negativsaldo von 5,7 Mio DM für das Jahr 1979 auf. Die Importe der Bundesrepublik aus Grenada bestanden 1979 zu 71,6% aus Rohkakao und zu 28,4% aus Gewürzen.

Zahlen zu den ausländischen Direktinvestitionen auf Grenada sind bisher nicht verfügbar. Kapital- und Gewinntransfer ins Ausland setzen jedoch die vorherige Genehmigung und Registrierung der Investitionen durch die Regierung voraus.

Die Bundesstelle für Außenhandelsinformation beurteilt das „Investitionsklima“ nach dem Sturz E. Gairys folgendermaßen: „Eine gewisse Rechtsunsicherheit für zukünftige Investitionen ist bis heute nach dem Regierungswechsel im März 1979 nicht auszuschließen.“²

Anmerkungen:

1) Daten nach: Bundesstelle für Außenhandelsinformationen (Hg.), Marktinformation. Grenada. Wirtschaftsdaten, Ausgabe 1980, Köln, April 1980

2) Ebenda

Alfred Nzo

„Kämpft, trauert nicht!“



Der 13. Juni 1980 stellt in der noch jungen Geschichte der westdeutschen Südafrika-Solidaritätsbewegung einen Höhepunkt dar. Über 3.000 Menschen erlebten in der Düsseldorfer Philips-Halle ein begeisterndes Kulturprogramm von Künstlern aus Südafrika und der Bundesrepublik. Mit Alfred Nzo, Generalsekretär des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), trat erstmals ein hoher Repräsentant der südafrikanischen Befreiungsbewegung als Redner in der BRD auf. Daß Alfred Nzo im Nachhinein an das vom Antimperialistischen Solidaritätskomitee veranstaltete Konzert noch von Bonner Politikern zu Gesprächen empfangen wurde, stellt ebenfalls einen nicht zu gering einzuschätzenden Erfolg dar. Daß Vertreter der südafrikanischen Befreiungsbewegung eines Tages auch in Bonn als die dann Regierenden eines befreiten Südafrika empfangen werden, wird ein Resultat des bewaffneten Befreiungskampfes sein, den der ANC 1979 intensiviert hat mit dem Ziel, in den 80er Jahren die Entscheidung in diesem Kampf zu erzwingen (siehe Mandela-Brief in AIB, Nr. 7-8/1980).

Liebe Freunde und Genossen!

Im Namen der Führung und der Mitglieder des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) und der kämpfenden Massen unseres Landes übermittele ich Euch herzliche revolutionäre Grüße, Euch, die Ihr hier heute Abend versammelt seid, um Eure Solidarität mit dem Kampf unseres Volkes auszudrücken. Die unterdrückten Massen unseres Landes werden durch das Wissen ermutigt, daß auch in den Völkern solcher Länder wie z.B. der Bundesrepublik Deutschland im Unterschied zu den Vertretern der herrschenden Kreise und der profitgierigen Unternehmen, viele Menschen das revolutionäre Banner der Solidarität mit unserem Kampf um nationale und soziale Befreiung hochhalten.

Wir denken hier mit Respekt an die fortschrittlichen Kräfte in diesem Lande, ganz besonders an unsere Freunde vom Antimperialistischen Solidaritätskomitee und der Anti-Apartheid-Bewegung. Liebe Freunde und Genossen!

Vor vier Jahren, am blutigen Mittwoch des 16. Juni 1976, machte das Wort Soweto in der Welt Schlagzeilen. Es ist seitdem ein bedeutender Bezugspunkt in der Geographie des Apartheidstaates geblieben. An jenem Tag erschossen Polizisten des Apartheidregimes und Anti-Stadtguerilla-Einheiten der Südafrikanischen Armee Hunderte von Schülern in Soweto. Diese hatten friedlich gegen das versklavende Bantu-Erziehungssystem für Schwarze, das man uns aufgezwungen hat, demonstriert.

Die Ereignisse jenes Tages waren der Auftakt für die Aufstände von Jugendlichen und Studenten in vielen Städten unseres Landes. Dabei gebrauchten die Jugendlichen jede erdenkliche Waffe, derer sie habhaft werden konnten, gegen einen Feind der von NATO-Staaten unter anderem der Bundesrepublik, mit modernsten Waffen ausgerüstet worden ist. Im Verlauf der ungleichen Kämpfe starben noch Hunderte von unseren jungen Patrioten in den Straßen der schwarzen Ghettos. So, wie der junge Solomon Mahlangu sagte bevor er zum Galgen geführt wurde, „mein Blut wird den Baum der Freiheit tränken“, - so hat das Blut jener Südafrikaner, die bei den Aufständen starben, den knospenden Wald der Freiheit in ganz Südafrika

getränkt.

Unter der Parole „Kämpft - trauert nicht!“ erhoben sich weite Teile der unterdrückten schwarzen Bevölkerung zur Unterstützung der Aufstände der Jugend. Die revolutionäre Arbeiterklasse hat zu Tausenden in vielen Teilen des Landes die Arbeit niedergelegt und die Beendigung der faschistischen Barbarei und die Freilassung von Hunderten von politischen Gefangenen gefordert.

Andere Formen des politischen Massenprotestes entstanden überall im Lande. Selbst weiße Jugendliche und Studenten schlossen sich an und protestierten gegen die brutale Gewaltanwendung des Staates. Unsere Volksbefreiungsarmee Umkhonto We Sizwe (Speer der Nation; d. Red.) brachte durch Aktionen in dieser Zeit zum Ausdruck, daß sie nicht nachlassen wird in ihrem Bemühen, das Apartheidregime für seine ungeheueren Verbrechen zu bestrafen. Auch die internationale Gemeinschaft erhob ihre Stimme und protestierte gegen die Verbrechen des Apartheidregimes.

Durch all dies vertiefte sich die moralische und politische Krise des Terrorregimes, sowohl innenpolitisch als auch in der internationalen Arena.

Der revolutionäre Kampf unseres Volkes hat seit den Tagen von Soweto bedeutend zugenommen. Sowohl in seinem quantitativen Aspekt als auch seinem politischen Inhalt nach gab es große Fortschritte. Die schwarze Arbeiterklasse hat den Feind in einen harten Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung verwickelt. Die revolutionäre Jugend trägt unerschrocken die Fackel der Freiheit. Die Aktivisten von Soweto kämpfen heute in den Reihen unserer Volksbefreiungstreitkräfte, deren Operationen die steigende Wirksamkeit unserer Bewegung unterstreichen.

Jene, die sich damals noch mit Steinen und primitiven Brandfäcken gegen den Terror wehren mußten, verfügen heute über moderne Waffen, die unsere Verbündeten in Afrika und den sozialistischen Ländern uns geben. Die jüngsten Kommandoaktionen gegen Polizeistationen und gegen die Raffinerien von Sasol und Natref legen unwiderlegbar Zeugnis vom Aufschwung unseres Kampfes ab.

Der ANC erklärt anlässlich des Soweto-Jahrestages feierlich, daß er alles tun wird, den umfassenden revolutionären Kampf zu intensivieren. Die nachhaltigen Schläge unseres bewaffneten Flügels, die den Gegner bereits verwirrt haben, werden in Reichweite und Feuerkraft noch gesteigert werden.

Wir appellieren an die Demokraten in aller Welt, ihre Anstrengungen für eine umfassende Unterstützung unseres Kampfes zu verdoppeln, einschließlich des Kampfes für die Freilassung Nelson Mandelas und aller anderen politischen Gefangenen. Wir werden auch keine Anstrengung scheuen, James Mange vor dem Galgen zu retten.

La luta continua (Der Kampf geht weiter; d. Red.!) Amandla! Die Macht dem Volke!

(Quelle: Rede von Alfred Nzo, Generalsekretär des Afrikanischen Nationalkongresses Südafrikas auf dem vom Antimperialistischen Solidaritätskomitee veranstalteten Konzert für Soweto, Düsseldorf, 13.6.1980)

Gruppe El-Hakika

Tunesien nach Gafsa

Der vorige Ministerpräsident Tunesiens, Hede Noura, erkrankte zu einer Zeit als das Land sich in einer tiefen Krise befand. Einmal war man noch mit der Verarbeitung der Ereignisse von Gafsa beschäftigt, zu anderen kam nun die Verunsicherung über die Wahl eines Nachfolgers von H. Noura hinzu, der der designierte Nachfolger (Präsident; d. Red.) Bourguibas war.

Die Ereignisse von Gafsa zeigten ganz deutlich die Schwächen des Destur-Regimes (nach der regierenden Sozialistischen Destur-Partei, siehe AIB 1/1980, S. 22-23; d. Red.) und erschütterten seine Grundlagen. Das Eindringen von 28 Widerstandskämpfern in die Bergwerkstadt Gafsa (am 27./28.1.1980; d. Red.) reichte aus, um die inneren und äußeren Widersprüche des bestehenden politischen Systems aufzudecken.

Der Regierung gelang es trotz aller Anstrengungen nicht, die öffentliche Meinung durch ihre Propagandamaschinerie in der von ihr gewünschten Richtung hinsichtlich der Ereignisse in Gafsa zu beeinflussen. Die Massenmedien des Regimes versuchten, die Ursachen für die Krise zu vertuschen und die Verantwortung dafür dem Nachbarstaat Libyen aufzubürden. Die Bourgeoisie nahm die Ereignisse in Gafsa zum Anlaß, sich zu einigen wo sie früher zerstritten war, da sie ihre übergeordneten Klasseninteressen in Gefahr sah.

So hat beispielsweise der ehemalige Außenminister und frühere Ghaddafi-Anhänger Masmoudi dem Präsidenten Bourguiba gegenüber seine Solidarität und seine Bereitschaft bekundet, das Land vor dem „Einfluß der sowjetischen Handlanger in Tripolis“ zu schützen. Diese Welle der angeblichen „Nationalen Einheit“ hat sogar die Sozialdemokraten (Bewegung Demokratischer Sozialisten unter Ahmed Mestiri; d. Red.) erfaßt, die Nouras Beschimpfungen vergaßen und sich beeilten, ihm unter die Arme zu greifen mit der Absicht, die höchsten nationalen Interessen zu vertreten. Sie glaubten, das Unheil nur dann von Tunis abwenden zu können, wenn ihre Charta über Demokratie, d.h. ein politischer Liberalismus, Anwendung finden würde.(...)

In den ersten Tagen nach den Ereignissen von Gafsa wurde eine hysterische Propaganda über die angebliche äußere Bedrohung entfacht, mit dem Ziel, die Massen von einer Unterstützung der Aufständischen abzuhalten. „Damit Tunesien so bleibt, wie wir uns das vorstellen, reicht es heute nicht mehr, etwas zu sagen oder zu glauben. Man muß sehr wachsam sein, jeden Tag mehr kämpfen gegen die inneren Verräter, die Herausforderungen von außen und die materiellen Opfer akzeptieren, die sich uns auferlegen. (...) Es ist klar für uns, daß dieses Tunesien mit allem, was es für uns bedeutet, nicht lange überleben würde, wenn wir feige wären oder seine Söhne aufgeben würden...“, wenn wir nicht jedesmal Partei ergreifen und nicht vorbereitet sind auf seine eventuelle geschlossene Verteidigung.“¹ Der Erziehungsminister A. Ben Dia, ebenfalls Anhänger des Liberalismus, bezeichnete in einer Rede gegen streikende Studenten diese als Verräter an der nationalen Sache. Die verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie haben also trotz ihrer politischen Differenzen die Lage einheitlich beurteilt.

Auf dem Weg zum französischen Protektorat

Der französische Interventionismus wurde als materielle Hilfe an Tunesien legitimiert. Dagegen wurde diese Hilfe sogar hier in Europa als Interventionismus in den Massenmedien bekannt und schrieb z.B. die Washington Post: „Die tunesische Armee konnte mit einer kleinen französischen Hilfe siegen.“² Über die französische Intervention schrieb die Boulevard-Zeitung France Soir: „Die 11. Fallschirmjäger-Division aus Pau ist ein berufsmäßiges Interventions-Korps, das sich immer in Alarmzustand befindet. Dieser Alarmzustand läßt eine Ausführungsfrist von 24 Stunden zu, die auf 12 oder sogar 6 Stunden verkürzt werden kann. 2 Transall-Flugzeuge, die 2 Manöverhubschrauber vom Typ Puma transportierten, landeten sicher in Tunis ... Die französische Flotte kreuzt auffällig nahe am Golf von Gabes. Sie soll gegenwärtig Übungen vor der Küste Libyens machen.“³

Der französische Imperialismus zeigte aufs Neue seine Interventionspolitik in den Ländern, die ehemals Kolonien waren (Zaire, Tschad, Tunesien). Diese Politik kann sehr schwere Folgen für den Frieden, die Demokratisierung und weitere Entwicklung Tunesiens haben. Auch von Seiten der USA erhielt Tunesiens Regierung Unterstützung, die US-amerikanische Mittelmeerflotte kreuzte einige Tage vor Sfax. (...) Marokko reihte sich auch ein, indem es Flugzeuge schickte. Die tunesische Oberschicht und auch die Mittelschicht rechtfertigten diese ausländischen Interventionen.

„Tunesien ist ein französisches Protektorat geworden. Aber um seine Souveränität zu wahren, würde es sich mit jedem verbünden,“⁴sagte M. Sayah, vormaliger Parteidirektor. Die offizielle Opposition schwieg zu den Ereignissen in Gafsa, im Gegenteil, sie betrieb noch stärker die Feindschaft gegenüber Ghaddafi und damit Libyen. Sie registrierte jedoch nicht, daß die imperialistischen Länder den von ihnen abhängigen Regierungen zu Hilfe gekommen waren, daß also hier Intervention im Spiel war. Der Kurs der Regierung wurde von der geduldeten Opposition also unterstützt.

Die Moslembrüder verurteilten die Aktion von Gafsa und diejenigen, die von außen das Ganze unterstützt hätten. In Er-Rai, der Zeitung der sozialdemokratischen Opposition, wird dem libyschen System vorgeworfen, eine „abenteuerliche Aktion gesteuert zu haben, die das tunesische Volk in seiner Mehrheit nicht verstehen und akzeptieren könne, da es eine Veränderung des Systems durch eine andere Regierung nicht wolle. Am Schluß schlug Er-Rai die Bildung einer nationalen Front vor, um das eigene Land zu stärken.“⁵

Die legitime Führung der Generalvereinigung der Tunesischen Arbeiter (UGTT) drückte ihre Einstellung anders aus und entwickelte eine andere Argumentation als die politische Opposition, womit sie wieder einmal ihre Unabhängigkeit bewies. Sie lehnte es ab, in den Chor der „Nationalen Einheit“ miteinzufallen. Auf der fortschrittlichen Seite der politischen Opposition betonten die Gruppen El Hakika, El Amal Tounsi, MUP (linksozialistische Bewegung der Volkseinheit; d. Red.) sowie Ahmed Ben Salah (ehemaliger Wirtschaftsminister; d. Red.) und Brahim Tobal die Verantwortung Bourguibas an den Ereignissen in Gafsa und verurteilten die ausländische Intervention.

Die Arbeiterschaft ließ sich durch die nationale Hysterie nicht von ihren wahren Problemen ablenken. Schon drei Tage nach Gafsa gab es die ersten Streiks im Transportwesen von Tunis, danach im Textilsektor (bei Lin Sojatex in Bin Arous und Mcknine) sowie in der Automontagefabrik in Sousse. (...).

Die „nationale Einheit“ ist eine Legende, die von der Bourgeoisie immer dann wiederholt wird, wenn sie sich in Gefahr fühlt.

(Quelle: El-Hakika, Paris, Mai 1980)

Anmerkungen:

- 1) Dialogue, Tunis, 18.2.1980
- 2) Zit. nach: Le Quotidien de Paris, Paris, 2./3.2.1980
- 3) France-Soir, Paris, 1.2.1980
- 4) Le Monde, Paris, 10./11.2.1980
- 5) Er-Rai, Tunis, 8.2.1980

TÜRKEI Informationen

AB JETZ
MONATLICH

erscheinen jetzt monatlich und berichtet regelmäßig

- über die demokratische Bewegung in der Türkei
- über die Lage der ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik
- über die Bildungssituation ausländischer Kinder und Jugendlicher
- über die Aktivitäten der „Grauen Wölfe“ und anderer türkischer Rechtsextremisten in der Bundesrepublik.

Ich bestelle die bereits erschienenen Hefte 1, 2, 3, 4/5, 6 (zutreffendes ankreuzen).

Ich abonniere "Türkei-Informationen" für mindestens ein Jahr ab.

Falls nötig, kann ich diese Erklärung innerhalb einer Woche widerrufen.

Einzelpreis (ca. 32 Seiten) 3,-DM zuzüglich Porto;
Jahresabonnement 36,-DM incl. Porto.

Name/Institution/Firma: _____

Straße/Platz und Haus-Nr.: _____

P.L.Z. Ort: _____

Datum-Unterschrift: _____

Bitte ausfüllen und einsenden an: "Türkei-Informationen"
Lichtstr. 31, 4000 Düsseldorf 1

Rainer Falk

Bundestagswahl und Entwicklungspolitik



Ende letzten Jahres brachte eine Infratest-Umfrage ans Licht, daß sich die prinzipielle Zustimmung der westdeutschen Bevölkerung zur Entwicklungspolitik der jüngsten Zeit deutlich erhöht hat. Nur noch 18% der Bevölkerung sind grundsätzlich gegen Entwicklungspolitik eingestellt. Etwa 4/5 der Bevölkerung bekunden ein mittleres bis starkes Interesse an diesem Thema. Noch Mitte der 70er Jahre lagen die entsprechenden Prozentsätze wesentlich niedriger. Der Zustimmungszuwachs für das früher eher nur am Rande interessierende Thema wurde als Ergebnis der zunehmenden politischen Krisenprozesse in der Dritten Welt gedeutet. Wachsende Publizität brachten der Entwicklungspolitik nach der Ölkrise der Jahre 1973/74 vor allem die Iran- und die Eingreifen der Sowjetunion in Afghanistan ein. Die damit verbundenen Positionsverluste des Westens haben dazu beigetragen, daß das Thema Entwicklungspolitik in der Bundesrepublik in einem Ausmaß wie seit Ende der 60er Jahre nicht mehr unter explizit sicherheitspolitischen Gesichtspunkten und Überlegungen diskutiert wird.

Da die etablierten Parteien in Wahlkampfzeiten ihre Differenzen besonders stark in den Vordergrund zu stellen pflegen, ist es sinnvoll, sich zunächst ihre Gemeinsamkeiten

klarzumachen.

Es war der gegenwärtige Entwicklungsminister Rainer Offergeld, der in letzter Zeit bei verschiedenen Anlässen einen entwicklungspolitischen Grundkonsens konstatierte. Auch Uwe Holtz, entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, stellte in Auswertung eines Hearings über „Nord-Süd-Verflechtung“ befriedigt „so etwas wie einen Grundkonsens der im Bundestag vertretenen politischen Parteien“ fest.¹

Neokolonialistischer Grundkonsens der etablierten Parteien

Selbst Jürgen Todenhöfer, entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, sah einmal – nämlich kurze Zeit nach dem Rücktritt Erhard Epplers – die Positionen der Parteien enger beisammen liegen, als er jetzt wahrhaben will. Damals vertrat er die Ansicht, „die Bundesregierung betreibe gegenwärtig ‚zumindest verbal‘ die Entwicklungspolitik der CDU ... Mit allem, was Bahr (damals

Entwicklungsminister) bisher getan habe, folge er den Vorstellungen der Union; er sei in der Entwicklungspolitik ein ‚wirksamer Vertreter von CDU-Positionen‘ und ein ‚guter CDU-Öffentlichkeitsarbeiter‘.² Überblickt man die Entwicklungspolitik der sozialliberalen Koalition seit dieser Zeit, so bedarf es schon einiger intellektueller Verrenkungen, um festzustellen, daß sich an dem zu jener Zeit vollzogenen Konzeptionswechsel etwas Substantielles geändert habe.

Worin besteht nun dieser Grundkonsens? Er besteht im wahrsten Sinne des Wortes im Grundsätzlichen:

- Alle etablierten Parteien bekennen sich dazu, daß es notwendig sei, die Entwicklungsländer in das System der Weltwirtschaft und der internationalen Arbeitsteilung zu integrieren, wobei in der Regel vorausgesetzt wird, daß es sich um ein kapitalistisches System handelt, wenn auch – in unterschiedlicher Abstufung – gewisse Modifikationen an diesem System für notwendig gehalten werden, um das Integrationsziel besser als in der Vergangenheit realisieren zu können.

- Alle etablierten Parteien verfechten demzufolge zumindest theoretisch einen rigorosen Welthandelsliberalismus, der – wengleich die Praxis oft anders aussieht – auf die Stärkung der Weltmarktposition der BRD gerichtet ist bzw. deren starker Weltmarktposition entspricht. Angestrebt wird über den Hebel des Handels eine solche Modifikation der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung, bei der sich entwickelte kapitalistische Länder wie die BRD auf hochtechnologische Güter spezialisieren sollen, während die Länder der Dritten Welt auf die Produktion „ausgereifter“ Massenwaren, die lohnintensiv und rohstoffintensiv hergestellt werden können, verwiesen werden. Am Ende dieser Entwicklung wird die Fortschreibung der neokolonialen Abhängigkeit der Entwicklungsländer auf technologischer Grundlage stehen, wenn dieses Konzept nicht von fortschrittlichen Kräften aus der Dritten Welt durchkreuzt wird.

- Keine der etablierten Parteien erhebt prinzipielle Einwände gegen die Direktinvestitionen der internationalen Monopole in den Entwicklungsländern, denen – wengleich an unterschiedliche Bedingungen geknüpft – grundsätzlich ein „positiver Entwicklungsbeitrag“ unterstellt wird. Infolgedessen streiten die bürgerlichen Parteien in der Regel darum, welches die besten Instrumente sind, um die private Kapitalexpansion der BRD in die Dritte Welt staatlich zu fördern.

- Bei aller notwendigen Differenzierung sehen alle etablierten Parteien von einem interessenfixierten Standpunkt aus die staatliche Entwicklungshilfe auch als Instrument der Systemauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Neben der Schaffung von infrastrukturellen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für die Integration der Entwicklungsländer in die kapitalistische Weltwirtschaft und für das Wirken der internationalen Monopole kommt der Entwicklungshilfe die Funktion zu, gesellschaftliche Prozesse in der Dritten Welt zu beeinflussen, um deren Hinwendung zum Sozialismus zu verhindern.

Alle etablierten Parteien fordern deshalb besonders in der gegenwärtigen „Weltkrise“ eine merkliche Erhöhung der staatlichen Gelder für die Entwicklungshilfe.

Differenzen tun sich freilich immer dann auf, wenn es um die Wege, Methoden und Mittel zur Erreichung dieser strategischen Hauptziele geht. Die sekundäre Rolle dieser Meinungsverschiedenheiten wird oft deshalb nicht deutlich, weil sich die Kontrahenten in der Regel vorwerfen, die von der Gegenseite vorgeschlagenen Instrumente führten in letzter Konsequenz dazu, den Bestand des ganzen Systems zu gefährden.

Daß es in der Tat so etwas gibt wie einen „Ziel-Mittel-Konflikt“, liegt indessen eher darin begründet, daß die neokolo-

nialistische Entwicklungspolitik Systemsicherungspolitik unter welthistorischen Bedingungen betreiben muß, da der Imperialismus in zunehmendem Maße gezwungen ist, auf die traditionellen Mittel seiner Machtabsicherung zu verzichten und die aus dieser Situation heraus notwendigen Anpassungsschritte in der Regel bereits Zugeständnisse an die nationale Befreiungsbewegung und das veränderte Kräfteverhältnis enthalten.

Gegenwärtig – so z.B. bei der letzten entwicklungspolitischen Debatte des Bundestages am 25. April 1980 – konzentriert sich der Streit zwischen den etablierten Bonner Parteien insbesondere auf die Frage, in welchem Ausmaß die Entwicklungspolitik für die Durchsetzung allgemeiner politischer Ziele funktionalisiert werden darf, wie sie sich in das Gesamtsystem der Außenbeziehungen der Bundesrepublik einordnet. Erstmals auf dem entwicklungspolitischen Kongreß der Kirchen im Januar 1979 hat Rainer Offergeld wieder deutlich ausgesprochen, daß Entwicklungspolitik „auch Außenpolitik“ und „auch globale Sicherheitspolitik“ ist.

Streit um den besten Mitteleinsatz zwischen SPD/FDP und CDU/CSU

In der entwicklungspolitischen Debatte des Bundestags zu Beginn dieses Jahres, die ganz im Zeichen der sog. Afghanistan- und Irankrise stand, wurden die Akzente von allen Parteiensprechern dann deutlicher gesetzt: Während J. Todenhöfer erklärte, ohne politischen Einfluß in der Dritten Welt sei westliche Interessenwahrung nicht möglich und für die „deutsche Außenpolitik und Entwicklungspolitik eine große entwicklungspolitische, aber auch sicherheitspolitische (!) Herausforderung“ sah, brachte Außenminister Hans Dietrich Genscher (FDP) das Kunststück fertig, im gleichen Atemzug zu erklären, die Bundesregierung verfolge „keine macht- und einflußpolitischen Ziele“, ihr gehe es aber darum, die Region (gemeint war Afrika) wirtschaftlich und politisch zu „stabilisieren“.³

Es versteht sich freilich fast von selbst, daß derartige Stabilisierungsversuche immer auf die Absicherung der westlichen Positionen gerichtet sind, Stabilisierung also in kapitalistischer Richtung betrieben wird. Das Paradebeispiel aus der jüngsten Zeit – die Türkei- und Pakistanhilfe der Bundesregierung (die von der Opposition voll mitgetragen wird) – zeigt, daß es hier um nichts anderes geht als um die (notfalls auch militärische) Absicherung strategischer Eckpfeiler des NATO-Bündnissystems gegen revolutionäre Prozesse in der Dritten Welt.⁴

Nun wäre es falsch zu übersehen, daß sich die Entwicklungspolitik gemeinhin nicht auf derartige konterrevolutionäre Feuerwehreaktionen beschränkt, sondern eher um die langfristige Durchsetzung von Systemsicherungsinteressen bemüht ist. In diesem Kontext haben in jüngster Zeit vor allem Sozialdemokraten wie Egon Bahr und Uwe Holtz vor der Illusion gewarnt, „mit Waffen lasse sich jedes Regime stabilisieren, wenn es sich nur antikommunistisch nenne“.⁵

Diese realistischere Sicht betrachtet „Sicherheitspolitik“ vor allem unter gesellschafts-, wirtschafts- und sozialpolitischen Gesichtspunkten. So sei es Aufgabe einer neu zu überdenkenden Entwicklungspolitik, die sich als „Friedenspolitik“ begreifen müsse, durch soziale Reformen langfristig die Voraussetzungen für die Entschärfung von Klassengegensätzen und sozialen Konflikten in den Entwicklungsländern zu schaffen. Vor diesem Hintergrund wird z.B. in dem jetzt von der Bundesregierung vorgelegten „Grundlinienpapier“ für die Entwicklungspolitik der 80er Jahre gefordert, die Entwicklungshilfe zukünftig auf jene Länder der Dritten Welt zu konzentrieren, deren Regierungen eine sozialreformistische Politik betreiben.



Enge Beziehungen zu Südafrikas Rassenregime pflegten Opposition wie sozialliberale Bundesregierung, letztere zeichnet für die militärisch-atomare Kollaboration verantwortlich. Hier die Begegnung Schmidt – Vorster 1976.

Wenn dies bedeutete, daß die Bundesregierung in Zukunft Abstand nähme von der Unterstützung reaktionärer und faschistischer Regimes in der Dritten Welt, so könnte man dies als Fortschritt betrachten. Freilich ändert auch eine solche Neuinterpretation des Zusammenhangs von „Sicherheitspolitik“ und Entwicklungspolitik nichts daran, daß die dahinter stehende Grundabsicht auf die Durchsetzung der Systeminteressen der Bundesrepublik gerichtet ist.

Es spricht sicher für einen tiefsitzenden Irrationalismus, wenn Leute wie F.J. Strauß und J. Todenhöfer hinter solchen Vorstellungen sogleich ein „Bündnis“ der Bundesregierung mit „kommunistischen“ Regierungen in der Dritten Welt wittern. Ebenso sind sie nicht in der Lage zu begreifen, daß die Orientierung von SPD und FDP auf die partielle Zusammenarbeit mit Befreiungsbewegungen (vor allem im Südlichen Afrika) – so duldet die Bundesregierung Bonner Vertretungsbüros der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und nun offenbar auch des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) Südafrikas – lediglich die Konsequenz aus den Fehlern der Vergangenheit ist, die der westdeutschen Regierung regelmäßig alle Möglichkeiten des ideologischen Einflusses auf die Befreiungsbewegungen verbaut hat. Es wäre aber völlig verkehrt, die aktuelle Gefährlichkeit der CDU/CSU wegen ihrer Kurzsichtigkeit bei der Verfolgung der Interessen des westdeutschen Imperialismus zu verharmlosen. In ihren Thesen zur Entwicklungspolitik vom 3. Januar 1980 fordert die CDU eine Zwei-Wege-Strategie: Wie die Bundesregierung will sie die Entwicklungshilfegelder auf die ärmsten Länder der Dritten Welt konzentrieren, in denen erst die Voraussetzungen für ihre längerfristige Integration in die kapitalistische Weltwirtschaft geschaffen werden müssen. Daneben sollen aber ebenso – unter den wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern – schwerpunktmäßig die westlich orientierten und verbündeten Staaten bei der Mittelvergabe bevorzugt unterstützt werden. In der Regel handelt es sich hierbei um reaktionäre Regimes von der übelsten und widerwärtigsten Sorte.

Bei der Beobachtung der entwicklungspolitischen Szene – wie in anderen Bereichen auch stößt man auf ein eigenartiges Paradoxon, das die Glaubwürdigkeit der etablierten Parteien beträchtlich in Frage stellt. Bekannt ist, daß die FDP in der Regel dazu herhalten muß, wenn die SPD-Führung die Parteibasis von der Unmöglichkeit der Durchsetzbarkeit bestimmter – an sich begrüßenswerter – Forderungen überzeugen will.

In Sachen Entwicklungspolitik haben nun aber beide Parlamentsfraktionen – sowohl SPD als auch FDP – Anfang 1980 einen Beschluß gefaßt, in dem die eben aus Politikern beider Parteien zusammengesetzte Bundesregierung dazu

aufgefordert wird, entsprechend den Empfehlungen des Brandt-Berichts (siehe Beitrag in diesem Heft) einen verbindlichen Stufenplan zur Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 0,7% des Bruttosozialproduktes bis zum Jahre 1985 zu beschließen, was von den Entwicklungsländern seit langem gefordert wird. In dem jetzt von R. Offergeld und dem Kabinett vorgelegten „Grundlinienpapier“ findet sich jedoch wieder nur die unverbindliche Willenserklärung, dies sobald wie möglich zu tun.

Daran zeigt sich nicht nur die bis an den Anfang der bundesdeutschen Geschichte zurückzufolgende Aushöhlung der demokratischen Funktionen des Parlaments generell, sondern die schlichte Tatsache, daß die weitsichtigen sozialreformerischen Integrationsziele der Entwicklungspolitik immer wieder einem kurzfristigen finanziellen Krisenmanagement geopfert werden.

Viele Linke halten in der gegenwärtigen Situation – bestärkt durch den Ausgang einiger Landtagswahlen in der letzten Zeit – die Grünen für eine Alternative, um eine Bremsche in das herrschende Parteienkartell zu schlagen. Andere halten daran fest, daß lediglich ein Kräftezuwachs für eine marxistische Arbeiterpartei, wie sie in der Bundesrepublik von der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) repräsentiert wird, eine grundsätzliche Veränderung des politischen Kurses herbeiführen kann.

Die Grünen sahen sich zum erstenmal auf ihrem Saarbrücker Bundesparteitag im März 1980 vor die Notwendigkeit gestellt, programmatische Vorstellungen zur Entwicklungspolitik zu entwickeln. In ihrem Programm finden sich viele radikale Einzelforderungen, die berechtigte Anliegen der demokratischen Bewegung aufgreifen, z.B. gegen „Rohstoffraubkriege aus denen eines Tages der Dritte Weltkrieg entstehen kann“, gegen militärische Interventionen in der Dritten Welt, gegen die Kollaboration der BRD mit rassistischen und faschistischen Regimes usw.

Jedoch zeigt sich bei der Entwicklungspolitik möglicherweise am deutlichsten, welche Konsequenzen eine verengte ökologische Herangehensweise haben kann. So findet sich dort der überaus charakteristische Satz: „Erst wenn die Industriestaaten auf ihre ständige industrielle Expansion verzichten, können sie ein neues Verhältnis zu den Ländern der ‚Dritten Welt‘ gewinnen.“ Berechtigt ist sicher das Plädoyer gegen ein „Wachstum um jeden Preis“, dessen Begleitscheinung z.B. in Brasilien eine ungeheure Verschärfung des Massenelends gewesen ist. Äußerst problematisch ist es je-



doch, wenn derartige Erscheinungen — wie z.B. auch der Raubbau der internationalen Monopole an den natürlichen Ressourcen der Dritten Welt — auf die „industrielle Expansion“ an sich zurückgeführt werden. Dies führt konsequenterweise dazu, daß der unter dem Oberziel der Profitmaximierung organisierte und dem Wesen nach kapitalistische Expansionszug bestenfalls zu einem zweitrangigen Problem wird.

Gibt es Alternativen?

Es kommt dann zu einer außerordentlich widersprüchlichen und letztlich illusorischen Sicht: „Private Investitionen in unterentwickelt gehaltenen Ländern,“ heißt es im Bundesprogramm der Grünen, „müssen daran gemessen werden, ob sie dem Entwicklungsland wirklich helfen. Dabei muß der wirtschaftliche Gesichtspunkt den ökologischen und sozialen Grundsätzen untergeordnet werden.“⁶ Daß die Aktionsparameter der internationalen Konzerne aber prinzipiell sozialen und auch ökologischen Kriterien widersprechen, ist jedoch fast schon eine Binsenweisheit der fortschrittlichen entwicklungspolitischen Diskussion der letzten Jahre.

Der — wie mir scheint — gravierendste Einwand, der aus entwicklungspolitischer Sicht gegen eine mit prinzipiellem Antiindustrialismus und Antitechnizismus gepaarte „ökologische Position“ erhoben werden kann, ergibt sich aus der nüchternen Berechnung dessen, was heute weltweit an Produktionssteigerung notwendig ist, um die dringendsten Massenbedürfnisse wie Nahrungsmittel, Kleidung, Wohnen usw. tatsächlich befriedigen zu können. Mit der (übrigens nicht nur von den Grünen, sondern auch den Regierungsparteien geforderten) forcierten Förderung von „Kleinprojekten“ wird dies nicht zu erreichen sein.

Realistischer und auch zugleich gegen den Grundcharakter neokolonialistischer Politik gerichtet ist hier die Kernforderung der DKP nach der Herstellung von Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Entwicklungsländern auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils. In ihrem Programm heißt es: „Die DKP verurteilt entschieden alle Spielarten des Neokolonialismus. Sie strebt gleichberechtigte Beziehungen zu den national befreiten Ländern an. Sie fordert eine solche Entwicklungshilfe, die den Entwicklungsländern die Überwindung der vom Imperialismus verschuldeten ökonomischen Rückständigkeit erleichtert. Die DKP wirkt für die antiimperialistische Solidarität des arbeitenden Volkes der Bundesrepublik mit den nationalen Befreiungsbewegungen.“⁷

Die DKP ist die einzige Partei in der Bundesrepublik, deren Konzept auf die gemeinsamen Interessen der Mehrheit der Bevölkerung hiezulande, besonders der Arbeiterklasse, und der Unterdrückten in den Entwicklungsländern abstellt, die sich mit demselben Gegner, den internationalen Konzernen und ihren politischen Wortführern konfrontiert sehen. So lenkte sie in der jüngsten Iran- und Afghanistankrise die Aufmerksamkeit darauf, daß — so der DKP-Vorsitzende Herbert Mies — „jede Mark, die der türkischen oder der pakistanischen Reaktion zugeschoben wird, bei der Befriedigung der sozialen Bedürfnisse unseres Volkes fehlt. Und man möge sich nicht wundern, wenn die Völker dieser Länder eines Tages Rechenschaft dafür fordern werden, daß es auch Gelder aus der Bundesrepublik waren, die die Lebenszeit ihrer Peiniger und Ausbeuter verlängert haben.“⁸

Zur Alternative wird die Politik der DKP vor allem dadurch, daß sie nicht nur Deklarationen abgibt, sondern Aktionen für die Durchsetzung ihrer Forderungen initiiert und durchführt. So ist die DKP seit ihrer Neukonstituierung 1968 ein aktiver und mobilisierender Faktor innerhalb der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung zu Vietnam, Chile, Südafri-

ka, Palästina u.a., wo sie — u.a. im Rahmen des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK, gegründet 1973) — gleichberechtigt mit Sozialdemokraten, fortschrittlichen Liberalen und Christen zusammenarbeitet. Zahlreiche Zugeständnisse, die die Bundesregierung an die nationalen Befreiungsbewegungen machen mußte, sind auch Ergebnis des politischen Drucks, den außerparlamentarische Massenaktionen entfaltet haben, z.B. die Ausweisung des faschistischen Henkers Ackerknecht nach Chile oder die Zustimmung der Bundesregierung zu einem Waffenembargo gegen das südafrikanische Apartheidregime in der UNO.

Auch dies ist Entwicklungspolitik. Denn es trägt dazu bei, daß in den Ländern der Dritten Welt solche Kräfte an die politische Macht gelangen, deren Programm für eine konsequente Beseitigung neokolonialer Abhängigkeit und Ausbeutung, für die Durchsetzung der elementaren Lebensinteressen ihrer Völker steht.

Anmerkungen:

- 1) Entwicklung und Zusammenarbeit (E+Z), Nr. 5/1980, S.12
- 2) Süddeutsche Zeitung, 17.10.1974
- 3) Zitate nach: Entwicklung — Gerechtigkeit — Frieden. Dokumentation des entwicklungspolitischen Kongresses. Kirchen im Gespräch mit Parteien und gesellschaftlichen Gruppen, München 1979, S. 362; Deutscher Bundestag, Drucksache 8/3463, 4.12.1979; Deutscher Bundestag, Protokoll 8/197, 18.1.1980
- 4) Vgl. die Beiträge zur Carter-Doktrin und den Differenzen bzw. Gemeinsamkeiten USA-Westeuropa in: AIB, Nr. 3/1980 und 7-8/1980, jeweils S. 4 ff.
- 5) Der Überblick, Nr. 1/1980, S. 62
- 6) Die Grünen: Das Bundesprogramm, o.O., o.J., S. 20
- 7) Protokoll des Mannheimer Parteitages der Deutschen Kommunistischen Partei. Für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt, 20.-22. Oktober 1978, Neuss, o.J., S. 245
- 8) UZ-Extra: Bundeswahlkongreß der DKP, Köln-Mülheim, 19. April 1980, Eigenbeilage der UZ, Nr. 100/1980, 29.4.1980, S. 11



F. J. Strauß und die Weltpolitik der CDU/CSU

AIB-Sonderheft 1/80

Unser Beitrag zur Kampagne „Stopp Strauß!“

Hauptbeiträge:

Reinhard Kühnl, Konzeption und Funktion des F. J. Strauß
 ● Rainer Falk, Weltpolitik und Entwicklungspolitik der CDU/CSU
 ● Jürgen Ostrowsky, Kontinuität imperialer Afrikapolitik
 ● José Soto, CDU/CSU — Stütze der chilenischen Militärjunta
 ● Jürgen Reusch, F. J. Strauß und die „chinesische Karte“
 ● Jutta von Freyberg, „Orkan der Barmherzigkeit“ gegen Vietnam

Dokumentarisches: Strauß über Weltpolitik, Pinochet, Anti-Apartheid-Jahr, die „Freunde in Togo“, Hua Guo-feng; Todenhöfer über US-Eingreiftruppe und Ölkrieg; Konrad-Adenauer-Stiftung und Hanns-Seidel-Stiftung

Das Sonderheft hat 44 Seiten und kostet 2,-DM. Bestellen Sie, bevor die Startauflage vergriffen ist! Benutzen Sie die Bestellkarte in der Mitte dieses Heftes!

Das Vermächtnis Gamal Abdel Nassers

Am 1. Oktober 1970 gaben in Kairo 10 Mio Ägypter (nahezu 1/3 der Gesamtbevölkerung) Gamal Abdel Nasser das letzte Geleit. Niemals zuvor hatte es in dem Nilland eine vergleichbare Demonstration gegeben. Als Präsident Nasser am 28. September 1970 an Herzversagen starb, war dies nicht nur ein herber Verlust für das ägyptische Volk, sondern ebenso für die arabische und afroasiatische Befreiungsbewegung.

Geboren am 15. Januar 1918 in Bani-Mur, einem mittellägyptischen Dorf nahe der Stadt Asyut, wuchs G.A. Nasser als Sohn eines Postbeamten in einer bäuerlichen Großfamilie auf. Nach seinem Schulabschluß (1936) wurde er im März 1937 in die Militärschule aufgenommen. Es war die Zeit, als die königliche Regierung Ägyptens in einem Abkommen der alten Kolonialmacht Großbritannien die weitere Stationierung britischer Truppen zugestand und als erstmals Offizierskader, die aus der städtischen Mittelschicht bzw. der Bauernschaft stammten, in die ägyptische Armee Einzug hielten. Aus ihnen rekrutierte sich in den 30er/40er Jahren eine militärische Opposition, die bis 1952 als patriotische Geheimorganisation der „Freien Offiziere“ auf etwa 1.000 Mann angewachsen war. Unter Führung von Gamal Abdel Nasser, Abdel Hakim Amer, Hussein asch-Schafi, Anwar al-Sadat, Khaled und Zakaria Mohieddin stürzten sie im Juli 1952 den britischen König Faruk und proklamierten im Juni 1953 die Republik. Oberst G.A. Nasser wurde 1954 Ministerpräsident, 1956 Staatspräsident des neuen Ägypten.

Die „Freien Offiziere“ hatten aus der Unzufriedenheit mit der britischen Vorherrschaft, der Willkür des Königshauses und der arabischen Niederlage im 1. Nahostkrieg 1948/49 heraus gehandelt. In ihren am 23. Juli 1952 bekannt gegebenen Aktionszielen standen daher auch die Beseitigung der Fremdherrschaft, des Großgrundbesitzes, der Dominanz des Kapitals über die Regierung, die Schaffung einer starken nationalen Armee und die Realisierung sozialer Gerechtigkeit obenan. Zu ihren Erstmaßnahmen gehörten eine antif feudale Bodenreform (1952) und die Durchsetzung eines ägyptisch-britischen Abkommens im Oktober 1954, in dem sich London zur völligen Evakuierung seiner Truppen bis zum Juni 1956 verpflichtete. Bis Anfang der 60er Jahre verfocht G.A. Nasser den Weg einer „geleiteten“ kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung dann erhob er mit der Charta der Nationalen Aktion im Mai 1962 eine sozialistische Orientierung zur Leitlinie – es war das erste sozialrevolutionäre Regierungsprogramm mit sozialistischem Ziel im arabischen Raum.

Dem damit verbundenen Angriff auf die Positionen der einheimi-

chen Bourgeoisie, d.h. ersten antikapitalistischen Maßnahmen, war ein antiimperialistischer Radikalisierungsprozeß der Regierung Nasser vorausgegangen. Mitte der 50er Jahre widersetzte er sich der Einbeziehung Ägyptens bzw. der arabischen Welt in ein angloamerikanisches Militärpakt-Projekt, das sich gegen die Sowjetunion richtete. Das einzige arabische Regime, das 1955 dem Bagdadpakt (ab 1959 CENTO) beitrug, nämlich das des irakischen Monarchen Faisal, wurde 1958 von nasseristisch-baathistischen Militärs gestürzt.

G.A. Nasser zählte folgerichtig zu den Gründern der Bewegung der Nichtpaktgebundenen, die sich im April 1955 in Bandung (Indonesien) und im September 1961 in Belgrad (Jugoslawien) eine Politik der friedlichen Koexistenz und der Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen zu eigen machte. Ägyptens aktive Neutralitätspolitik schloß damals ein Waffenlieferungsabkommen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Lager ebenso ein wie die Hilfe für die Befreiungsbewegungen Algeriens oder des Jemen, die den bewaffneten Kampf gegen die Kolonialmächte Frankreich und England aufnahmen. Die Regierung Nasser war es auch, die mit der Vereinigung Ägyptens und Syriens zur Vereinigten Arabischen Republik (1958-61) zum ersten Mal die Idee der arabischen Einheit umzusetzen suchte und die den Panarabismus mit antiimperialistischen Vorzeichen versah.

Symbolfigur des arabischen Befreiungskampfes

Als Präsident Nasser im Juli 1956 die Rücknahme westlicher Kreditzusagen für den Assuan-Staudamm mit der Nationalisierung des größten Wirtschaftsunternehmens Ägyptens, der anglofranzösischen Suezkanal-Gesellschaft beantwortete, suchten die Westmächte „Nasser mit Gewalt zur Vernunft zu bringen“ (A. Eden). Der von Israel, Großbritannien und Frankreich im Oktober/November 1956 eröffnete Suezkrieg vermochte Ägypten jedoch nicht in die Knie zu zwingen. Vielmehr forcierte die Regierung Nasser den Nationalisierungsprozeß (1957 ausländische Banken und Versicherungsgesellschaften) und stieg G.A. Nasser zu der Führungspersonlichkeit bzw. Symbolfigur des arabischen Unabhängigkeitskampfes auf.

In der Stunde der bittersten Niederlage, dem Sieg Israels im Eroberungskrieg vom 5.-10. Juni 1967 gegen Ägypten, Syrien und Jordanien, übernahm Gamal Abdel Nasser die volle Verantwortung und teilte dem ägyptischen Volk seinen Entscheid mit, „alle offiziellen Ämter... aufzugeben und in die Reihen der Massen zurückzukehren“. Doch Millionen Ägypter gingen unter der Losung „Kein anderer Führer als Gamal!“ auf die Straße. Sie bewogen Präsident Nasser, seinen Entschluß rückgängig zu machen und „an der Stelle zu bleiben, wo das Volk mich haben will, bis wir gemeinsam die Spuren der Aggression beseitigt haben“. Die Rückgewinnung der okkupierten Gebiete und die Vertiefung der sozialen Veränderungen gab G.A. Nasser im März-Manifest 1968 als Hauptorientierungspunkte an. Sein früher Tod im Alter von 52 Jahren aber vereitelte dieses Unterfangen.

G.A. Nassers Nachfolger Anwar al-Sadat ebnete mit der Ausschaltung des linksnasseristischen Flügels der Einheitspartei Arabische Sozialistische Union (ASU) im Mai 1971 der ägyptischen Bourgeoisie die Rückkehr an die Macht. Die ASU, von Präsident Nasser 1962 mit der Funktion einer „sozialistischen Avantgarde“ bedacht, wurde ihrer Orientierung beraubt, der revolutionäre Prozeß demontiert.

G.A. Nasser selbst hatte noch die Schwäche der ASU bemängelt, eine effektive Massenmobilisierung und größere Rolle der Werktätigen in der Produktionssphäre bzw. innerhalb der Machtorgane zu realisieren. „Es gibt“, so konstatierte er 1965, „gegenwärtig in unserem Lande zwei Parteien, die ASU und eine illegale, nicht konstituierte Partei der Reaktion. Ihre Mitglieder kennen sich gut, und ihre Macht ist sogar besser organisiert als die der ASU.“ 1968/69 erklärte die Regierung Nasser, die ASU habe sich von den Massen entfernt, ihre Reorganisation und die „Stärkung ihrer werktätigen Kräfte des Volkes“ sei vonnöten. Doch eben dies vermochte die von A. Sadat angeführte „nicht konstituierte Partei der Reaktion“ zu unterlaufen, um schließlich die kapitalistische Restauration und eine prowestliche „Öffnung“ Ägyptens zu inszenieren.

Das Vermächtnis Gamal Abdel Nassers aber ist lebendig geblieben. Die Gründer der Ägyptischen Nationalen Front haben es im April 1980 (Gründungserklärung in AIB 6/1980) wieder aufgegriffen.

W. Bröner



Schwarzafrika



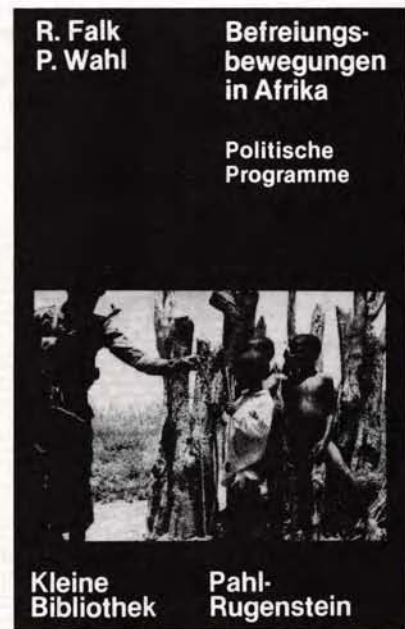
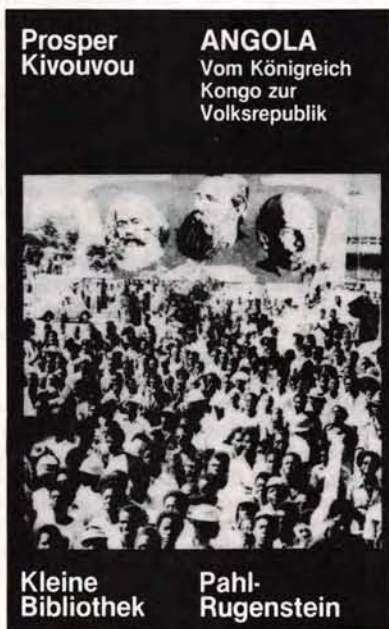
Band 1: Thea Büttner, Afrika von den Anfängen bis zur territorialen Aufteilung durch die Kolonialmächte. 372 Seiten, DM 14,80

Band 2: Heinrich Loth, Afrika unter Kolonialherrschaft und die Formierung der antikolonialen Kräfte (1884—1945). 297 Seiten, DM 14,80

Kleine Bibliothek Band 125
161 Seiten, DM 12,80

Kleine Bibliothek Band 186
219 Seiten, DM 12,80

Vier Bände:
Kleine Bibliothek 155—158
Bände 3 und 4 erscheinen 1981



Mit Illustrationen und Karten
Kleine Bibliothek Band 196
272 Seiten, DM 14,80

Kleine Bibliothek Band 204
Ca. 400 Seiten, DM 14,80

Kleine Bibliothek Band 205
Ca. 240 Seiten, DM 14,80

Pahl-Rugenstein

Gottesweg 54 · 5000 Köln 51

Telefon (02 21) 36 40 51

Palästina/Israel

Am 30. Juli 1980 billigte die israelische Knesset (Parlament) mit 69:15 Stimmen ein Gesetz, das Jerusalem kurzum zur „ewigen und unteilbaren“ Hauptstadt Israels erklärt. Ministerpräsident Menachim Begin kündigte gleichzeitig die baldige Verlagerung seines Amtssitzes in den arabischen Ostteil Jerusalems an, der im Junikrieg 1967 von Israel erobert worden war.

Der Knesset-Entscheid war als dreiste Provokation der Vereinten Nationen angelegt. Denn erst am Vortag, dem 29.7.1980, hatte die UN-Vollversammlung mit 112:7 Stimmen (Gegenstimmen: USA, Israel, Kanada, Australien, Norwegen, Guatemala, Dominikanische Republik) bei Enthaltung der EG-Neun eine Resolution verabschiedet, die die nationale Rechte des arabischen Volkes Palästinas bekräftigte, das Recht auf einen eigenen Staat und Rückkehr unbegriffen. In dieser Resolution wurde Israel ultimativ aufgefordert, bis zum 15. November 1980 mit dem Truppenabzug aus den okkupierten arabischen Territorien einschließlich Ostjerusalems (es gilt als Bestandteil des palästinensischen Westjordanlandes) zu beginnen.

Die arabischen Staaten beantragten Anfang August d.J. eine UN-Sicherheits-Tagung, auf der diese israelische Ostjerusalem-Annexion verurteilt sowie Sanktionen gegen Israel und die es weiter unterstützenden Staaten beschlossen werden sollten. Selbst das ägyptische Sadat-Regime sieht im Falle einer Nichtrücknahme des Jerusalem-Gesetzes eine Fortführung der Separatverhandlungen mit Israel als „praktisch unmöglich“ an.

Algerien

Vom 15.-19. Juni d.J. fand in Algier ein außerordentlicher Kongreß der Nationalen Befreiungsfront Algerien (FLN) statt. Unter dem Motto „Für ein besseres Leben“ trafen sich ca. 3.000 Delegierte aus den Reihen der Militärs und verschiedener Massenorganisationen, um die vergangene Dekade zu bilanzieren und einen neuen Fünfjahresplan (1980-84) zu verabschieden. Das Schwergewicht dieses gemäß den Prinzipien der Nationalcharta von 1976 (vgl. AIB, Nr. 1/1977, S. 19-24) entworfenen Planes liegt auf der Entwicklung der Landwirtschaft und der Bewässerungstechnik. Außerdem sollen Verbesserun-

gen im sekundären Sektor und im sozialen Bereich wie dem Wohnungsbau, dem Gesundheitswesen, der Lebensmittelversorgung, der Erziehung und der Bildung erzielt werden.

Zum Schluß der fünftägigen Beratungen wurde ein neues Statut der FLN verabschiedet (u.a. Reduzierung der Mitglieder im Politbüro) und mehrere Resolutionen zur wirtschaftlichen und sozialpolitischen Entwicklung des Landes angenommen. In der allgemeinen politischen Resolution sprach sich der Kongreß für eine Fortsetzung der sozialistischen Umgestaltung Algeriens unter Präsident Chadli aus und verurteilte die entwicklungsfeindliche Politik des Westens (besonders in Fragen der Rohstoffpolitik). Auch bekundeten die Teilnehmer ihre Solidarität mit den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt und bekräftigten die Mitarbeit Algeriens in der OAU.

Südafrika-BRD

Daß Südafrika trotz des bindenden UN-Waffenembargos (Sicherheitsratsresolution 418 vom 4. November 1977) nach wie vor von seinen westlichen Verbündeten mit militärischem Gerät beliefert wurde, war ein offenes Geheimnis. Daß auch Firmen aus der BRD, und damit mittelbar die Bundesregierung, an diesem Bruch internationalen Rechts beteiligt waren und sind, enthüllen die Vorgänge um den Export einer Munitionsabfüllanlage der Firma Rheinmetall, Düsseldorf, die am 13. August d.J. von der Anti-Apartheid-Bewegung in einer Presseerklärung dargestellt wurden.

Diese Anlage ist Bestandteil eines NATO-Artilleriesystems (FH 70 bzw. GC 45), dessen Kanone aufgrund ihrer Reichweite von 32 km und ihres Kalibers (155 mm) auch nukleare Sprengsätze verschießen kann; sie gilt damit als taktische Atomwaffe. Geschützrohr und Granate wurden in den USA und Kanada von der Firma Space Research (SRC) entwickelt, der Verbindungen zum CIA nachgesagt werden. Lieferungen wurden zwischen der SRC-Filiale in Brüssel – wo seit 1978 auch Rheinmetall vorteilhafterweise eine Filiale unterhält – und der südafrikanischen Rüstungsbeschaffungsbehörde ARMSCOR u.a. bereits im April 1976 vereinbart. Weitere Beteiligte: die südafrikanische Firma Space International N.V., Amsterdam, die 20% an der SRC hält, sowie britische, belgische und holländische Unternehmen. In heimlichen Verladeaktionen gelangten die einzelnen Lieferungen statt in die offiziell angegebenen Empfängerländer nach Südafrika. Beteiligt hieran waren 1977 und 1978 auch der Frachter „Tugelaland“ der Hamburger Globus-Reederei (umgeladen wurde etwa in St. John's auf Antigua/Karibik und im brasilianischen Hafen Paranagua), sowie schließlich Techniker von Rheinmetall, die die Anlage in Südafrika montierten. Genehmigt wurde die Ausfuhr durch das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft in Eschborn/Ts.; als Empfängerland war Paraguay angegeben – eine Absurdität.

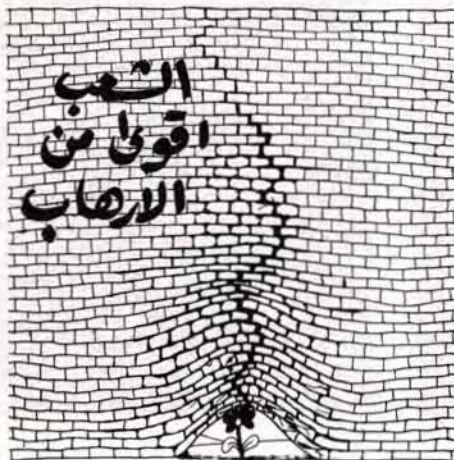
Was dem Waffengeschäft seine besondere Dimension gibt, ist allerdings, daß sich die Bestätigungen dafür summieren, daß Südafrika tatsächlich am 22. September 1979 eine kleinere Atom- oder eine Neutronenbombe gezündet hat. Das Rassistenregime hat stets bekundet, alle Mittel einzusetzen; erst am 29. Juni verurteilte der Sicherheitsrat Südafrika wegen seiner Aggressionen gegen Angola. Die Lieferung des zu Südafrika kleinen Bomben „passenden“ Artilleriesystems stellt die Beteiligung an der möglichen Vorbereitung eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit dar.

OAU-Westsahara

Die Gipfelkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), die Anfang Juli 1980 in Freetown, Sierra Leone, tagte, entging knapp einer Spaltung. Vor dem Hintergrund der militärischen Erfolge der Westsahara-Befreiungsfront POLISARIO hatte auch in der OAU die Zahl der Staaten zugenommen, die für die Anerkennung der POLISARIO bzw. der von ihr proklamierten Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) eintreten. Während der Konferenz wurde die satzungsmäßige Mehrheit von 26 OAU-Mitgliedern (von 50) erreicht, die die DARS zur Aufnahme befähigt hätte.

Nur die Drohung Marokkos sowie weiterer sieben Staaten (Ägypten, Elfenbeinküste, Kamerun, Senegal, Somalia, Sudan und Tunesien), aus der OAU auszutreten, verhinderte zunächst noch einmal diesen Schritt. Die Entscheidung wurde für drei Monate suspendiert. In der Zwischenzeit wurde der „Rat der Weisen“ (vgl. AIB, Nr. 10/1979) beauftragt, mit allen „betroffenen Parteien“ (so der Vorschlag von Senegals Präsident Senghor) den Dialog aufzunehmen.

Irak-Broschüre



Das irakische Volk ist stärker als jeder Terror

Die Vereinigung Irakischer Studenten (VIS) hat eine deutschsprachige Broschüre erstellt, in der die Menschenrechtsverletzungen und die Verfolgungspraktiken des irakischen Hussein-Regimes im In- und Ausland bilanziert werden. Sie werden mit Zeugenaussagen Gefolterter und Namenslisten von Opfern der Unterdrückungspolitik belegt.

Die Broschüre enthält Hinweise und Vorschläge für eigene Solidaritätsaktivitäten.

Umfang 24 Seiten, Preis 1,- DM zuzüglich Porto

Bestellungen an: AIB, Liebigstr. 45, 3550 Marburg 1

Äthiopien

„Wir befinden uns in der Phase der nationaldemokratischen Revolution und unternehmen große Anstrengungen, um die Grundlagen für den sozialistischen Aufbau zu schaffen“, so Mengistu Haile Mariam, Vorsitzender des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrates Äthiopiens (DERG), am 16.6.1980 in Addis Abeba auf dem 1. Kongreß der Kommission zur Organisierung der Partei der Werktätigen Äthiopiens (COPWE).

Die 1500 Kongreßdelegierten bestätigten das bei der COPWE-Gründung am 16.12.1979 gebildete Exekutivkomitee, das aus 7 DERG-Mitgliedern besteht, das Zentralkomitee mit 93 Mitgliedern und 30 Kandidaten sowie die regionalen Leitungen. Die Delegierten faßten Beschlüsse, die auf die Absicherung der Funktion der COPWE als politisch-revolutionäres Führungsorgan im Lande zielen. Zu den vorrangigsten Aufgaben zählte man die Verstärkung der marxistischen Bildungsarbeit, die auch mit dem neuen ZK-Organ Serto Ader (Der Werktätige), verwirklicht werden soll. Fehlten auf dem 1. COPWE-Kongreß noch „die notwendigen politischen, ideologischen und organisatorischen Voraussetzungen“ zur Parteigründung, so ist man seither vorangekommen: Am 17.7.1980 proklamierte der DERG die Gründung des Revolutionären Äthiopischen Frauenverbandes (REWA) und des Revolutionären Äthiopischen Jugendverbandes (REYA), als „Brücke zwischen der COPWE und den Werktätigen“ (Ethiopian Herald, Addis Abeba, 17.7.1980).

Neue Hebriden

Am 30. Juli 1980 wurden die Neuen Hebriden unter der Bezeichnung Republik Vanuatu selbständig. Das etwa 80 Inseln umfassende Archipel im Pazifik liegt östlich von Australien und Papua-Neuguinea. Seit 1906 war, nach langem Konkurrenzkampf, die Kolonialherrschaft gemeinsam von Frankreich und Großbritannien in der Form eines Kondominiums ausgeübt worden. Diese doppelte Kolonialherrschaft führte zu den Spannungen, mit denen die neue Republik heute kämpft.

Die anglophone Vanuaaku Partei, die vom heutigen Chefminister und presbyterianischen Priester Walter Lini geführt wird, erreichte bei den Parlamentswahlen im November 1979 26 von 39 Sitzen und trat für die sofortige Unabhängigkeit ein. Die frankophonen Parteien, die für eine verzögerte Entkolonialisierung eintraten, unterlagen. Unter der Führung des Mischlings Jimmy Stevens kam es deshalb auf den Inseln Espiritu Santo und Tann zu einer Rebellion und die Republik Vemarana wurde ausgerufen.

Hinter dieser Sezession, die die Angst der Eingeborenen vor einer Überfremdung durch die anglophonen Kräfte ausnutzt, stehen nicht nur die französischen Großgrundbesitzer auf Espiritu Santo, die 70% aller Plantagen von Vanuatu kontrollieren und um ihre Privilegien fürchten, sondern auch die französische Regierung, die ihren Einfluß behalten will. Der wichtigste Drahtzieher ist aber die Phoenix Foundation aus den USA, die Stevens unterstützt. Sie verfolgt das Ziel, ein „Paradies des freien Unternehmertums ohne Steuern und Regierungsdokumente“ zu schaffen. Ihre bisherigen Bemühungen, dies auf der Bahama-Insel Abaco oder durch die Sezession der Azoren zu erreichen, sind bisher fehlgeschlagen.

Ob die Regierung die Sezession unterbinden kann, ist noch fraglich. Die französischen und britischen Truppen, die nach Espiritu Santo geschickt wurden, hatten nichts gegen die Rebellion unternommen. Sie wurden am 18. August d.J. durch einheimische Polizeikräfte und Soldaten aus Papua-Neuguinea ersetzt, mit dem ein Verteidigungsabkommen geschlossen wurde.

Südkorea

Seit der blutigen Niederschlagung des Aufstandes von Kwangju im Mai d.J. (vgl. AIB, Nr. 7-8/1980, S. 42-43) haben sich die Hoffnungen der südkoreanischen Bevölkerung auf eine rasche Demokratisierung endgültig zerschlagen. Seit Mai d.J. hat es Militärdiktator General Chon Du Hwan (vormals Chef des Geheimdienstes KCIA), der seit dem 17.8.1980 Präsident ist, verstanden, seine militärfaschistische Herrschaft zu festigen und das Land gleichzuschalten. Nach dem Massenmord von Kwangju hat Chon Du Hwan eine großangelegte „soziale Säuberung“ zur „Ausrottung des sozialen Übels“ (Vorwärts, Basel, 14.8.1980) ausgerufen.

Im Zuge dieses Säuberungsfeldzuges wurden zwischen 17.000 und 30.000 Personen verhaftet. Damit einher ging die Entlassung von

8.600 Beamten, staatlichen Angestellten und Lehrern unter dem Vorwurf der Korruption und Unfähigkeit. Über 170 Zeitungen mußten ihr Erscheinen einstellen.

Einen weiteren Schlag führte Chon Du Hwan gegen den verhafteten Oppositionspolitiker Kim Dae Jung und weitere 23 Personen, die sich vor einem Militärgericht zu verantworten haben. Die 156 Seiten umfassende Anklageschrift wirft ihnen vor, sich zum Sturz der Regierung verschworen, den Volksaufstand von Kwangju angezettelt und mit nordkoreanischen Agenten zusammengearbeitet zu haben. Im Falle einer Verurteilung droht den Angeklagten aufgrund der Ausnahme Gesetze und des Antikommunismusgesetzes die Todesstrafe.

Kampuchea/Thailand

Die angeblichen Überfälle vietnamesischer Truppen von kampucheanischem Territorium aus auf Thailand im Juni/Juli d.J. bleiben Dauerbrenner im südostasiatischen Krisengebiet. Daß diese Überfälle erfunden sind, enthüllte in einem Bericht vom 22.7.1980 dpa-Korrespondent Wilderich Lochow, als er diesbezügliche thailändische Pressemeldungen untersuchte.

Dennoch lief und läuft die antivietnamesische Kampagne auf vollen Touren. Auf ihrer 13. Jahreskonferenz am 25./26.6.1980 beschlossen die ASEAN-Außenminister, den Dialog mit Hanoi auszusetzen, da nur noch massiver internationaler Druck Hanoi zum Einlenken zwingen könne. Anfang Juli d.J. gab nach Thailand auch ASEAN-Mitglied Malaysia den Entscheid bekannt, nunmehr beschleunigt die Streitkräfte aufzurüsten und sie in konventioneller Kriegsführung zu schulen. „Zwei Jahrzehnte gehörte es zum Glaubensbekenntnis malaysischer Außenpolitik, daß friedliche Koexistenz eine Frage der Verständigung und Kompromisse sei. Die Invasion der Vietnamesen in Kambodscha... belehrte die Malaysier eines Besseren“, so Premierminister Hussein Onn (Die Welt, 15.7.1980).

Neben China heizten allen voran die USA den Konflikt an, indem sie demonstrativ Thailand gegen Vietnam und Kampuchea mit Hautbitzen und Panzerabwehrkanonen aufrüsteten! Mehr noch teilte ein Sprecher des Weißen Hauses über ein Treffen zwischen J. Carter und dem chinesischen Parteivorsitzenden Hua Guo Feng am 10.7.1980 mit, daß der US-Präsident diesmal keine Warnung vor einer „zweiten Strafaktion“ an die chinesische Adresse gerichtet habe.

Frauenbewegung

Vom 14.-30. Juli d.J. tagte unter Beteiligung von Delegationen aus 130 Staaten in Kopenhagen die 2. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen. Ihr Motto: „Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden.“ Aufgabe der Konferenz war die Fortschreibung des 1975 auf der ersten UN-Frauenkonferenz in Mexiko-Stadt verabschiedeten Aktionsplans für die internationale Dekade der Frau (1976-1985) und die Bilanzierung der Entwicklung bis zur Halbzeit.

Seit 1976 konnten für die Frauen nur wenig Fortschritte erreicht werden: obwohl sie 1/3 der Arbeitskräfte stellen, verfügen sie über nur 10% des Welteinkommens; 2/3 der 700 Mio Analphabeten der Welt sind Frauen... UN-Generalsekretär Waldheim hatte bereits in der Eröffnungsansprache die zentrale Bedeutung des Weltfriedens als Grundvoraussetzung der ökonomischen, sozialen und politischen Emanzipation der Frauen betont. Beispielhaft war in dieser Hinsicht die Initiative der skandinavischen Frauen, die über 1/2 Mio Unterschriften für den Stopp des Wettübens und die Aufnahme sofortiger Abrüstungsverhandlungen vorgelegt hatten. Trotz des Versuchs einiger imperialistischer Staaten, politische Fragen aus den Konferenzthemen auszuklammern, waren etwa die Auswirkungen des Apartheidsystems auf die Lage der Frauen in Südafrika und Namibia sowie der israelischen Besatzung auf die Situation der Palästinenserinnen zentrale Diskussionsthemen, wurde dem Zusammenhänge von nationaler und sozialer Befreiungsbewegung und der Lage der Frau breiter Raum gewidmet.

Mehr als 5.000 Teilnehmerinnen demonstrierten gegen den Militärputsch in Bolivien und forderten die internationale Isolierung der faschistischen Meza-Junta. Mit 94 Ja- und nur 4 Gegenstimmen (USA, Kanada, Australien, Israel) wurde das erweiterte Aktionsprogramm beschlossen, das den entscheidenden Zusammenhang von Frieden und Entwicklung betont u.a. eindeutige Stellungnahmen zur Palästinafrage enthält.

AIB

Liebigstr. 46

3550 Marburg

Spiel mit dem Hunger in Ostafrika

Darstellungen von Flüchtlingseleid in Afrika und Asien sind seit einiger Zeit „in“. War es zunächst die Problematik der Vietnam-Flüchtlinge, so rückte in diesem Jahr besonders die Lage in Ostafrika („Horn von Afrika“), d.h. in Somalia und Äthiopien, in den Vordergrund. Danach sollen sich in Flüchtlingslagern auf somalischem Territorium zwischen 1 und 2 Mio Flüchtlinge aus Äthiopien unter katastrophalen Bedingungen aufhalten, bedroht von Hungertod, Krankheit und Seuchen.

Nun bestreitet niemand, daß eine große Anzahl – auch die UNO geht von über 1 Mio aus – Flüchtlinge in Somalia leben, noch daß rasche und intensive Hilfe notwendig ist. Ebenso wenig ist zu verkennen, daß seriöse humanitäre Hilfsorganisationen hier Beachtliches leisten und ihre Arbeit Unterstützung verdient. Umstände und Erscheinungen des Flüchtlingsproblems und seiner Behandlung in der BRD verdienen jedoch eine kritische Betrachtung. Allzu vieles hierbei erinnert an die Kampagnen, die mit den Flüchtlingen aus Vietnam sowie aus Afghanistan oder Kuba veranstaltet wurden und werden, wobei auffällt: es handelt sich jeweils um Länder, die eine sozialistische Orientierung verfolgen. Mit den Hunderttausenden Flüchtlingen aus dem rassistischen und prowestlichen vormaligen Rhodesien z.B., die unter kaum besseren Bedingungen und überdies den Massakern rhodesischer Truppen ausgesetzt in Mocambique und Sambia leben mußten, beschäftigte sich das humanitäre Gewissen der BRD-Medien nicht annähernd so ausführlich. Auch nicht mit dem Schicksal der Millionen vertriebenen Palästinenser...

Verschwiegene Ursachen: Dürrekatastrophe, somalischer Expansionismus...

Entsprechend werden die Gründe für die Massenflucht dargestellt: selten genug genannt, meistens verschwiegen, vor allem aber nie in ihrem wirklichen Zusammenhang. Heraus kommt ein Bild, bei dem relevante Ursachen herabgespielt werden zugunsten eines Bildes, nach welchem die Massen der Flüchtlinge Opfer „roten Terrors“ in Äthiopien seien. Wo es z.B. genügt hätte, auf das menschliche Elend hinzuweisen, um Hilfsappelle zu begründen, unterschlägt das Berliner Missionswerk eine Hauptursache, die Dürrekatastrophe, um sich dann in Horrormeldungen über kubanisch-„russisch“-äthiopische Aktionen zu ergehen. Die Vermischung verschiedener Bereiche und ihre Umgewichtung hat Methode: das revolutionäre Militärregime Äthiopiens sowie die Helfer aus sozialistischen Ländern an den Pranger zu stellen, andererseits Stimmung zu machen für das angebliche Opfer Somalia. Die wirklichen Ursachen verschwinden dahinter.

Diese sind:

- Eine seit zwei Jahren sich verschärfende Dürrekatastrophe aufgrund des ebenso lange ausgebliebenen Regens, die große Gebiete Ostafrikas verwüstete.
- Die Tätigkeit obskurer Separatistenorganisationen inmitten Äthiopiens (in der BRD selbstverständlich „Befreiungskämpfer“), meist geführt von ehemaligen Feudalherren, finanziert aus CIA- und reaktionären arabischen Quellen.
- Die fortgesetzte Aggressionspolitik Somalias im Ogaden-Gebiet Ostäthiopiens – nunmehr in Form der Tätigkeit der sog. Somali Liberation Front und gelegentlicher Überfälle der somalischen Armee. Sie läßt – drei Jahre nach dem Scheitern des Versuchs, den Ogaden militärisch abzutrennen – den Osten Äthiopiens nicht zur Ruhe kommen und verhindert Maßnahmen zur Verbesserung der Lage und zur Beseitigung der Kriegsfolgen.

Diese Politik der Destabilisierung Äthiopiens ist indessen Bestandteil der US-Strategie, im Indischen Ozean und Persischen Golf ihre Positionen zu verstärken, fortschrittliche Entwicklungen zu liquidieren und die Region ihrer Kontrolle zu unterwerfen. Das Ingang-

halten äußerer Bedrohung wie innerer Subversion gegen Äthiopien ähnelt der gegen Afghanistan angewandten Methode.

Die Quellen, auf denen phantastische Horrormeldungen (angeblich aus Äthiopien – Giftgaseinsätze, Politik der „verbrannten Erde“ usw. – beruhen, sind denn auch ähnlichen Zuschnitts: Obskure Augenzeugen, nicht minder merkwürdige Organisationen (z.B. die Gesellschaft für bedrohte Völker, deren Darstellungen von fanatischem Haß gegen das Revolutionsregime und die Sowjetunion und Kuba gekennzeichnet sind). Ein Artikel in den Aachener Nachrichten vom 23. Juni d.J., – als Sonderdruck von der Deutsch-Arabischen Gesellschaft verbreitet – beschäftigt sich auf einer Seite fast nur mit im Stil des Kalten Krieges vorgetragenen Behauptungen über eine angebliche sowjetische Bedrohung im Nahen Osten und am Horn von Afrika. Aufgemacht ist dieser „Bericht“ jedoch mit Hilfsappelle für die Flüchtlinge sowie mit Fotos, die deren Elend dokumentieren. Diese Vermischung ist Perfidie. Sie begründet den Verdacht, daß die Lage der Flüchtlinge skrupellos ausgenutzt wird zur Stimmungsmache gegen Äthiopien und für eine Strategie der NATO-Intervention in dieser Region. Das Flüchtlingsproblem wird zum Vehikel für die Propagierung der Ziele des US-Menschenrechtsapostels J. Carter und seiner Verbündeten. Die Flüchtlinge sind die Opfer, auf ihrem Rücken machen Menschenverächter die unter hehren Losungen antreten, Politik.

Bestätigt wird dies nicht zuletzt dadurch, daß über die Bemühungen der äthiopischen Regierung sowie deren Erfolge kaum berichtet wird. Den Gipfel leistete sich Bundespräsident K. Carstens. Ihm, als überzeugter Nazi ein Mitschuldiger auch an der Lage der sog. Vertriebenen, gelang es, zum 30. Jahrestag der Gründung des Vertriebenenverbandes die Flüchtlinge in der Dritten Welt heute in einem Atemzuge mit jenen Ewiggestrigen und Verblendeten zu nennen, vor denen er sprach und ihnen gleiche Motive zu unterschieben.

Alles andere als im Interesse einer angemessenen Lösung des Flüchtlingsproblems ist auch die Politik der Bundesregierung. Entwicklungshilfeleistungen für Äthiopien stehen unverminderte Zahlungen für Somalia gegenüber, das Äthiopiens territoriale Integrität in Verletzung der Charta der Organisation für Afrikanische Einheit bedroht, Zahlungen, die nicht als Hilfsleistungen für die Flüchtlinge bestimmt sind und von denen Somalia Waffen erwirbt. Allein der Ausbau einer Infrastruktur von Flüchtlingslagern usw. verstärkt erfahrungsgemäß den Flüchtlingsstrom (auch wenn diese notwendig ist); die Unterstützung Somalias kann nur dessen aggressivem Kurs dienen.

Über die humanitäre Soforthilfe hinaus kann die Lage in Ostafrika nur dadurch grundlegend gebessert werden, daß Äthiopien seine Entwicklung ungestört fortsetzen kann.



Bundesregierungsvertreter Baum (L) und Wichniewski bei Somalias Präsident Siad Barre